



Ein Aufatmen ist durch die Welt gegangen. Endlich, nach den langen Jahren der Bedrückung, der Empörung und oft auch der Angst, die die so häufig ahnungslose, dabei stets fundamentalistisch rechthaberische Truppe von George W. Bush bis in den letzten Winkel der Welt verbreitete – ein glaubhafter Neubeginn. Die ganze Welt hat diesmal mit gewählt und wohl auch mit gewonnen. Barack Obama, der unerwartete Hoffnungsträger, hat schon damit begonnen, Ernst zu machen mit den großen Verheißungen, die ihn ins Amt trugen. Einsicht und Verantwortung scheinen nun an die Stelle von Verblendung und Solipsismus zu treten. Die vorbereitete ökologische Wende und die Rückkehr des politischen Primats über die wild gewordenen Märkte, im amerikanischen Eldorado selbst und global, kommen spät, aber nicht zu spät. Die Vereinigten Staaten haben begonnen, ihre *softpower* wieder aufzuladen. Die bewirkt fast überall mehr als Bomben.

Diesmal kann sich Europa ein Beispiel nehmen. Wenn sich die Union der 27 auf das besinnt, was sie vermag, wenn sie wirklich will, können aus dem amerikanischen Wunder auch Energien für die Stärkung der Zivilmacht Europa in der Welt erwachsen. Wichtiger wäre noch ein neuer Impuls zu wirklicher Gemeinsamkeit im Inneren, der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und vor allem zur beherzten Korrektur der sozialpolitischen Schiefelage, die viele Europäer verdrießt. Es ist ja wahr, viel mehr als die Gangart der Echternacher Springprozession lässt sich oft nicht erwarten, wenn 27 Solisten sich jedes Mal einigen müssen. Wenn doch wenigstens die Richtung dabei stimmte.

Der Vorschlag der amerikanischen Europa-Kennerin und -Freundin Vivien A. Schmidt in diesem Heft, nach den Jahren der Rückschläge nun auf die Gangart »Menü-Europa« zu wechseln mit Fortschrittsallianzen der Mitgliedsländer, die voran schreiten wollen, ist erwägenswert. Ein Patentrezept ist auch er nicht. Häufig praktiziert, würde er die Union auseinander treiben. Unsere Autoren beleuchten wichtige Szenen des politischen Kontinents am Vorabend des Europawahljahres. Eine Diagnose begegnet einem fast überall: Das Defizit der Union liegt weniger in unzulänglichen Projekten als im Fehlen verlässlicher Anwälte der Gemeinschaftssache in den nationalen Arenen. Bleiben sie auf die Dauer aus, ist wenig zu hoffen.

Last, not least: Frank-Walter Steinmeier – und die Redaktion – gratulieren dem großen sozialdemokratischen Kanzler Helmut Schmidt zum 90. Der Kanzlerkandidat gibt bei dieser Gelegenheit interessante Aufschlüsse über sein eigenes geistiges Profil. Vom Jubilar wünschen wir noch lange viel zu hören.

Thomas Meyer

1 EDITORIAL

ESSAY

Vivien A. Schmidt

- 4 **Ein »Menü-Europa« könnte die Lösung sein**

AKTUELLES

Frank-Walter Steinmeier

- 7 **Helmut Schmidt zum 90. Geburtstag**

US-Wahl 2008

Oliver Thränert

- 11 **Obama und die transatlantischen Beziehungen**

Gert Weisskirchen

- 15 **Wie links ist Obama?**

Martin Kämpchen

- 18 **Indiens Blick auf den »globalen Amerikaner«**

Karsten Rudolph

- 20 **Am Krankenbett des Kapitalismus**

Thomas Krapf

- 23 **Zeitsplitter:
60 Jahre Menschenrechtserklärung**

DAS THEMA

Projekt Europa

Stefan Collignon

- 24 **Warum Europa nicht zusammenfindet**

Mario Telo

- 28 **Normative Kraft oder lahme Ente?**

Jo Leinen und Jan Kretz

- 32 **Die Zukunft des Vertrages von Lissabon**

Herbert Obinger

- 34 **Perspektiven für ein soziales Europa**

Klaus Harpprecht

- 37 **Die Glosse:
Die neue, die europäische Mitte**

Monika Griefahn

- 41 **Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik**

Thomas Meyer

- 45 **Europa – Wo nur sind deine Anwälte?**

Joachim Fritz-Vannahme

- 47 **Europa vor der Wahl**

Angelica Schwall-Düren

- 49 **Die soziale Dimension entscheidet**

FORUM SOZIALE DEMOKRATIE

- Gespräch mit Sigmar Gabriel*
52 »Eigentlich wären es gute Zeiten für sozialdemokratische Wahlerfolge«

Christian Krell

- 57 Grundsatzprogramme und Wahlkämpfe – Gibt es einen Zusammenhang?**

KONTROVERS

- Niels Annen/Inken Wiese*
60 Deutschlands Interesse am Hindukusch

KULTUR UND KRITIK

- Hanjo Kesting*
64 Die Bibel in unserer Kultur
- Rudolf Maresch*
68 Der Weltmarkt als Weltenrichter
- Manfred Osten*
71 Peter Sloterdijks Evaluierung der Religionen
- Frauke Hamann*
72 Zum Beginn der Werkausgabe von Wolfgang Hilbig
- Michael Rutschky*
74 Religion und Wellness
- Helga Grebing*
77 Walter Benjamin auf Ibiza
- Siegfried Heimann*
78 Arbeiterwiderstand gegen den Nationalsozialismus
- 80 Impressum**

Titelfoto: Reuters/Albert Gea

Vivien A. Schmidt

Ein »Menü-Europa« könnte die Lösung sein



Vivien A. Schmidt

ist Jean-Monnet-Professorin für europäische Integration und Direktorin des Center for International Relations an der Universität Boston. 2006 erschien *Democracy in Europe* bei Oxford University Press.
vschmidt@bu.edu

Die EU kann so nicht weitermachen. Ob der Vertrag von Lissabon letztendlich erfolgreich sein oder scheitern wird – das irische Referendum hat uns eines gelehrt: Einstimmigkeit und Einheitlichkeit gehören der Vergangenheit an. Die EU ist zu vielfältig geworden, um von allen Mitgliedsstaaten zu erwarten, dass sie jedwedes Abkommen ratifizieren oder sich in allen Tätigkeitsfeldern der EU einbringen.

Das Problem: konkurrierende Europavisionen

Die Mitgliedsstaaten haben konkurrierende Vorstellungen von der EU und sind tief gespalten in der Frage, was sie zu unterschreiben bereit wären. Soll die EU vor allem ein sich stetig erweiternder freier Markt ohne Grenzen und eine von regierungsübergreifender Entscheidungsfindung regierte Sicherheitszone werden – wie es sich die Briten, die Skandinavier und viele der mittel- und osteuropäischen Staaten wünschen? Oder soll sie vielmehr eine Wertegemeinschaft sein mit einer sich immer mehr vertiefenden Politik und Wirtschaft, mit fest definierten Grenzen, die kurz vor der Türkei, Georgien und der Ukraine liegen – so wie es Deutschland, Frankreich, Österreich und viele andere kontinentaleuropäische Länder wollen? Soll sie eher eine grenzenlose, auf Grundrechten begründete Union werden, offen für alle demokratischen Staaten, mit einer immer demokratischeren Entscheidungsfindung – wie es sich die Kommission,

Menschenrechtsgruppen und Philosophen wie Jürgen Habermas erhoffen? Und kann sie auch eine globale strategische Akteurin werden, die durch ihre normative Macht unabhängig von ihren Grenzen die Demokratie, den freien Markt, gemeinschaftliche Werte und die Menschenrechte auf der ganzen Welt fördert – wie es EU- und nationale Politiker vorschlagen?

Es war richtig, dass das EU-Motto von einer »immer enger werdenden Union« in den Leitsatz »in Vielfalt vereint« geändert wurde. Doch selbst diese Einheit ist mittlerweile fraglich. Durch die Blockierung der institutionellen Kompromisse des Reformabkommens droht das *Nein* der Iren erneut die Debatte darüber zu eröffnen, was die EU *sein* soll, während es eigentlich darum gehen sollte, was die EU *tun* soll. Wenn die EU sich nach vorne bewegen soll, muss sie sich auf Strategien und nicht auf Institutionen konzentrieren. Doch was auch immer in Bezug auf das Abkommen von Lissabon geschieht, es wird das zugrunde liegende Problem nicht lösen: Wie sind die unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedsstaaten über die EU miteinander vereinbar?

Prinzipien der Einstimmigkeit und Einheitlichkeit aufgeben

Es gibt eine Lösung: Einstimmigkeit und Einheitlichkeit müssen aufgegeben werden. Das ist leichter als man denkt, da das Prinzip der Einstimmigkeit bereits in vielen Bereichen der EU durch das Mehrheitswahlrecht abgelöst wurde. Und vom gemeinsamen Markt abgesehen, hat sie die Einheitlichkeit auf vielen anderen Gebieten bereits aufgegeben. Das Vereinigte Königreich und Dänemark verfügen zum Beispiel über eine Ausweichmöglichkeit (das *Opt-out*) vom Maastrichter Vertrag. Schengen beinhaltet auch Nicht-EU-Länder wie Island, Norwegen und seit Kurzem sogar die Schweiz, während EU-Länder wie das Vereinigte Königreich und Irland nicht, Bulgarien und Rumänien vorübergehend nicht an dem Abkommen beteiligt sind. Dänemark nimmt nicht an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teil. Die Eurozone umfasst 15 der 27 EU-Staaten. Für weitere sechs Jahre gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht für Rumänien und Bulgarien. Laut Vertrag von Lissabon würden Großbritannien und Polen eine Ausnahme von der Grundrechtecharta bilden.

Auch die Mitgliedsstaaten selbst haben erkannt, dass eine in Einstimmigkeit vereinbarte, einheitliche Zukunft durch die Umsetzung von Prinzipien einer vertieften Zusammenarbeit aus Folgeabkommen des Vertrages von Amsterdam zwischen ausgewählten Gruppen von Mitgliedsstaaten nicht möglich ist. Der Vertrag von Lissabon ermöglicht dies für zwei oder mehr Länder mit einer »ständigen strukturierten Zusammenarbeit« im Bereich Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie eine »verstärkte Zusammenarbeit für beliebige neun oder mehr«.

In der Anfangszeit der Union war das Streben nach Einheitlichkeit noch durchaus notwendig, um gemeinsame Strategien für den gemeinsamen Binnenmarkt, einen Gemeinschaftssinn mit gemeinsamen Standards und gemeinsamen Werten zu entwickeln, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten sowie einen globalen Akteur zu schaffen. Doch die Einstimmigkeitsregel, die von einer Union von sechs Nationalstaaten ins Leben gerufen wurde, hält nun den Vertragsprozess auf, während die Idee der Einheitlichkeit, das Produkt einer Kommission, die von einem Föderalstaat träumte, eine differenzierte Integration verhindert. Keines von beiden ist heute notwendig. Wir sollten viel mehr Ausweichklauseln anstelle von Vetos als *Modus Operandi* für EU-Abkommen einführen (um das Konzept auszuweiten) und eine differenzierte Integration als Tugend und nicht als Fehler betrachten. Würde die EU eine differenzierte Integration ihrer Mitgliedsstaaten offiziell anerkennen und sich von der Einstimmigkeitsregel lossagen, könnte sie eine Reihe ihrer institutionellen Probleme lösen.

Ohne die Einstimmigkeitsregel könnten sich die Mitgliedsstaaten mithilfe des Mehrheitswahlrechts in den großen Belangen der Politik verständigen – mit einer von Fall zu Fall ausgehandelten Ausweichklausel für die Mitglieder, die berechtigte Vorbehalte in einer Einzelentscheidung haben. Eine Ausweichklausel würde vermeiden helfen, dass von nur einem oder zwei Mitgliedsstaaten abgelehnte Maßnahmen in die Sackgasse geraten und/oder sich auf dem Weg zu einem Kompromiss verwässern. In Bereichen, wo solch ein qualifiziertes Mehrheitswahlrecht nicht funktioniert, eine verstärkte Zusammenarbeit hingegen effektiv wäre, könnten die Mitgliedsstaaten eine vertiefte Integration anstreben.

»Wir sollten eine differenzierte Integration als Tugend und nicht als Fehler betrachten.«

Darüber hinaus würde für zukünftige Mitglieder in der Peripherie der EU eine Mitgliedschaft nicht mehr die Frage von »drinnen« oder »draußen« sein, sondern vielmehr, »in welchen Bereichen drinnen« und »in welchen Bereichen draußen«. Der Beitritt für angrenzende Länder wäre dann ein stufenweiser Prozess von Politikfeld zu Politikfeld, sobald bestimmte Ausgangsbedingungen bezüglich Demokratie, Achtung der Menschenrechte und innere Marktformen erfüllt werden. Somit könnte der »große Knall« des Beitrittes (oder der Ablehnung) nach langen Jahren schwieriger Verhandlungen vermieden, eine kontinuierliche Sozialisierung in die konsensuelle Politikgestaltung der EU ermöglicht und eine kontinuierliche Demokratisierung gefördert werden.

Einige mögen darauf antworten, dass die Schaffung solch einer Teilmitgliedschaft nicht sehr attraktiv wäre. Warum sollten Länder an den Rändern der EU Bedingungen erfüllen, die eine erhebliche Öffnung für Demokratie und Markt fordern, wenn die Nachbarschaftspolitik es ermöglicht, dem europäischen Markt mit vielmehr symbolischen als realen Forderungen in Bezug auf Demokratisierung beizutreten? Und genauso: Wo liegt der Mehrwert für Länder wie Norwegen, Island oder die Schweiz, die bereits Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) oder der Europäischen Ökonomischen Vereinigung (EEA) sind und auf verschiedenste Weise am gemeinsamen Markt teilnehmen?

Der Mehrwert liegt in einem weiteren und notwendigen Privileg der Mitgliedschaft: der institutionellen Partizipation. Eine institutionelle Stimme ist nicht nur für die Akzeptanz der richtigen politischen Entscheidungen notwendig – da alle Teilnehmer einen Platz am Tisch bekommen würden, um ihren Bedenken Luft zu machen und für ihre Prioritäten zu stimmen –, sondern auch für die »demokratische« Legitimation der Entscheidungsprozesse und für die ständig demokratisierende Anziehungskraft der EU. Wie das institutionell funktionieren soll, muss natürlich noch herausgearbeitet werden – und um das zu ermöglichen, müssten die Verträge geändert werden. Dies würde das gegenwärtige demokratische Defizit der europäischen Länder reduzieren, die sich aus verschiedenen Gründen gegen einen Beitritt zur EU entschieden haben.

Sobald die Prinzipien der Einstimmigkeit und der Einheitlichkeit aufgegeben werden, wird eine EU-Mitgliedschaft nicht mehr *Alles oder Nichts* bedeuten. Außer einigen grundsätzlichen Mitgliedschaftsbedingungen – Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Teilnahme am Binnenmarkt – werden die Mitgliedsstaaten zunehmend die Möglichkeit haben, »Politikpakete« auszuwählen, an denen sie teilnehmen möchten. Das Ergebnis wird eine differenzierte EU-Mitgliedschaft sein. Dies soll aber nicht bedeuten, dass die EU nun ein »Europa à la Carte« werden soll, wie es die Anhänger des freien Marktes befürworten. Es soll aber auch die Gemeinschaftsanhänger nicht ermutigen, sich hinter ein »Kern-Europa« zurückzuziehen, in dem es ein Gericht für alle gibt. Die Lösung ist vielmehr ein »Menü-Europa«, mit einem gemeinsamen Hauptgang (der Binnenmarkt), bei dem alle um einen Tisch sitzen und sich nur einige gegen den einen oder anderen Gang entscheiden.

(Eine Zusammenfassung dieses Aufsatzes erschien als Kommentar in der Financial Times am 22. Juli 2008. Eine frühere Version wurde auf der Website der französischen online-Denkfabrik Telos [www.telos-eu.com] am 7. Juli 2008 veröffentlicht. Aus dem Englischen von Julia Máté.)

Frank-Walter Steinmeier

Die zweite Globalisierung – Auf dem Weg zu einer Ordnungspolitik für unsere Zeit

Helmut Schmidt zum 90. Geburtstag

In den Wochen, bevor Helmut Schmidt am 23. Dezember 2008 seinen 90jährigen Geburtstag feiert, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine Jahrhundertgestalt der deutschen Politik. Meine Partei, unser Land, sie haben ihm vieles zu verdanken. Kaum weniger als die europäische Idee und die internationale Gemeinschaft. Als Internationalist war Helmut Schmidt einer der besten Freunde Frankreichs an der Spitze eines deutschen Staates. Zugleich war und ist er gerade durch schweres Wetter hindurch ein Atlantiker mit klarem Kurs, der die grundlegende Wertschätzung der amerikanischen Demokratie immer von offen ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten zu trennen wusste.

Eines muss dabei gleich betont werden, denn er selbst hängt es nicht an die große Glocke: Die Verbundenheit mit dem Westen ist für ihn, anders als bei manchen Konservativen, weit mehr als eine Frage des tagesspolitischen Nutzens. Sie ist eine intellektuelle Identität, deren Gründe bis auf den skeptischen Humanismus eines David Hume, die Formulierung der Menschenrechte bei John Locke, die Staatslehre eines Montesquieu und die Verantwortungsethik eines Immanuel Kant zurückreicht, die tief in der europäischen Aufklärung wurzelt. Diese Orientierung auf Freiheit und Verantwortung ist ihm auch in den internationalen Beziehungen Richtschnur seines Handelns. Es geht dabei nicht um die Anlehnung an die jeweils stärkste Macht. Es geht im Kern um universelle Werte der Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und der friedlichen Verständigung. Sie taugen auch heute als Maßstab für Verantwortung in einer



Frank-Walter Steinmeier

(* 1956) ist seit 2005 Bundesminister des Auswärtigen, seit 2007 Vizekanzler und stellvertretender SPD-Vorsitzender; Kanzlerkandidat der SPD 2009.

poststelle@auswaertiges-amt.de

globalen Ära, in der niemand mehr, auch Europa und Nordamerika nicht, die entscheidenden Probleme allein lösen kann, sondern in der wir die globalen Probleme nur in einer globalen Verantwortungsgemeinschaft lösen können.

Weltläufiger Patriot mit praktischem Urteil

Helmut Schmidt ist im Laufe seines politischen Lebens ein weltläufiger, weltkundiger Patriot geworden. Sein Blickwinkel erfasst die großen Herausforderungen. Aber sein praktisches Urteil, wie ihnen zu begegnen ist, stellt immer die realen Möglichkeiten und die Interessen Deutschlands in Rechnung. Oft rät er uns heute zur Vorsicht. Lieber bescheiden, als einmal zu großspurig, das ist seine Lehre aus der deutschen Geschichte. Doch es wäre ein grobes Missverständnis, daraus so etwas wie nationalen Isolationismus abzuleiten. Helmut Schmidt stellt die Zukunft unseres Landes in den Horizont einer sich wandelnden Welt, so wie er schon während seiner Kanzlerschaft Deutschland zur Welt geöffnet hat. Dass er von Pragmatikern wie John Dewey, von Rationalisten wie Karl Popper die Maxime

übernommen hat, gerade die großen Ziele mit kleinen Schritten anzusteuern und im Handeln dazuzulernen, hat unserer demokratischen Kultur sehr gut getan und unserem Ansehen in der Welt bestimmt nicht geschadet. Ich meine, in der Zeit seiner Kanzlerschaft hat sich die Bundesrepublik auf einen Weg gemacht, der für das vereinte Deutschland heute, zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer und inmitten einer neuen Zäsur, die Richtung weist. Bedeutende Kanzler, sagt man, haben immer ihr bestimmendes Thema. Konrad Adenauer war zweifellos der Kanzler der Westbindung. Die Sozialdemokratie unterstützte ihn darin seit den späten 50er Jahren, auch der Abgeordnete Helmut Schmidt, der sich um den Aufbau der Bundeswehr als Parlamentsarmee kümmerte und sehr entschieden gegen die von Konservativen gewollte atomare Bewaffnung argumentierte. Willy Brandt war der Kanzler der Ost- und Entspannungspolitik. Darin wurde er von den Christdemokraten leider nicht unterstützt, sogar bekämpft, als die sozialliberale Koa-

lition die Revision der polnischen Westgrenze ausschloss, mit deren Anerkennung die CDU noch bis 1990 ihre Probleme hatte. Schmidt diente Brandt als Verteidigungsminister, der gegen den Widerstand von Generälen die demokratische Forderung des Staatsbürgers in Uniform durchsetzte, von jedem Soldaten einen eigenen Kopf erwartete und per »Haarerlass« gleich auch Bart und Mähne darauf erlaubte. Pflichterfüllung ja, aber Spießertum war ihm immer ein Gräuel – Freiheit und Verantwortung auch in der individuellen Lebensgestaltung, das zeichnet den liberalen hanseatischen Sozialdemokraten aus.

»Weltwirtschaft ist unser Schicksal«

Dies zeigt er auch als der Finanzminister, den 1972 und 1973 die ganze Wucht einer Doppelkrise aus Dollarverfall und Ölpreisschock trifft und besonders in seiner Kanzlerschaft seit Mai 1974. Sein Thema ist klar:

»Weltwirtschaft ist unser Schicksal«, so beschrieb er es selbst am Ende der Amtszeit. Schon im August 1971 hatte die *Süddeutsche Zeitung* mit dem Titel »Der Dollar geht zu Boden« der Krisenstimmung Ausdruck gegeben. Die USA waren von einer massiven Vertrauenskrise des Dollars als weltweiter Leitwährung getroffen. Richard Nixon, Getriebener des katastrophalen Vietnamkriegs, hob das stabilisierende Versprechen auf, jede Geldnote in Gold einlösen zu können. Washington betrieb den Ausstieg aus dem System fester Wechselkurse und setzte die europäischen Währungen unter Druck. Das Ende von *Bretton Woods* wurde wie ein Erdbeben empfunden. Hinzu trat nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1973 die gewollte Verknappung des Ölangebots, die den wichtigsten Rohstoff der deutschen Industrie schlagartig verteuerte. Das Wachstum, ganzer Stolz einer Generation des Wiederaufbaus, brach ein. Mit einem Schock wurde uns Westdeutschen die globale Verflechtung unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands bewusst und wir verdanken Helmut Schmidt auch heute noch, dass er damals gemeinsam mit den französischen Freunden für neue Formate und Foren der deutsch-französischen, der europäischen und der internationalen Abstimmung geworben und sie durchgesetzt hat – übrigens durchaus gegen eine große Skepsis jenseits des Atlantiks. So ist die Schaffung der G6 untrennbar mit seinem Namen verbunden und wenn ich heute meinerseits für neue Formate und Formen der internationalen Abstimmung werbe, so tue ich das ganz im Geiste Helmut Schmidts.

Idealismus auf den Boden der Tatsachen gebracht

Prägende soziale Erfahrungen bringt man gern auf den Begriff einer politischen Generation. Die 68er stehen für die Emanzipation aus autoritären und nationalistischen Relikten. Willy Brandt hat ihnen mit

dem Leitsatz »mehr Demokratie wagen« aus dem Herzen gesprochen. Die 74er brachten den Idealismus auf den Boden der Tatsachen. Aber auch sie gibt es – und ich gehöre dazu. Was mit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts begann, wird oft als Krisenmanagement bezeichnet. Das war es anfangs auch. Denn die wirtschaftliche Lage verlangte politische Führung mit schnellen und harten Entscheidungen. Die sozial-liberale Koalition hatte ihre Bewährungsprobe, und sie hat sie bestanden. Die Bundesregierung konzentrierte die Haushaltspolitik auf Prioritäten, sie sicherte die Investitionen – zum Beispiel in den Bildungsausbau – und sie schaffte es, die Preissteigerung zu begrenzen. Nicht zufällig kürte die *Financial Times* den Kanzler 1975 zum »Mann des Jahres«.

Die Bundesrepublik wuchs mit ihm international in eine neue Rolle. Schmidt brillierte auf dem diplomatischen Parkett diesseits und jenseits des Atlantiks. Er hatte den Respekt und das Gehör der amerikanischen Administration. Er entwickelte mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing ein beispielhaftes Vertrauensverhältnis. Vor allem aber zog er aus der Weltwirtschaftskrise die Konsequenz, dass die internationale Zusammenarbeit der führenden Wirtschaftsmächte eine neue Qualität gewinnen muss. Schmidt wusste, dass er Verantwortung für eine Exportnation hatte, und setzte sich für den Freihandel ein. Er argumentierte gegen wechselseitige Abschottung und für offene Märkte. Leidenschaftlich warb er in London dafür, dass Großbritannien dem gemeinsamen europäischen Markt nicht den Rücken kehrte. Zusammen wachsen war die Devise. Doch dann ging er den entscheidenden Schritt weiter: Das Zusammenwachsen wurde zum Ziel. Ich bin der festen Überzeugung, dass Helmut Schmidt der erste deutsche Kanzler war, der – lange bevor das Wort in aller Munde kam – die unwiderstehliche Dynamik der wirtschaftlichen Globalisierung verstand. Und er zog

für unser Land daraus den Schluss, dass nationalstaatliche Antworten nicht mehr genügen, die Wirtschaftspolitik einen neuen institutionellen Rahmen braucht. Gemeinsame Märkte brauchen gemeinsame Regeln. Die Nationalökonomie wurde zu eng, die Globalökonomie war noch nicht erfunden. Schmidt erlebte in den 70er Jahren die erste große Welle der Globalisierung mit ihren Schocks und Risiken. Aber er dachte voraus für die zweite Globalisierung. Er machte sich auf den Weg zu einer Ordnungspolitik für das globale Zeitalter.

Ich weiß, dass Helmut Schmidt die Formulierung »politische Globalisierung« nicht mag. Sie ist ihm zu dünn und schmeckt ihm zu sehr nach Ablenkung von den nächstliegenden Aufgaben. An dieser Stelle nehme ich es mit seinem Widerspruch auf und behaupte, dass gerade seine Initiativen als Kanzler gezeigt haben, wie es geht. Aus der doppelten Erschütterung der Währungskrisen und der Ölpreise wurde bei Schmidt die weit vorausschauende Agenda einer Weltwirtschaftspolitik. Finanzpolitische Stabilität und Sicherheit der Energieversorgung waren es, die Top-Themen der ersten Weltwirtschaftsgipfel waren. Als er sich im Sommer 1975 mit US-Präsident Gerald Ford, mit Giscard d'Estaing und den Regierungschefs von Japan, Großbritannien und Italien auf Rambouillet traf, war dies die Geburtsstunde der »G6«, aus der ein Jahr später mit Kanada die Gruppe »G7« und seit 1998 mit Russland die »G8« wurden. Seine Handschrift ist unverkennbar. Ebenso spürbar ist heute sein Einfluss für Millionen Europäer in der Geldpolitik. Denn gegen die Inflationsgefahren und gegen das Risiko von Währungsspekulationen brachten die Partner Schmidt und d'Estaing das Europäische Währungssystem auf den Weg, das 1978 auf dem Gipfel der Europäischen Gemeinschaft in Bremen beschlossen wurde und zwanzig Jahre später die Einführung des Euro als gemeinsame europäische Währung ermöglichte, mit der wir seit 2002

auch unsere Stromrechnung bezahlen und unsere Sparguthaben anlegen. Auch hier gilt: Wenn wir heute darüber nachdenken, wie wir in Zukunft die finanzpolitischen Weichen in Europa richtig stellen, dann handeln wir nach seinem Vorbild.

Ordnungspolitik für unsere Zeit

Kein Zweifel, wir sind auf dem Weg. Wir leben im Horizont der zweiten Globalisierung. Das 21. Jahrhundert, so haben wir es als ersten Satz im Hamburger Programm der SPD formuliert, ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Für mich ein hoffnungsvoller Satz, der den Willen zum Fortschritt bekräftigt. Aber der Einschnitt, den wir heute erleben, steht wieder im Zeichen der Krise. Wieder zeigt sich, wie sehr Märkte versagen können, wie falsch die marktradikale Verheißung war, die mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan an die Macht kam und auch bei uns den Zeitgeist der 80er Jahre prägte. Dem liberalen Helmut Schmidt verweigerten 1982 die FDP-Abgeordneten die Unterstützung, sie gaben sozialliberales Denken zugunsten ausschließlicher Wirtschaftsliberalität auf. Dieses Denken ist jetzt, zum 90. Geburtstag Helmut Schmidts, mit einem lauten Knall zu Ende gegangen. Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit, die nach genau der Ordnung ruft, für die der Sozialdemokrat Schmidt steht, weil sie Freiheit des Einzelnen und Verantwortung für die gemeinsamen Aufgaben vereint.

»Kein Markt schafft automatisch Marktordnung«, schreibt Helmut Schmidt in seinem Buch *Außer Dienst*. »Wettbewerbsordnung und soziale Gerechtigkeit für die ökonomisch Schwächeren und Abhängigen«: »Überall muss die Regierung für Ordnung sorgen, nirgendwo kommt Ordnung von selbst«. Ordnungspolitik für unsere Zeit heißt Schutz des Klimas und Vorstoß zur ökologischen Energiewende. Sie heißt, Aufsicht über die Spekulanten, Ver-

kehrsregeln für die Finanzmärkte und Arbeit an einer globalen Finanzverfassung. Sie sorgt für Recht und Ordnung auf den Arbeitsmärkten, fördert gute Arbeit und setzt dem vom Steuerzahler subventionierten Lohndumping Grenzen. Ordnungspolitik für unsere Zeit überschreitet die Grenzen des nationalen Rechts. Die Europäische Union ist dabei unsere wichtigste politische Kraft. In ihr muss die Sozialunion mit gleicher Rechtskraft neben die Wirtschafts- und Währungsunion treten. Für die internationale Zusammenarbeit müssen wir die G8 erweitern, damit die Schwellenländer – und unter ihnen neben den großen wie Brasilien, China, Indien, Mexiko auch die aufstrebenden Nationen

mit muslimischer Bevölkerung wie die Türkei oder Indonesien – Partner in der globalen Verantwortung werden.

Nicht alle in der SPD haben Helmut Schmidt immer geliebt. Einige, selbst aus unserer Partei, haben sogar versucht, ihm abzusprechen, ein Sozialdemokrat zu sein. Heute ist die Sozialdemokratie vereint in Dankbarkeit und Stolz auf Helmut Schmidt. Sie hat ihm auf dem Parteitag in Hamburg stehend applaudierend gedankt und ich bin ihm, der mich bei meiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der SPD für das Amt des Bundeskanzlers durch seine Anwesenheit ganz besonders unterstützt hat, auch persönlich mehr als dankbar: Sein Rat ist mir unverzichtbar!

Oliver Thränert

Europas Liebling

Obama und die transatlantischen Beziehungen

Mit dem neuen US-Präsidenten, der im Januar 2009 ins Weiße Haus einziehen wird, verbinden sich in Deutschland viele Hoffnungen. Doch der außenpolitische Aufgabenkatalog Obamas ist lang, während zugleich die Macht Amerikas schwindet. Die wichtigste Nachricht ist jedoch: Hier ist ein US-Präsident, der mit Europa zusammenarbeiten will.

Die außergewöhnliche Stellung Amerikas in der Welt beruht auf drei Pfeilern: Wirtschaft, Militär und *Soft Power*, also seiner Attraktivität als Gesellschaft. Alle drei Pfeiler sind in acht Jahren George W. Bush brüchig geworden. Das lag jedoch nur zum Teil an seiner schlechten Politik. Ausschlaggebend waren daneben globale Veränderungen. Der Einfluss Chinas oder auch Indiens ist gewachsen, während sich Russland aufgrund neu gewonnener Stärke zurückgemeldet hat. Hinzu kommen die Globalisierung der Finanzmärkte, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die umfassenden terroristischen Herausforderungen und sich weiter verschärfende



Oliver Thränert

(* 1959) ist Senior Fellow im Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin.

oliver.thraenert@swp-berlin.org

globale Probleme wie die Energiesicherheit und der Klimawandel. Kurzum: Sollte es den »unipolaren Moment«, wie er von neo-konservativen US-Autoren gepredigt wurde, je gegeben haben, so ist dieser vom Strudel der Weltgeschichte längst hinweggeschwemmt worden. Amerika bleibt der

mächtigste Akteur auf der Weltbühne, aber es ist nicht in der Lage, das Bühnenbild allein in seinem Sinne zu gestalten oder gar den anderen Spielern ihre Rollen vorzuschreiben.

Amerikas Macht ist geschwunden

Nichts verdeutlicht den relativen Machtverlust der USA besser als die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise. Unzählige amerikanische Familien haben in ihrer Folge Haus und Hof verloren. Der Staat sah sich zum Eingreifen gezwungen und muss nun das höchste Haushaltsdefizit in der amerikanischen Geschichte verzeichnen. Amerika als wirtschaftliches Vorbild hat seine Strahlkraft eingebüßt. Mehr noch: Da China über die mit Abstand größten Dollarreserven verfügt, hat sich Washington in Abhängigkeit von seinem politischen Rivalen Peking begeben.

Auch militärisch wurden Amerika die Grenzen aufgezeigt. Sein Verteidigungshaushalt und seine gesamte Militärmaschine werden noch lange Zeit in Art und Umfang für andere Länder unerreichbar bleiben. Doch haben sowohl der Irak-Krieg als auch der Militäreinsatz in Afghanistan deutlich gemacht, wie wenig Washington mit seinen Streitkräften erreichen kann. Schließlich ist die gesellschaftliche Vorbildfunktion Amerikas als Hort der Freiheit und Demokratie angekratzt. Hier hat sich die Bush-Administration am meisten schuldig gemacht, indem sie mit den Halbwahrheiten, mit denen sie den Irak-Krieg begründete, mit Guantanamo und *Waterboarding* selbst amerikanische Werte mit Füßen trat.

Zugleich ist gerade auf dem Feld der *Soft Power* vom neuen Präsidenten Obama der deutlichste Wandel zu erwarten. Mit seinem sympathisch-einnehmenden Wesen ist er im Stande, das Ansehen Amerikas in der Welt wiederherzustellen.

Obamas Ziele

Obama hat angekündigt, Guantanamo zu schließen. Er will sich weltweit für die Menschenrechte einsetzen. Die sich immer weiter auftuende Lücke zwischen Arm und Reich gelte es zu reduzieren, wobei der neue Präsident nicht zuletzt wegen seiner Herkunft einen Schwerpunkt auf Afrika legen wird.

All dies wird jedoch überragt vom wichtigsten außenpolitischen Ziel, das sich Obama gesetzt hat, nämlich den Irak-Krieg, den nach seiner Ansicht größten Fehler Bushs, zu beenden. Der größte Teil der amerikanischen Kampftruppen soll so schnell wie möglich nach Hause gebracht werden. Obama bewahrt sich jedoch insofern Flexibilität, als er den Abzug unterbrechen möchte, sofern dieser wieder zu einer Zunahme von Gewalt im Irak führte. Ohnehin sollen geringe US-Streitkräftekontingente im Zweistromland verbleiben, um *Al Qaida* zu bekämpfen, US-Einrichtungen zu schützen und irakische Truppen auszubilden. Washington dürfte also auch unter Obama noch eine ganze Weile im Irak präsent bleiben.

Im Zentrum der Außen- und Sicherheitspolitik Obamas wird daneben – wie auch bei Bush – der Kampf gegen den internationalen Terrorismus stehen. Unmissverständlich hat der neue Präsident während des Wahlkampfes deutlich gemacht, dass es unbedingt gelte, die Taliban ebenso niederzuringen wie *Al Qaida*. Dies ist insofern verständlich, als Amerika die erste Zielscheibe für Terroristen bleibt. Problematisch erscheinen aber Obamas Äußerungen hinsichtlich Pakistans. So will der neue Mann im Weißen Haus offenbar nicht davor zurückschrecken, auch größere militärische Anti-Terroroperationen auf pakistanischem Boden durchzuführen. Dies könnte eher zu einer Konflikteskalation beitragen. Der Zentralregierung in Islamabad könnten die Zügel noch weiter entgleiten – eine Entwicklung,

die angesichts des pakistanischen Atomwaffenbesitzes von niemandem gewollt sein kann.

Im Kontext der Terrorbekämpfung ist auch die Dringlichkeit zu sehen, mit der Obama die Sicherung von Atomwaffen und nuklearem Material vor Terroristen und »Schurkenstaaten« (ja, auch Obama benutzt diesen Begriff!) verfolgen will. Obama beabsichtigt darüber hinaus zur von Bush vernachlässigten atomaren Abrüstung und Rüstungskontrolle zurückzukehren und dadurch das nukleare Nichtverbreitungsregime zu stärken. Dies ist auch dringend erforderlich und liegt ganz auf seiner von den europäischen Partnern befürworteten Linie, internationale Organisationen und Regime wieder ernster zu nehmen. Doch Obama hat sich noch weitergehende Ziele gesetzt: er will Kernwaffen ganz abschaffen. Damit nimmt er eine parteiübergreifende Debatte auf, die in

Amerika – in Deutschland leider weitgehend unbemerkt – erhebliche Fahrt aufgenommen hat. Obama wird dieses Ziel als Präsident wohl nicht erreichen, doch es ist fest davon auszugehen, dass er schon bald mit Russland Verhandlungen über weitgehende nukleare Abrüstungsschritte aufnehmen wird.

Die atomaren Gefahren ernst zu nehmen bedeutet aus der Sicht des neuen Präsidenten aber auch, Iran den Zugang zu Kernwaffen zu verwehren. Dies sei für die nationale Sicherheit der USA vital. Wer Amerika kennt, der weiß, dass es als vital eingestufte Interessen notfalls auch unter Anwendung militärischer Gewalt verteidigt. Ob es tatsächlich zu einem Krieg gegen Iran kommt – einzelne Luftschläge dürften kaum ausreichen – ist gegenwärtig schwer abzuschätzen. Zunächst will Obama aber den diplomatischen Weg weiterverfolgen und den direkten Kontakt mit der

iranischen Führung suchen. Sollte diese sich weiter halsstarrig zeigen, werden die USA schärfere Sanktionen auch unabhängig von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates anstreben und von den europäischen Verbündeten erwarten, dass sie sich dem anschließen.

Mehr Verantwortung für Amerikas Partner

Im Angesicht des eigenen Machtverlustes vollzog sich schon während der Bush-Jahre ein Wandel. Die anfänglichen Alleingänge und manch üble Ruppigkeiten gegenüber Freunden und Partnern haben schon nach Bushs Wiederwahl 2004 der Einsicht Platz gemacht, dass die enge Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten unumgänglich ist. Die »Bush-Revolution«, die in ihrem Kern besagte, dass im Kampf gegen die neuen Gefahren des 21. Jahrhunderts kaum Rücksichten auf Alliierte wie auch internationale Organisationen notwendig sind, ist längst zum Erliegen gekommen. Washington kehrte, wenn auch zögerlich, auf den Pfad der diplomatischen Tugend zurück. Beispiele hierfür sind die Zusammenarbeit mit Europa sowie Russland und China bei dem Bemühen, iranische Kernwaffen zu verhindern sowie das amerikanische Engagement im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche, um Nordkorea zu einer Abkehr von seinem Atomkurs zu bewegen.

Obama wird diesen Trend beschleunigen. Er ist sich darüber bewusst, wie sehr Amerika internationale Unterstützung benötigt. Obgleich Obama nicht gerade als Europa-Experte gelten kann – erst während seines Wahlkampfes besuchte er erstmals den alten Kontinent – kann man seinen vor der Berliner Siegessäule ausgesprochenen Worten durchaus Glauben schenken, wonach Amerika keinen besseren Partner habe als Europa. Und auch umgekehrt gilt: der neue Präsident genießt

in der alten Welt einen gewaltigen Vertrauensvorsprung. Während sein Vorgänger Bush anlässlich seines letzten Deutschlandbesuchs geradezu versteckt werden musste und von Berlin ferngehalten wurde, jubelten Obama nur wenige Tage später die Massen mitten in der deutschen Hauptstadt zu. Doch Vorsicht: Auch Obama geht es nicht um einen Kuschelkurs mit Freunden, sondern darum, die Führungsrolle der USA zu bewahren. Und engere Zusammenarbeit heißt für ihn vor allem eines: Gerechtere Lastenteilung.

Nirgends wird dies in den kommenden Jahren deutlicher werden als in Afghanistan. Dieses Land ist für Obama die zentrale Front im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Dieser dürfe auf keinen Fall verloren werden. Daher will Obama die amerikanische Truppenpräsenz deutlich erhöhen und erwartet dies auch von den NATO-Partnern. Darin besteht die erste bevorstehende Zerreißprobe für die Atlantische Allianz, sind doch nicht nur die Deutschen skeptisch gegenüber einer Erhöhung des militärischen Engagements in Afghanistan.

Die zweite große Zerreißprobe betrifft den Fortgang der NATO-Erweiterung sowie die Politik gegenüber Russland. Obama steht der Aufnahme Georgiens und der Ukraine offen gegenüber. Auch viele osteuropäische Allianzpartner sind im Prinzip dafür, während zugleich alte NATO-Länder, darunter Deutschland, zögern. Soll man den russischen Bären noch weiter reizen? Oder ihm zugestehen, dass er auf Kosten der Interessen seiner Nachbarn wieder Imperium spielen darf? Das ist die Gretchenfrage, auf die die NATO eine gemeinsame Antwort finden muss. Dazu muss man aber zuvor klären, inwiefern Moskau noch Partner oder schon wieder Gegner ist.

Die Antwort auf diese Frage steht ebenso aus wie noch ungeklärt bleibt, wie Amerika und seine Partner ihre künftigen Beziehungen zur aufsteigenden Groß-

macht China gestalten wollen. Nicht auszuschließen ist, dass gerade mit einem Präsidenten Obama Washington und Peking nicht zuletzt wegen Interessengegensätzen in Afrika zunehmend aneinander geraten.

Der 44. Präsident der USA erbt von seinem Vorgänger ein prall gefülltes außenpolitisches Aufgabenbuch. Zugleich sind Amerikas Pfeiler der Macht weniger

tragfähig als früher. Obama wird sie also stabilisieren müssen. Ihn dabei zu unterstützen liegt im deutschen und europäischen Interesse, denn ein Amerika, das sich auf sich selbst zurückzieht, würde die Welt wohl zu einem noch gefährlicheren Platz machen. Der Vertrauensvorsprung auf beiden Seiten des Atlantiks ist groß – mögen sich die Partner nicht gegenseitig enttäuschen.

Gert Weisskirchen

Etwas unerhört Neues fängt an

Wie links ist Obama?

Barack Obama hat das Herz der Macht erobert. Wie wird er gebrauchen, was er gewonnen hat? Welche Normen werden sein Handeln leiten? Getragen wird er von einer Wählerschaft, wie sie allein in außergewöhnlichen historischen Momenten stark mobilisiert werden kann. Welche Gründe haben Menschen bewegt, sich für ihn zu entscheiden? Warum haben seine Botschaften den Kern dessen erreicht, was die Mehrheit von ihrem künftigen Präsidenten erwartet?

Joe Klein bewertet in der *Time* den Sieg Obamas als ein Referendum über die Ära, die mit Ronald Reagan begonnen hatte. Die treibende Idee des frisch gewählten Präsidenten sei, und so zitiert er ihn selbst, einen »Sinn wieder herzustellen, dass wir die Wirtschaft von unten aufbauen und nicht von oben. Das ist der alles überragende philosophische Wandel, den wir durchsetzen müssen«. Mit John McCain hat das alte, unilaterale Amerika verloren, das angebotsorientierte, das deregulierende. Im Wahlakt spiegeln sich die Absagen an das gesellschaftliche Auseinanderdriften der – »dis-united« – USA, das soziale Absinken größer werdender Teile der Bevölkerung, die wachsende Sorge vieler Menschen vor der ungewissen Zukunft ihrer Kinder.

Schon mit dem Beginn des Wahlkampfes schlug Obama den Generalbass seiner Botschaft an. Er überzeugte, weil er die



Gert Weisskirchen

(* 1944) MdB, ist seit 1999 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2005 persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus.

gert.weisskirchen@bundestag.de

Sorgen der Menschen direkt ansprach: Wie soll die Wirtschaft der Zukunft aussehen, wie das Gesundheitswesen, wie Bildung und Erziehung? John McCain aber blieb der Gefangene der neo-konservativen Ideologie. Am Ende versuchte er seinen politischen Gegner als »Sozialisten« zu brandmarken, um die Niederlage verzweifelt abzuwenden. Wieder aufleben sollte die Rebellion der Reagan-Ära. Sie hatte sich aufgebäumt gegen die Offenheit der Kennedy-Ära, gegen das Verlangen nach Freiheit, gegen den Willen zur Gleichberechtigung,

wie sie in den Bürgerrechtsbewegungen sich ausdrückte. Die späten 60er Jahre waren eine Zeit des kulturellen Aufbruchs in eine neue Globalität.

Authentizität und magische Kraft

Der Sieger dieses Herbstes knüpft an den Sommer 1968 an. Barack Obama beginnt, den Traum Martin Luther Kings zu verwirklichen. Der Blick auf die Ergebnisse zeigt: Die Wählerschaft McCains ist weiß, verfügt über höhere Einkommen, ist älter, hat höhere akademische Abschlüsse, lebt in Vorstädten, eher noch auf dem Land und im Süden. Die Wählerschaft Obamas repräsentiert die »realen« Vereinigten Staaten von Amerika. Sie ist farbiger und jünger, städtischer und geringer verdienend, ihre Bildungsstruktur ist weniger stark geprägt und weiblicher.

Den deutlichsten Zuwachs erzielte Obama gegenüber 2004 bei den spanisch-sprechenden Bürgerinnen und Bürgern mit 13 % und bei den 18- bis 29-Jährigen mit 12 %. »E pluribus unum« ist das Versprechen des Gründungsakts der USA, und mit Obamas Wahl wird es real. Dreiviertel derer, die im Wahlakt befragt wurden, denken die USA seien auf einem falschen Weg.

Wandel und Hoffnung waren deshalb die Schlüsselworte, die den Raum zur Entscheidung öffneten. Diese Worte haben magische Kraft gewonnen. Sie durchbrechen Ängste nicht, weil sie rhetorische Suggestion entfachten. Das konnte nur gelingen, weil Obama authentisch das Band zwischen Zielen und Handeln ineinander zu fügen vermochte. Obama hat gewonnen auch der Krise des Finanzkapitals wegen. Aber nicht allein deshalb. Wichtig waren ebenso seine Fähigkeiten, im öffentlichen Diskurs seine Kompetenzen überzeugend darzustellen. Er konnte das Entstehen der Krise verständlich erklären und vernunftgeleitetes politisches Handeln anbieten.

Die Umriss sind noch zu schärfen, die Grundrichtung jedoch ist deutlich zu erkennen. Und die Wählerinnen und Wähler haben sie fest ins Auge gefasst. Mit ihrer Entscheidung haben sie Geschichte gemacht. Sie haben politisch gestritten, so stark motiviert wie selten in den letzten vier Jahrzehnten zuvor. Sie wenden sich gegen Apathie und Zynismus. Sie erfinden die US-Demokratie neu.

Die Agenda der Demokraten

Wie kann dieses Momentum aufgenommen werden, wie erhalten bleiben? Das »Konzept der deliberativen Demokratie« ist offen. Sie ist plastisch und lernfähig. Im Kampf um die politische Entscheidung hat die Demokratie in den USA neue Kraft schöpfen können.

Mit der ausgebauten Mehrheit im Kongress wird es für Präsident Obama leichter sein, die demokratische Agenda in den kommenden Jahren durchzusetzen:

»*Erstens:* Wir werden Amerikaner im Heimatland schützen und die Welt führen, indem wir unseren Soldaten, unseren Bürgern und unseren Alliierten die Wahrheit sagen. Wir setzen auf eine starke nationale Verteidigung, die zugleich fest und intelligent ist. (...). Erfolg im Irak werden wir sichern und Amerika befreien von der Abhängigkeit vom importierten Öl.

»*Zweitens:* Wir werden ein Amerika schaffen, das sauberer, grüner und stärker ist, indem wir Milliarden von Subventionen für Öl und Gas streichen, und die eingesparten Mittel verwenden, damit die Konsumenten finanziell erleichtert und damit alternative Energien entwickelt werden. Technologien, die die Energieunabhängigkeit fördern, werden mit den eingesparten Mitteln zusätzlich angeregt.

»*Drittens:* Wir werden Jobs schaffen, die in Amerika bleiben und die Chancen für alle Amerikaner wiederherstellen, beginnend mit der Erhöhung des Mindestlohns.

Viertens: Wir werden uns 36 Industrienationen anschließen, damit jeder Einzelne Zugang zu einem bezahlbaren Gesundheitswesen hat. Beginnen werden wir, indem wir an den Regeln für das Arzneimittelprogramm festhalten und die Stammzellenforschung fördern werden.

Fünftens: Wir werden sicherstellen, dass ein Rentnerdasein in Würde das Recht und die berechnete Erwartung jedes Amerikaners und jeder Amerikanerin ist. Deshalb werden wir mit einer Pensionsreform beginnen (...) und die Privatisierung der sozialen Sicherheit vermeiden.«

Der emotional stärkste Moment der Rede Obamas auf der *Convention* in Denver war, als er die Verpflichtung abgab, für jedes Kind müsse die weltbeste Bildung bereitgestellt werden, »weil es um nicht weniger geht, als sich in der globalen Wirtschaft im Wettbewerb zu behaupten«.

Er selbst und seine Frau Michelle konnten allein deshalb in Denver sein, weil sie diese Chance geboten bekamen. Dies sei der Grund, weshalb er in frühkindliche Erziehung investieren werde. »Und wir werden unser Versprechen jedem jungen Amerikaner (gegenüber, d. A.) einlösen.«

Seine Rede beendete Obama mit den Worten Martin Luther Kings: »Wir können nicht allein voran gehen und (...) wir können nicht umkehren.« Deshalb: »Wir halten fest am amerikanischen Versprechen (...), an der Hoffnung zu der wir uns kennen.«

Beim Sieg Obamas hat sich Vernunft gegen unterschwellige Vorurteile durchgesetzt, die Erfahrung zur *Compassion* gegen die Absicht, die Welt von Beginn an in Gut und Böse zu unterscheiden.

Zudem verfügt Obama über die Fähigkeit, »was krisengebeutelte Demokratien am dringendsten brauchen, Begeisterung für Veränderungen zu wecken«, so schreibt Ronald Dworkin. Vor diesen überbordenden Aufgaben steht die neue Administration: die verunsicherte, polarisierte Gesellschaft zu versöhnen; den Niedergang des

Vertrauens in das Regierungshandeln umzukehren; und die wirtschaftliche Krise zu bewältigen, sowie das Ansehen der USA außenpolitisch zu erneuern.

Die dramatischen Verwerfungen in den Sphären des internationalen Finanzkapitals haben wie in einem Brennglas allen globalen Akteuren vor Augen geführt, dass allein aufeinander abgestimmtes Zusammenhandeln einen Weg aus der Krise zeigen kann. Zwingend ist es, die internationale Finanzarchitektur zu erneuern. Dabei ist nicht allein die Frage zu beantworten, wie die globalen Institutionen stärker den multipolaren Realitäten angepasst werden, die Agenda ist umfangreicher: Neue Instrumente sind zu entwickeln, damit die Vereinten Nationen reformiert werden. Eine Renaissance des Völkerrechts und der internationalen Politik ist überfällig. Die »strategische Führerschaft«, von der die außenpolitischen Berater Obamas sprachen, beschreibt den multilateralen Horizont und hält fest, wie sich die USA künftig als *primus inter pares* verstehen werden. Die Zeit der Konstruktionen der Koalitionen der Willigen, an der völkerrechtlichen Legitimation vorbei, ist damit zum Ende gekommen.

Die strategische Führerschaft der USA muss erworben werden und erhalten bleiben, schreiben Anne-Marie Slaughter, Ivo Daalder u.a. im *Phoenix Initiative Report*. Dem neuen Präsidenten sei aufgegeben, eine neue Nationale Sicherheitsstrategie im Angesicht einer Zeit der Wirren und des Wandels in Kraft zu setzen. Mehr als je zuvor seit 1940 sehen sich die USA herausgefordert, ihre globale Rolle neu auszurichten.

Die neu zu begründende Führerschaft erkennt an, dass die USA in einer miteinander vernetzten Welt ihre eigenen Interessen am Besten zu sichern vermag, wenn sie die Interessen anderer versteht und hilft, jene ebenfalls zu sichern. Obama hat eine neue Offenheit geschaffen. Fragen können frisch gestellt werden. Mit welchen politischen Neansätzen werden die Ver-

hältnisse zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft künftig geordnet? Was soll der entscheidende Inhalt eines *New Deal* sein, wie er gegenwärtig debattiert wird? Geht seine Präsidentschaft über ein keynesianisches *Bretton Woods II* hinaus? Wie lassen sich die zerbrochenen Mechanismen reparieren, die mithelfen, Transparenz, Steuerung und Kontrolle über die Exzesse des Finanzkapitals zu erneuern? Welche Konsequenzen zieht Obama aus der Tatsache, dass die Grenzen der verbliebenen Supermacht in den sich beschleunigenden Globalisierungsprozessen enger geworden sind? Wie können die sich verstärkenden Widersprüche zwischen dem Streben nach globaler Ordnung und der auseinanderfallenden Reichtumsentwicklung – national

wie transnational – in erträglichen Balancen eingehegt werden? Wird es Obama gelingen, auf lange Dauer anzulegende Reformen im eigenen Land und global durchzusetzen?

Im Wahlkampf hat er eine wachsende Zahl von Menschen ermutigt, von unten aus der Gesellschaft heraus, das Politische für sich selbst zu entdecken. Noch ist dieser Aufbruch fragmentiert. Noch haben soziale Bewegungen sich nicht erneuert. Und doch: Hoffen könnte sich in Handeln verwandeln. Denn das ist der Kern einer realistischen Linken: Verantwortung übernehmen, damit die Freiheit der Einzelnen sich einsetzt für ein Mehr an Gerechtigkeit. Mit Obama fängt etwas unerhört Neues an.

Martin Kämpchen

Indiens Blick auf den »globalen Amerikaner«

Fasziniert schaute Indien auf den amerikanischen Wahlkampf. Seit Januar verging kein Tag, an dem nicht in den nationalen Tageszeitungen und in den Fernsehnachrichten wenigstens eine Neuigkeit über Clinton, Obama oder McCain veröffentlicht wurde. In der Presse waren es meist Agenturberichte oder Übernahmen von großen amerikanischen und britischen Zeitungen, denn einen eigenen Korrespondenten in Washington können sich nur wenige indische Zeitungen leisten. Aber dazu kamen ausführliche, meinungsstarke Editorials und Stimmungsberichte indischer Journalisten. Woher stammt diese Faszination?

Martin Kämpchen

(* 1948) arbeitet als freier Schriftsteller, Übersetzer, Herausgeber und Journalist in Indien.

M.Kaempchen@gmx.de



mentwahl statt, die wegen ihres schieren Ausmaßes und ihres enormen organisatorischen Aufwands höchst beeindruckend ist. Doch besteht wenig innerparteiliche Demokratie und Auseinandersetzung. In Amerika dagegen wird innerparteiliche Demokratie monatelang vor den Augen der Welt vorgeführt. Die Kandidaten wagen es, sich ihre Schwächen und Fehler vorzuhalten. Niemand verbietet ihnen den Mund aus Gründen der »Parteidisziplin«. Es geht mehr um den besten Kandidaten und um die Lösung von Problemen als um andere strategische Erwägungen. Die indi-

Indien nennt sich zwar mit Stolz die »größte Demokratie der Welt«, doch ist sich jeder gebildete Inder – oft uneingestanden – der Defizite seiner Demokratie bewusst. Alle fünf Jahre findet zwar eine Parla-

sche Öffentlichkeit weiß, dass indische Kandidaten nicht nur nach ihren Meriten ausgewählt werden. Eine wesentliche Rolle spielen ihre Kaste und Unterkaste, ihre Muttersprache, Familie und Religion. Das Wahlvolk möchte von einem der Ihren vertreten werden. Deshalb sind Mehrheiten und Minderheiten in einem Wahlbezirk von ausschlaggebender Bedeutung. In den Vereinigten Staaten dagegen schafft es ein Afro-Amerikaner, dessen Familie keinerlei Machtstellung besitzt, in die erste Reihe amerikanischer Politiker vorzudringen. Er repräsentiert keineswegs nur die afro-amerikanische Minderheit, sondern er zeigt sich dazu fähig, das gesamte Volk zu repräsentieren.

Dass eine Frau die Nation leitet, wäre im Kontext des indischen Subkontinents keine Neuigkeit gewesen. In Indien war es Indira Gandhi, in Pakistan Benazir Bhutto, die das Land regiert haben. Ebenso waren in Bangladesch und Sri Lanka früher Frauen an der Macht. Hillary Clinton als Präsidentin war darum keine ungewöhn-

liche Vorstellung, zumal sie – wie sämtliche Regentinnen im indischen Subkontinent – zunächst im Schatten eines Mannes gestanden hat. Indira Gandhi wie auch Benazir Bhutto waren durch ihre Väter in Machtpositionen aufgestiegen.

Sympathisch wirkt auf indische Beobachter die Betonung der Familie. Die Kinder und Ehefrauen der Wahlkämpfer zeigen sich, kämpfen mit und spielen zusammen glückliche Familie. Das so familienfreundliche, Familienwerte lobpreisende Indien wagt es jedoch selten, mit Ehepartner und Kindern in den Wahlkampf zu ziehen. Familie kann so viel Öffentlichkeit offenbar nicht ertragen, es sei denn, ein Familienmitglied soll auch zum Politiker herangezogen werden, wie Rahul Gandhi, der Sohn von Sonia Gandhi, der Präsidentin der *Congress-Partei*. Viele der bedeutendsten indischen Politiker sind sogar alleinstehend. Der letzte Premierminister, Atal Behari Vajpayee, wie der letzte Präsident, Abdul Kalam, waren Junggesellen. Sonia Gandhi ist verwitwet. Eine

Reihe mächtiger Regionalpolitiker haben nie geheiratet. Dem Zölibat hängt auch bei politischen Personen eine guruhafte Aura von Macht und Herrschaftsanspruch an.

Barack Obama hatte die indische Öffentlichkeit für sich gewonnen, als er Ende März seine jetzt schon als historisch geltende Rede zum amerikanischen Rassenkonflikt hielt. Seine Offenheit und Differenziertheit, sein Mut, Risiken einzugehen, wurde in zahlreichen Editorials bewundert. So schrieb Barkha Dutt wehmütig in der *Hindustan Times*: »Wann werden wir je unseren eigenen Obama bekommen? Was Rasse für die Amerikaner ist, ist Religion und Kaste für Indien. Doch der politische Diskurs in unserem Land ist immer in Polaritäten gedrängt worden. Wir waren entwe-

der religionsbewusst oder säkular, liberal oder konservativ, kapitalistisch oder kommunistisch, kastenstolz oder egalitär. Unsere Antworten auf politische Debatten über Kaste und Religion sind entweder zu platt und politisch korrekt oder schrecklich vorurteilsvoll und bigott.«

In unseren vom Fernsehen dominierten Gesellschaften, der amerikanischen wie auch der indisch-urbanen, sind Qualitäten wie Eloquenz, Charisma, Charme unwägbare wichtige Instrumente für einen Wahlsieg. Obamas Hautfarbe ist für Fernsehzuschauer in den Ländern der Dritten Welt das unübersehbare Signal, dass seine Lebensgeschichte Kenia und Indonesien, also Afrika und Asien, mit einbezieht, dass ein »globaler Amerikaner« Präsident wird.

Karsten Rudolph

Am Krankenbett des Kapitalismus

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Die Krise des Finanzmarktes macht es möglich: Aus dem Hamburger Grundsatprogramm der SPD ist in weiten Teilen ein Aktionsprogramm geworden. »Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten«, so heißt es dort, »können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler Ebene an.« Und weiter: »Märkte bedürfen der politischen Gestaltung...« Geschrieben wurden diese Sätze vor dem Hintergrund einer langen politischen Erfah-

rung mit den Krisenerscheinungen des Kapitalismus. Dass die historische Finanz- und Wirtschaftskrise, in der die Welt inzwischen steckt, schon bald nach der Verabschiedung des neuen Grundsatprogramms am 28. Oktober 2007 virulent werden würde und grundsätzliche politische Erwägungen gleichsam über Nacht tagespolitisch aktuell werden könnten, dies hat keiner der Delegierten, die dem Programm zustimmten, präzise voraussehen können.

Die Erfahrungen

Schon einmal hat eine Weltwirtschaftskrise die deutsche Sozialdemokratie auf dem falschen Fuß erwischt. Der Autor des 1910 erschienenen *Finanzkapitals* und nach dem New Yorker Börsencrash 1929 aus dem Amt des Reichsfinanzministers gedrängte Ökonom Rudolf Hilferding, dia-

agnostizierte das baldige Ableben des Patienten und enthielt sich – wie die Mehrheit der Partei – jeder konjunkturpolitischen Therapie. Ganz anders der Sozialdemokrat und Gewerkschaftstheoretiker Fritz Tarnow: Er plädierte für einen aktiven Staat, der der kranken Wirtschaft konjunkturpolitische Medizin verabreichen müsse – nicht der Kapitalisten sondern der alsbald hungernden Massen wegen. Doch das von ihm und den gewerkschaftsnahen Wirtschaftsexperten Wladimir Woytinski und Fritz Baade entwickelte, kreditfinanzierte Konjunkturprogramm (der so genannte *WTB-Plan*) kam nicht zum Zuge. Und Deutschland versank in einer wirtschaftlichen Depression ungeahnten Ausmaßes. Die deutsche Sozialdemokratie hatte nach dem Scheitern der Brüning'schen Deflations- und Sparpolitik, den Erfolgen des amerikanischen *New Deal* sowie der Hitlerschen Konjunkturanreize qua Aufrüstungspolitik gelernt. Die Sozialdemokraten wurden Keynesianer und strebten fortan danach, den Kapitalismus zu zügeln, zu zähmen und zu zivilisieren. Ihr erster bundesdeutscher Wirtschaftsminister, Karl

Schiller, setzte gegen die Nachkriegsrezession 1966/67 eine erfolgreiche Konjunkturspritze. Rechtzeitig, aber befristet angelegt, massiv und gezielt eingesetzt, konnte und kann Konjunkturpolitik Wunder bewirken, dies hat der Internationale Währungsfond in einer erst kürzlich erschienenen Studie über die Wirkung antizyklischer Konjunkturpolitik analysiert. In den 70er Jahren traten allerdings zwei neue Erfahrungen hinzu, die Konjunkturpolitik kompliziert machten: *Erstens* ließen sich im wirtschaftlichen Abschwung kreditfinanzierte Konjunkturprogramme leichter durchsetzen, als die im Aufschwung vorgesehene Konsolidierung der Staatsfinanzen voranbringen, geschweige denn eine Konjunkturrücklage bilden. Mit anderen Worten, der Schuldenberg wuchs, weil die konjunkturpolitischen Maßnahmen nach der Krise nicht zurückgefahren wurden. *Zweitens* überschätzte man die eigene Volkswirtschaft und unterschätzte die weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Selbst die starke deutsche Konjunkturlokomotive konnte gegen die allgemeine Stagflationskrise kaum etwas ausrichten.

Daraus folgten zwei Lehren, die in den folgenden Jahrzehnten gegenüber der einfachen neoliberalen Doktrin (vor der Krise Steuersenkungen, in der Krise Steuersenkungen, nach der Krise Steuersenkungen) nicht bestanden: Gegen einen weltwirtschaftlichen Abschwung hilft allein eine international abgestimmte Konjunkturpolitik und die antizyklische Wirtschafts- und Geldpolitik darf im Aufschwung nicht aufhören.

Die historische Weltwirtschaftskrise

Zum ersten Mal seit 1945 rutscht die gesamte Weltwirtschaft in einen Abschwung und die Wirtschaftsleistung nimmt global ab. Mit Minuswachstum weltweit ist der übliche Lösungsweg verbaut, den Export in noch oder schon wieder prosperierende Regionen zu lenken. Dies ist neu.

Dass sich historische Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 aufdrängen, liegt einerseits daran, dass ein derartiger wirtschaftlicher Abschwung ebenfalls eine neuartige Lage darstellte und dass andererseits auch ihm eine Bankenkrise vorgelegt war. Damals wie heute hatten sich Banken verspekuliert und konnten längerfristig vergebene Kredite kurzfristig nicht mehr refinanzieren. Dies rief eine Liquiditätskrise hervor, der eine Kreditklemme folgte, als die Banken sich untereinander nicht mehr über den Weg trauten und die wirtschaftlichen Aussichten allgemein als pessimistisch beurteilten.

Auch wenn heute vieles anders ist, so befinden wir uns doch exakt wieder an diesem Punkt. Wir wissen heute allerdings auch, was passiert, wenn die Staaten nicht rechtzeitig handeln und entsprechende ordnungspolitische Konsequenzen ziehen.

Was nun die Krise des Finanzmarktes anbelangt, so wurde zwar zumeist in letzter Minute, aber gerade noch rechtzeitig gehandelt, um eine Implosion des Bankenwesens

zu vermeiden, auch wenn die Bank-Lähmung keineswegs überwunden ist: Wie 1931 stellt der Staat Eigenkapital- und Liquiditätshilfen bereit und überführt besonders gefährdete Banken zumindest teilweise in staatlichen Besitz. Anders als früher geht er mit den Bankvorständen noch gnädig um: Er begrenzt ihre Einkommen, entlässt sie aber nicht. Gleichzeitig arbeiten die Regierungen an einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte. Ein zweites *Bretton Woods* soll dem Kannibalismus der ungezügelten Kräfte im Finanzsektor dauerhaft Einhalt gebieten.

An gleicher Entschiedenheit mangelt es jedoch in der Wirtschafts- und Geldpolitik. Erstere setzt nicht gezielt und kraftvoll genug an, zweitere setzt zu spät und zaghaft ein. Die Europäische Zentralbank hinkt anderen Zentralbanken in punkto expansiver Geldpolitik hinterher, anstatt mit ihnen beherzt und konzertiert die Zinsen zu senken. Konjunkturpolitisch folgt die Bundesrepublik leider dem falschen Vater des Wirtschaftswunders. Ludwig Erhard mag sich seine ordoliberalen Verdienste erworben haben, nur als Konjunktur- und Strukturpolitiker versagte er als Bundeskanzler auf der ganzen Linie. Ähnlich wie Brüning verlangte er den Gürtel enger zu schnallen. Nicht die CDU sondern die SPD mit ihrem moderneren wirtschaftspolitischen Konzept der Globalsteuerung und antizyklischen Wirtschaftspolitik ging aus der Rezession und alsdann aus der Großen Koalition als politischer Sieger hervor. Gemessen an den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen gelten diese historischen Erfahrungen und natürlich das Hamburger Programm: »So viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig.« Aber auch: »Die öffentliche Hand trägt Verantwortung dafür, dass die Konjunktur Impulse erhält und die gesamte Gesellschaft davon profitiert.« Oder anders und einfach formuliert: Ludwig Erhard ist tot, Karl Schiller lebt!

Thomas Krapf

Zeitsplitter: 60 Jahre Menschenrechtserklärung

Als »internationale Magna Charta für die gesamte Menschheit« bezeichnete Mitverfasserin Eleanor Roosevelt die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*. Am 10. Dezember 1948 von der UN-Generalversammlung in Paris verabschiedet, wird die Deklaration zur Grundlage weiterer Vertragswerke des humanitären Völkerrechts: *Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (sog. *UN-Zivildpakt*, 1966), *Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* (sog. *UN-Sozialpakt*, 1966), *Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung* (1969), *Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* (1980), *Antifolterkonvention* (1984), *Übereinkommen über die Rechte des Kindes* (1990) u.a.

Die Deklaration setzt den engen Bezug der Menschenrechte zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voraus. Ferner eröffnet sie ein breites Spektrum ziviler, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Rechte und hebt deren inneren Zusammenhang und Interdependenz hervor. Auf diesen Grundlagen werden einheitliche und universale Menschenrechtsnormen entwickelt. Sie zeigen Missstände und Handlungsmaximen auf und tragen in politisch gespannten Lagen zur Versachlichung des Diskurses bei.

Dieser normative Fortschritt steht im krassen Missverhältnis zu den zunehmenden Desideraten bei der Implementierung der Menschenrechte. Heute so aktuell wie 1948, hält Art. 28 der Deklaration fest: »Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.« Sechs Jahrzehnte später zeichnen sich im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Umsetzung des humanitä-



Thomas Krapf

war bis 2007 Referent für Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

ren Völkerrechts stetig wachsende Herausforderungen ab. Z.T. werden sie in der Millenniumserklärung von 2000 sowie auf dem Weltgipfeltreffen von 2005 thematisiert: die Rechte auf Nahrung, Trinkwasser, gesunde Umwelt, Bildung, soziale Versorgung etc.

Dank der neuen Normen des humanitären Völkerrechts werden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die unveräußerlichen Menschenrechte des Einzelnen Gegenstand der internationalen Politik. Im Laufe der Zeit kommt es zu einer Relativierung der grundsätzlichen Nichteinmischung in innenpolitische Angelegenheiten und zu einer Schwächung des Prinzips absoluter nationalstaatlicher Souveränität. Dies revolutioniert die internationalen Beziehungen – ebenso wie die stetig erstarkende, grenzübergreifende, global vernetzte Zivilgesellschaft, die sich nachhaltig für die Einhaltung der Menschenrechte verwendet.

Herausforderungen anderer Art ergeben sich aus der Verweigerungspolitik der mächtigsten *global players*. Die USA, Russland, China und Indien lehnen das *Zweite Fakultativprotokoll des UN-Zivildpacts* (1989) ab, weil ihnen die Todesstrafe heiliger ist als das unveräußerliche Grundrecht auf Leben. Auch im politischen Alltag macht die Verachtung der Grundrechte Schule, z.B. beim Umgang mit Migranten oder bei der Terrorismusbekämpfung.

Projekt Europa

Stefan Collignon

Warum Europa nicht zusammenfindet

Was ist europäische Politik heute? Jahrelang versprach das »Projekt Europa« Frieden und Wohlstand. Zwar ist dies noch immer ein treibendes Motiv, aber wie das Versprechen einzulösen ist, ja sogar was man unter Frieden und Wohlstand heutzutage verstehen kann, ist immer weniger erkennbar. Zudem ist nicht zu übersehen, dass nach wie vor tiefe Bruchlinien über den europäischen Kontinent verlaufen.

Stefan Collignon

(* 1951) ist Professor an der *S. Anna School of Advanced Studies* in Pisa. Im Vorwärts Buch Verlag erschien 2007: *Bundesrepublik Europa? Die demokratische Herausforderung und Europas Krise.*

S.Collignon@lse.ac.uk
www.stefancollignon.de



Eine Ära geht zu Ende. Die Finanzkrise lähmt die Weltwirtschaft. Die Verunsicherung ist weltweit. Keynes wird wiederentdeckt, aber nicht in seiner verballhornten Version des Staatsausgabenkeynesianismus, sondern als Denker von Unsicherheit und Geld. Moderne Theorien von asymmetrischer Information und monopolistischer Konkurrenz, die von den Nobelpreisträgern Stiglitz und Krugman geprägt sind, werden Obamas Wirtschaftsteam mehr prägen als Neoliberalismus und Ordnungspolitik deutschen Stils. Europa wird eher von Amerika lernen können als umgekehrt. Kooperation wäre angezeigt, aber die Bereitschaft dazu ist gering.

Die Ambivalenz der europäischen (Un-)Regierbarkeit wird in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besonders deutlich. Der Euro hat sich als das erwiesen, was seine Verfechter immer erwartet haben: eine stabile Währung, ein Schutzschild gegen Schocks, eine notwendige Voraussetzung für den Abbau von Arbeitslosigkeit und ein

Instrument zur Sanierung der Staatsverschuldung. Die Europäische Zentralbank wurde verteufelt für eine zu restriktive Geldpolitik. Amerika galt als Vorbild. Nun ist der amerikanische Finanzkapitalismus zusammengebrochen und manch einer erkennt, dass gerade die allzu lockere Zinspolitik zur Aufblähung der *asset bubble* geführt hat. Jahrelang hatte die amerikanische Notenbank die Finanzmärkte mit negativen Realzinsen überflutet und damit die »Gier« der Banken nach höherem Risiko erst geschaffen. Verglichen dazu war die Politik der Europäischen Zentralbank solider. Der EZB-Konservatismus scheint rehabilitiert.

Wirtschaftspolitik ist mehr als eine stabile Währung

Die Einsicht scheint an deutschen Ordoliberalen vorbei gegangen zu sein, dass z.B. Wachstum und Beschäftigung Investitionen erfordern. Ohne Kredite keine Investitionen, und Kredit baut auf Vertrauen. Die Finanzkrise hat das Vertrauen erschüttert und die darauf folgende allgemeine Unsicherheit hat die Welt in eine tiefe Wirtschaftskrise gestoßen. Nach 10 Jahren steht die Eurozone in ihrer ersten Rezession, aber die Mitgliedsstaaten können sich nicht auf ein dringend notwendiges Investitionspro-

gramm einigen. Stattdessen puzzelt jeder an seinen eigenen Maßnahmen – mit minimaler Hebelwirkung. Schon die Analyse der Ursachen entzweit die Lager. Sarkozy fordert eine Neubegründung des Kapitalismus, die Bundesregierung folgt der Devise »Augen zu und durch!«, und Banker fordern Hilfe vom Staat, aber bitte nur für kurze Zeit und ohne weitere Bedingungen. Während die Medien bereits die Schuldigen gefunden haben (gierige Banker und inkompetente *Rating*-Agenturen), gibt es kaum schlüssige Konzepte, wie die Finanzmärkte in Zukunft zu regulieren seien. Sicher, der Internationale Währungsfond fordert »einen geordneten Prozess von *deleveraging*«, das heißt den Abbau übermäßiger Risiken, aber der Teufel steckt im Detail.

In Ländern mit entwickelten Finanzmärkten wie den USA und Großbritannien oder Frankreich wird man versuchen das Risiko-Management zu verbessern, etwa durch Modelle zur Berechnung von Risiken oder Veränderung der Bilanzierungsregeln. In den weniger entwickelten Ländern wie

Deutschland und Italien wird man versuchen, mit bürokratischen Regeln den bösen Geist wieder in die Flasche zu stopfen. Aber diese Ansätze ignorieren den entscheidenden Unterschied zwischen Risiko und Unsicherheit. Risiko ist kalkulierbar, Unsicherheit nicht. Finanzinstitutionen suchen Risiko zu minimieren und durch Derivative einzuschränken (*hedging*). Aber Unsicherheit ist allgemein und kann deshalb nicht durch Marktmechanismen beseitigt werden. Die Minimierung von Unsicherheit ist Aufgabe der Politik. Das war die zentrale Botschaft von John Maynard Keynes. Wohlstand ist nur zu wahren, wenn Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte stabilisiert werden. Aber Europa hat dafür nur unzureichende Instrumente.

In ihrer Not haben Regierungen Banken verstaatlicht. Um noch größere Unsicherheit zu vermeiden war dies richtig. Aber in Europa existiert ein großer Binnenmarkt auch für Banken. Nahezu jeder Mitgliedsstaat der EU hat eine oder mehrere Banken, deren Verbindlichkeiten höher

sind als das gesamte Bruttosozialprodukt des Landes, in dem sie ihren Firmensitz haben. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, eine europäische Rettungsstrategie zu entwerfen und Banken zu europäisieren, statt sie zu nationalisieren?

Obama setzt Zeichen

Selbst wenn die Finanzmärkte zu einer minimalen Stabilität zurückkehren, wird die Wirtschaft erst wieder in Gang kommen, wenn Firmen investieren, um Nachfrage auf dem Gütermarkt zu bedienen. Hier sind Regierungen gefragt. Obamas Amerika bereitet bereits ein zweites Konjunkturprogramm vor; in Deutschland gilt schon ein mickriger Stimulus von 7 Milliarden als umstritten. Wirtschaftler haben gezeigt, dass investive Staatsausgaben das Wirtschaftswachstum auf Dauer erhöhen, konsumtive Ausgaben dagegen nicht. Aber in Europa werden Steuern gesenkt. Seit Jahren haben die meisten EU-Mitgliedsländer öffentliche Investitionen heruntergefahren. Es wäre an der Zeit, Infrastrukturen wieder in Stand zu setzen und neue Technologien zu entwickeln, beispielsweise im Energiesektor. Europa muss klotzen, nicht kleckern. Auch hier setzt Obama Zeichen. Aber wenn Amerika sich zum Entwicklungszentrum moderner Energie- und Klimaschutztechnologien entwickelt, wird Europa wieder einmal seine Führungsrolle verspielen.

Selbst die Befürworter von Konjunkturprogrammen scheinen zu glauben, sie lebten auf einer einsamen Insel. Sie verstehen nicht, dass in der Währungsunion mit einem großen Binnenmarkt die konjunkturbelebenden Effekte rasch in den Nachbarländern versickern, während die nationalen Finanzminister auf den Schulden sitzen bleiben. Europa ist kein Null-Summen-Spiel. Ein Konjunkturprogramm muss europäisch sein. Eine konzertierte Aktion von Mitgliedsstaaten der EU würde die Wirkung nationaler Programme enorm

steigern. In den USA hat das erste Konjunkturpaket der Bush-Regierung die Größe von etwa 1 % des BSP gehabt. Das entspricht dem von SPD-Vize Andrea Nahles geforderten 25 Milliarden-Euro-Paket für Deutschland. Für die Eurozone wären es etwa 100 Milliarden Euro.

Davon könnten 50 Milliarden zu einem europäischen Investitionspaket zusammengeschnürt werden und durch die Europäische Investitionsbank finanziert werden. Für Deutschland wäre die Haushaltsbelastung lediglich 12,5 Milliarden Euro. Ein solches Investitionspaket würde eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen in der EU von über 50 % ermöglichen. Europas Wirtschaft würde einen Riesenwachstumsimpuls erhalten. Investitionen generieren zukünftiges Einkommen. Das höhere Wirtschaftswachstum würde die Haushaltskonsolidierung nicht gefährden, sondern unterstützen.

Europa sitzt in der Falle

Warum schafft es Europa nicht, sich auf sinnvolle Politik zu einigen? Europa steckt in einer Falle. Sozialwissenschaftler haben dafür einen Namen: *collective action problems*. Sie entstehen, wenn einzelne Akteure einer Gruppe darauf bauen, dass gemeinsame öffentliche Güter durch die Beiträge der anderen Gruppenmitglieder ermöglicht werden, so dass sie ihren eigenen Beitrag reduzieren können. Wenn jeder dies tut, ist es unmöglich, das Gemeininteresse durchzusetzen. Im besten Fall ist solches Verhalten die Folge von mangelnder Kommunikation und kann durch Politikkooperation vermieden werden. Im schlimmsten Fall führt jedoch das Streben nach nationalen Vorteilen zu einer systematischen Verletzung des Gesamtinteresses. In Europa zeigt sich dieses Phänomen in den »nationalen Egoismen« der einzelnen Mitgliedsstaaten.

In der Wirtschaftspolitik gibt es immerhin noch einige Bereiche (z.B. Förde-

zung von Forschung, Entwicklung und Technologie), in denen freiwillige Kooperation zwischen Regierungen möglich ist. Die »offene Koordinationsmethode« der Lissabon-Strategie ist hier angemessen. Zwar hat die konservative Barroso-Kommission diese Chancen nur in unzureichendem Masse verwirklicht, aber es bestünde zumindest die Möglichkeit, dass sich mit einem anderen Präsidenten die Dinge verbessern. Im Bereich der Konjunktur- und Wachstumspolitik ist dies hingegen sehr viel unwahrscheinlicher. Französische Regierungen haben deshalb zu Recht eine Euro-Wirtschaftsregierung gefordert, aber ihr latenter Nationalismus verwehrt ihnen die Einsicht, dass eine Regierung ohne echte Demokratie nicht legitim sein kann.

Das Demokratiedefizit

Das Problem der Legitimation stellt sich auch in der Außenpolitik. Für viele gilt der Frieden in Europa als selbstverständlich. Aber Europa bleibt zerstritten. Solange es keine europäische Regierung gibt, können die Regierungen der Mitgliedsstaaten beanspruchen, nur sie allein seien demokratisch legitimiert. Dabei stellen sie nationale Interessen in den Vordergrund. Großbritannien, Spanien und Frankreich pflegen ihre *special relationships* mit früheren Kolonien in Nord- und Südamerika und in Afrika. Aber niemand konzipiert eine europäische Strategie zum Umgang mit Asien. Für Deutschland haben Exportinteressen und Gasversorgung Vorrang über Menschen- und Bürgerrechte in China und Russland. Irland will unabhängig unter dem Papst bleiben und die neuen östlichen Mitgliedsstaaten scheinen zuweilen mehr an der NATO als an europäischer Integration interessiert zu sein. Und doch betrifft Außen- und Friedenspolitik jeden einzelnen europäischen Bürger. Wer zweifelt daran, dass Irlands Wirtschaft nicht unbetrof-

fen bliebe, wenn der russische Gashahn zugekehrt würde? Kann es im Interesse der Menschen in Europa sein, dass Deutschland seine Energie aus Zentralasien bezieht und Frankreich aus Kernkraftwerken? Kann die EU einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten, wenn wichtige Mitgliedsstaaten sich dem Druck der heimischen Lobby beugen? Und wie wollen Europas Zwergstaaten ihre Interessen gegenüber Großmächten durchsetzen, die *divide and rule* als strategische Maxime sehr wohl verstanden haben. Sicher, die Europäische Union hat auch Erfolge. Im Iran-Konflikt hat Europa mäßigen können. Die französische Präsidentschaft hat es verstanden, Europas Gewicht in der Georgienkrise zur Geltung zu bringen. Aber wie Jean Monnet schon sagte: »Ohne die Menschen ist nichts, aber ohne Institutionen ist nichts von Dauer«. Wenn Europa international ein Wort mitreden will, braucht es eine eigenständige Regierung.

Das Eigeninteresse bürokratischer Apparate behindert effiziente Politik im Interesse der Bürger. Aber das Problem geht tiefer. Neben der politischen Effektivität stellt sich die Frage der Legitimität. Moderne Demokratien weisen den Bürgern das Recht zu, ihre Vertreter zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen selbst zu bestimmen. Sie sind dazu berechtigt, da sie alle von den getroffenen Entscheidungen betroffen sind. Sie sind gleich in ihren Rechten und frei in ihrer Wahl. In der Europäischen Union ist dies nicht der Fall. Zwar sind die Bürger von Entscheidungen der europäischen Politik gleichermaßen berührt, aber sie sind nicht gleich: Das Veto wiegt mehr als die Zustimmung. Auch haben sie nicht die Freiheit, einen politischen Richtungswechsel zu wählen: Der Präsident der EU-Kommission wird von den Staatschefs ernannt und die Bürger haben keinen Einfluss darauf, wenn sie ein neues Europaparlament wählen. Das alles überschattende Thema der europäischen Politik wird auf Jahre die fehlende Demokratie bleiben.

Mario Telo

Normative Kraft oder lahme Ente?

Die EU ist heute eine gewichtige Stimme im Gefüge der internationalen Politik. Doch welche Rolle sie angesichts sich wandelnder Machtverhältnisse innerhalb Europas und in den internationalen Beziehungen einnimmt und welche Aufgaben ihr in Zeiten der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise zufallen, darüber muss neu nachgedacht werden.

Mario Telo

(* 1950) ist Präsident des *Institute for European Studies* (IEE) der Freien Universität Brüssel. Im Februar erscheint bei Routledge: *European Union and Global Governance*.

mtelo@ulb.ac.be



Die Europäische Union ist in den internationalen Beziehungen weder normative Kraft noch eine *lame duck*. Vielmehr besitzt sie eine zivile Kraft, die sie über verschiedene wirkungsvolle Mittel auch zur Geltung bringt: Sie ist erste Handelsmacht der Welt, zweite Finanzmacht, erste Macht bei der Entwicklungskooperation und der humanitären Hilfe sowie Zentrum unzähliger Kooperationsabkommen. Das alles kennzeichnet keine internationale Macht nach klassischer Definition, die vor allem auf politisch-militärische Kraft setzt.

Drei Kapitel einer Erfolgsgeschichte

Die EU ist internationaler Akteur. Viel entscheidender ist aber, dass sie allein schon durch ihre bloße Existenz als regionale Organisation der Zusammenarbeit in Frieden, Demokratie und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent – mit Fortschritten seit nun schon mehr als fünfzig Jahren – einen Einfluss auf die *global governance* ausübt. Dies gilt vor allem für ihre Nachbarn im Osten und am Mittelmeer; in zweiter Linie auch für ihre fernen Part-

ner in Afrika, Asien, Nord- und Südamerika.

Diese Vorstellung, dass die Errungenschaften des europäischen Kontinents von internationaler Bedeutung und Implikation sein könnten, ist alt und liegt im politischen europäischen Denken von Dante bis Kant, von Hegel bis zu den Gründervätern der Europäischen Gemeinschaft begründet: Heute, im 21. Jahrhundert, könnte sie sogar ein wenig eurozentrisch erscheinen und ist es wohl auch zum Teil. Zweifellos waren sich Kojève, Delors, Spinelli, Brandt und Habermas in der Idee eines beispielhaften Europa, eines Modells der Aussöhnung ehemaliger Feinde, vor allem zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, einig. So wird es auch in anderen Kontinenten wahrgenommen. Tatsächlich aber handelt es sich nicht nur um eine, sondern um drei Errungenschaften Europas, die untereinander verbunden sind: der Frieden, der auf der Erinnerung an die Tragödien der Vergangenheit gründet; die Festigung der Demokratie in jedem der 27 Mitgliedsstaaten – verknüpft mit einem Demokratisierungsdruck auf die Nachbarn, vor allem auf Beitrittskandidaten wie die Türkei und die westlichen Balkanländer –, sowie ein noch nie dagewesener Wohlstand der Mehrheit der Mitgliedsstaaten. Es handelt sich also um drei Kapitel einer Erfolgsgeschichte, die von der ganzen Welt anerkannt wird. Doch reicht das aus?

Der »exemplarische« *bottom-up*-Ansatz für den Beitrag der EU zur globalen *governance* reicht jedoch nicht aus, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

zu bewältigen, denn einerseits werden diese dringlicher, andererseits wächst die europäische Verantwortung. Der Einsatz von Machtpolitik scheint wieder auf den europäischen Kontinent und noch stärker in andere Regionen wie Süd- oder Nordostasien, Zentralafrika etc. zurückzukehren. Dabei geht es nicht nur um den neuen informellen Terrorismus von *Al Quaida* und die endlosen Kriege im Irak und Afghanistan. Wo immer auf dem Planeten sich Tendenzen zu einer Welt der Kooperation anstelle der Konkurrenz und des Kampfes zeigen, da werden sie von einer Logik der *balance of power* erdrückt.

Das bisher Erreichte ist nicht genug

Aus zwei Hauptgründen muss die EU künftig mehr leisten:

Erstens: Seit dem 11. September 2001 wird die internationale Agenda von Sicherheitsfragen beherrscht, die sich vor die zivile Agenda der 90er Jahre gesetzt haben. In diesem schwierigeren Umfeld muss die Europäische Union zum Anbieter von Sicherheit werden und kann nicht nur deren Konsument sein. Nachdem sie die unilaterale Agenda von George W. Bush (dem Noch-Präsidenten der Supermacht des 20. Jahrhunderts), des Krieges gegen den Terrorismus und der Demokratisierung mittels Präventivkrieg, nicht geteilt hat, muss sie nun eigene Antworten auf die Herausforderung des Terrorismus, der *failing states* und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen geben können. Der multilaterale und zivile Ansatz der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts muss sich als effizienter und legitimer erweisen, muss die anderen Mächte mit einbinden, von den USA bis zu den Schwellenländern, und die gemeinsame Sicherheit im Sinne einer *umfassenden* Idee von Sicherheit erhöhen. Dies umso mehr, als neue Formen der Machtlogik des 19. Jahrhunderts auf-

tauchen, zum Beispiel in Russland. Die Unangemessenheit einer Zivilmacht in einem militarisierten Umfeld war Gegenstand umfangreicher Literatur, obwohl sich der Erfolg klassischer Militärmächte auch nicht wirklich eingestellt hat. Im Falle der USA von Bush beweisen nun die irakische Krise und die Gegenprobe der gemäßigt positiven Entwicklung der koreanischen Krise sogar das Gegenteil.

Zweitens: Nach 2007/2008 haben sich die Illusionen über eine Globalisierung, die allen zugute kommen soll, und eine deregulierte Marktwirtschaft auch in den Augen ihrer Fürsprecher wie etwa Alan Greenspan definitiv aufgelöst. Es geht nicht nur um eine *globalization malaise*, hervorgerufen durch Delokalisationen, Ungleichgewichte zum Schaden von Entwicklungsländern und Lebensmittelknappheit. Die Situation hat sich *qualitativ* verändert. Die Europäische Union muss nun nachweisen, dass eine Neugründung der Globalisierung auf regulierterer und ausgeglichener Basis möglich und wirksam ist. Dazu muss sie eine neue Form des posthegemonialen *leadership* erfinden. Es geht nicht darum, die Hegemonie der USA durch eine unmögliche Hegemonie der EU zu ersetzen, sondern die USA wie auch die Schwellenländer (China, Indien, Brasilien, etc.) in einen neuen Multilateralismus einzubinden.

An verschiedenen internationalen Schauplätzen droht sich die Wahrnehmung der EU zu verschlechtern. In Südasien zum Beispiel, wo Indien die europäischen Angebote zur zivilen Zusammenarbeit (im Bereich der maritimen und Flugzeugtechnik, des Austausches in Wissenschaft und Forschung, etc.) im Rahmen einer 2004 beschlossenen, aber nicht funktionierenden strategischen Partnerschaft zugunsten eines Atomgeschäfts mit den USA ausschlägt. Noch dominiert die Logik der Machtpolitik die internationalen Beziehungen in Asien und lässt das europäische Angebot schwach erscheinen.

Zudem erweist sich die Politik der guten Nachbarschaft (ENP) weder im Osten (Ukraine, Russland, Weißrussland) noch am Mittelmeer, wo die Ziele zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Wirtschafts- und Handelsentwicklung verfehlt worden sind, als befriedigend. Der israelisch-palästinensische Konflikt überschattet den Barcelona-Prozess, und es ist offen, ob er von der am 14. Juli 2008 in Paris lancierten »Mittelmeerunion« wieder in Gang gesetzt werden kann.

Einflussmöglichkeiten

Gleichwohl wäre es ein Fehler, von einer *lame duck* zu sprechen. Ungeachtet ihrer Grenzen und der institutionellen Krisen von 2005 (zwei negative Referenden und zunächst nur 18 nationale Ratifizierungen des Verfassungsvertrags) und 2008 (negatives Referendum in Irland) konnte doch die EU – und zwar stärker noch als in der Vergangenheit – mit ihrer Politik und ihrem Einfluss verschiedene Dimensionen der Globalisierung in der Zeit nach dem Kalten Krieg gestalten:

Erstens: Zusammen mit den USA ist die EU der einflussreichste Regulierer des Weltmarktes und der wirksamste Verbreiter von *governance*-Standards. Das Gewicht Europas in der Weltregulierung ist bereits erheblich. Dieser Umstand könnte sich jedoch mit dem Zusammenbruch der globalen Finanzwelt gegen die EU wenden.

Zweitens: Bis jetzt jedoch hat die EU besser reagiert als die USA: Nicht nur, dass sich der Euro als zweite Reservewährung der Welt erwiesen hat, er ist auch zu einer Voraussetzung für eine Krisenlösungsstrategie auf verschiedenen Ebenen geworden. Als eine Insel und ein Modell der Stabilität inmitten einer chaotischen Welt konnte die Euro-Zone immerhin das Großbritannien von Gordon Brown in eine konzertierte Anti-Krisen-Politik einbinden, Reuegefühle bei den stolzen Ländern der

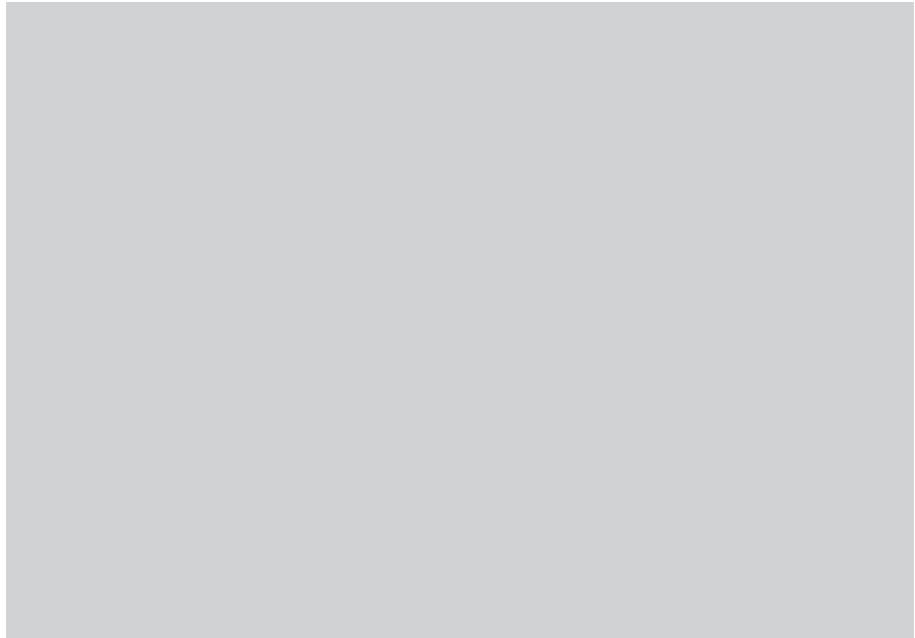
ausgestiegenen Skandinavier hervorrufen und die treibende Kraft beim Treffen der G20 im November 2008 sein.

Drittens ist zwar das Ungleichgewicht zwischen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzmacht auf der einen Seite und dem politischen Gewicht auf der anderen weiterhin offensichtlich. Doch das Neue der letzten Jahre ist der exponentielle Anstieg der europäischen Missionen in der Welt, des Engagements der EU, auch aufgrund der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), in allen Krisengebieten der Welt. Dafür steht der Erfolg der Friedensmission zwischen Israel und dem Libanon. Sie signalisiert einen kleinen, aber bedeutenden Schritt nach vorn in der politischen autonomen Präsenz der EU im Nahen Osten; auch seitens Israels wird die EU als eine Macht anerkannt, eine Friedensmacht. Kongo, Georgien, Kosovo sind weitere Bekundungen der Bereitschaft einer nicht klassisch militärischen Macht, sich in lokale Krisen einzumischen, wenn auch in den Grenzen ihrer drei »Petersberg-Missionen« (humanitäre, Frieden schaffende und Frieden sichernde Aktionen).

Viertens: Vor allem dank der deutschen Führung wird die EU als Lenker des Kyoto-Prozesses gegen Klimaerwärmung und Umweltverschmutzung anerkannt. Die Gipfel der G8 und der von Bali 2007 haben die europäische Fähigkeit demonstriert, den Multilateralismus unter Einschluss anderer großer Länder wieder in Gang zu setzen.

Erwartungen nicht zu hoch setzen

Zweifellos kann die EU – wenn auch nicht in einem idealistischen sondern realistischen Sinne – als eine zivile Macht definiert werden, die keine klassische politisch-militärische Macht werden kann und will. Die normative Macht in einer neo-»imperialen« Richtung à la Ulrich Beck zu bestimm-



men, wäre eurozentrisch, illusorisch und würde nur Frustrationen und Desillusionen hervorrufen. Europa ist keine postmoderne Insel inmitten einer modernen Welt, ist nicht Venus in einer von Mars beherrschten Welt, wie Robert Kagan formuliert. Ihr Ansatz des sogenannten *sovereignty-pooling*, also des Bündelns von Befugnissen, muss sich sowohl im Innern als vor allem im Äußeren mit dem Verhaftetsein vieler Staaten in ihrer klassisch nationalen Souveränität auseinandersetzen. Der vertiefte europäische Multilateralismus reformiert Schritt für Schritt die Realpolitik und steht mit einer großenteils »nicht-europäischen« Welt in Wechselwirkung. Man sollte daher die Erwartungen an eine idealisierte, postmoderne und alternative EU nicht zu hoch setzen. Die EU muss mit den Befugnissen, die ihr über europäische Verträge von den Staaten übertragen worden sind, sinnvoll umgehen. Die Wahl Obamas in den USA bedeutet einen Zugewinn an Realisierungschancen für diese multilateralen Werte, die 8 Jahre lang nur noch von

der EU vertreten worden sind. Um jedoch eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA und den asiatischen Riesen zu garantieren, muss der Prozess der nationalen Ratifizierung des Lissabon-Vertrages von 2007 abgeschlossen werden, der die Schlüssigkeit und Sichtbarkeit des internationalen Agierens der EU verbessern wird.

Die deutsche Sozialdemokratie unter Willy Brandt hat frühzeitig erkannt, dass ihr Schicksal mit dem einer politischen Einheit und zivilen Macht eines vereinten Europa verknüpft ist, seit dem »Irseer Entwurf« von 1986, der zum Grundsatzprogramm von Berlin 1989 werden sollte. 2007 wurde es im Hamburger Programm an die neue Sicherheitslage in einer instabilen Welt der Zeit nach dem Kalten Krieg angepasst sowie die Antwort auf die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise bereits vorweggenommen. Beides sind die neuen äußeren Herausforderungen der europäischen Zivilmacht.

(Aus dem Italienischen von Rüdiger Hentschel.)

Jo Leinen und Jan Kreutz

Der lange Weg zu einem demokratischen Europa

Die Zukunft des Vertrages von Lissabon

Sechzig Jahre nach Beginn des europäischen Integrationsprojekts ist die Europäische Union noch weit von ihrer »Finalität« entfernt. Solange es keine Einigung über das Ziel, über die endgültige Form und Struktur der EU gibt, fällt es auch schwer, den Weg dorthin zu bestimmen.

Jo Leinen

(* 1948) MdEP, war bis 1994 Umweltminister im Saarland und ist jetzt u.a. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament.

jo.leinen@europarl.europa.eu



Jan Kreutz

(* 1980) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Jo Leinen.

jan.kreutz@web.de



Der Erfolg des Europäischen Integrationsprojekts lag bisher darin, dass kleine erreichbare Zwischenziele formuliert wurden, anstatt sich durch die fehlende Entscheidung über das endgültige Bild der EU blockieren zu lassen. Die nächsten Etappen der Europäischen Union werden dementsprechend immer wieder neu formuliert. Die Gründungsväter des Europäischen Projekts hatten sich die friedliche Einigung des Kontinents zur Aufgabe gestellt. Dies ist heute weitgehend erreicht, auch wenn die Stabilisierung und Integration der südosteuropäischen Länder Europas weiterhin eine schwierige Aufgabe bleibt. Nahrungsmittelsicherheit herzustellen, ein wichtiges Ziel der europäischen Agrarpolitik in den 50er Jahren, ist heute kein Thema mehr. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Westeuropas

nach dem Zweiten Weltkrieg ist insbesondere durch die Europäische Integration gelungen, genauso wie die Auflösung des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West.

Trotz all dieser Erfolge steht die Frage nach dem Selbstverständnis und der »Finalität« der Europäischen Union immer wieder auf der Tagesordnung. Wird die EU zu einem supranationalen und föderalen Staat oder wird sie zu einer auf dem *Intergouvernementalismus* basierenden Konföderation von Nationalstaaten zurückgestuft? Als europäischer Sozialdemokrat spreche ich mich eindeutig dafür aus, dass sich die Europäische Union zu einer demokratischen und sozialen Föderation weiterentwickelt, die aber nicht mit herkömmlichen Nationalstaaten gleichzusetzen ist. Der *Intergouvernementalismus* hat vor allem zwei Schwächen: Er ist ineffizient und undemokratisch. Aufgrund des zumeist vorherrschenden Einstimmigkeitsprinzips und der Notwendigkeit, einen Konsens aller Regierungen herzustellen, sind Entscheidungsprozesse langsam und führen oft zu schwachen Minimalkompromissen. Darüber hinaus tagen Minister, Regierungschefs und ihre Beamten in der Regel hinter verschlossenen Türen und können nur schlecht von demokratisch gewählten Parlamenten kontrolliert werden. Wenn sich die Europäische Union nicht noch weiter von den Bürgern entfernen soll, muss sie sich zu einem echten parlamentarischen politischen System weiterentwickeln, in dem die handelnden Politiker auf EU-Ebene dem Europäischen Parlament verant-

wortlich sind. Nur so kann gewährleistet werden, dass Europapolitik im Interesse der Unionsbürger gestaltet wird.

Lissabon ist ein Meilenstein

Der Vertrag von Lissabon wertet nicht nur das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente auf, sondern ermöglicht auch den Unionsbürgerinnen und -bürgern bessere Mitwirkungsrechte. Mit dem Europäischen Bürgerbegehren wird erstmals ein Instrument der direkten Demokratie in die Europapolitik eingeführt. Sobald mehr als eine Million europäische Bürger durch ihre Unterschrift ein politisches Anliegen unterstützen, muss die Europäische Kommission dieses in die politische Agenda aufnehmen. Darüber hinaus wird mit dem Vertrag die Charta der Europäischen Grundrechte – der weltweit umfassendste und modernste Katalog von Rechten und Freiheiten – rechtskräftig. Das Europäische Parlament wird in seinen Kompetenzen und Mitspracherechten gestärkt. EU-Gesetze werden in Zukunft zu 95 % gleichberechtigt vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat entschieden. Neu ist die Mitentscheidung insbesondere bei der gesamten Agrarpolitik, weiten Teilen der Innen- und Justizpolitik, in der Energiepolitik, beim Katastrophenschutz und bei humanitärer Hilfe. Insbesondere in der Innen- und Justizpolitik wird das Europäische Parlament neue Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten, so z.B. bei der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, in Fragen des Grenzschutzes und der Einwanderungspolitik wie auch bei der Kontrolle der europäischen Polizei- und Justizbehörden *Europol* und *Eurojust*.

Auch bei der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird das Parlament mehr Mitsprache bekommen. Der neu geschaffene Europäische Außenminister, der offiziell »Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik« heißt, ist gleichzei-

tig Vizepräsident der Europäischen Kommission. Damit ist er in seiner Arbeit auch gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlich, muss dort Rede und Antwort stehen und kann notfalls auch durch einen Misstrauensantrag sanktioniert werden. Zum Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes, sozusagen der »EU-Botschaften« in der ganzen Welt, muss das Europäische Parlament gehört werden. Schließlich hat das Europäische Parlament auch die Mitentscheidung bei den Haushaltslinien für die Außenpolitik.

Mit dem neuen Europa-Vertrag bekommen die Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mal entscheidenden Einfluss auf die Wahl des »Regierungschefs« der EU, den Präsidenten der Europäischen Kommission, den Chef der europäischen Exekutive. Dieser wird in Zukunft vom Europäischen Parlament gewählt. Dabei muss das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigt werden. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 bekommen damit eine neue Bedeutung. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden letztlich, in welche politische Richtung sich die Europäische Union weiterentwickeln soll.

Ratifizierungsverfahren überdenken

Leider ist der Vertrag von Lissabon noch immer nicht in Kraft getreten. Der negative Ausgang des irischen Referendums ist ein großes Dilemma für die Europäische Union. Einerseits darf das demokratische Votum der irischen Bevölkerung nicht ignoriert werden. Andererseits haben 24 Mitgliedsstaaten den neuen Vertrag bereits ratifiziert. Angesichts der wachsenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, von der Finanzkrise über die Energiesicherheit bis zum Klimawandel, kann sich die Europäische Union nicht länger Blockaden erlauben. Die Ratifizierungsmethode für zukünftige Verträge muss dringend über-

dacht werden, damit die EU nicht reformunfähig wird und durch ihr eigenes Modell zum Scheitern verurteilt ist. In Zukunft sollten im Normalfall parlamentarische Abstimmungen in allen Mitgliedsstaaten und bei wichtigen Vertragsänderungen ein Europäisches Referendum stattfinden. Bei beiden sollten qualifizierte Mehrheiten für die Ratifizierung ausreichen.

Dies wird aber nicht für den Vertrag von Lissabon und das irische *Nein* gelten. Derzeit ist noch die Ratifizierung durch alle Mitgliedsstaaten notwendig. Bis Ende des Jahres sollte alles daran gesetzt werden, dass in den verbleibenden Mitgliedsstaaten Schweden und der Tschechischen Republik der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird. Irland sollte dann im Frühling 2009 eine neue Befragung der Bevölkerung durchführen. Eile ist insofern geboten, weil die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 stattfinden und bis dahin Klarheit über die rechtlichen Grundlagen

der Europäischen Union herrschen muss. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission auf Grundlage der von den Bürgern zum Ausdruck gebrachten Präferenzen durchgeführt wird. In Irland muss den Bürgern deutlich erklärt werden, dass ein zweites *Nein* das Land in Europa isolieren würde und ein Europa der zwei Geschwindigkeiten entstehen wird. Darüber hinaus muss die Regierung in Dublin sehr viel engagierter für den Vertrag von Lissabon werben. Bei der ersten Ablehnung hat eine Mehrheit der Menschen angegeben, wegen fehlender Kenntnisse über den Vertrag mit *Nein* gestimmt zu haben. Auch die Regeln zur Finanzierung von Referendums-kampagnen müssen geändert werden. In einer Demokratie sollte es nicht hinnehmbar sein, dass ein Millionär wie Herr Gallely alleine mehr Geld in eine Kampagne investiert als es die gesamten Parteien in diesem Land dürfen.

Herbert Obinger

Perspektiven für ein soziales Europa

Das Integrationsprojekt EU benötigt die Unterstützung durch seine Bürger. Kaum ein anderes Politikfeld wäre besser geeignet diese zu generieren als das der Sozialpolitik. Doch trotz einiger Fortschritte hat sich die bereits bei der Gründung der EG angelegte Konstruktion einer sozialstaatlich nicht eingehetzten Marktintegration weiter verhärtet.

Herbert Obinger

(* 1970) ist Professor für vergleichende Staatstätigkeitsforschung am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen und Projektleiter am dortigen Sonderforschungsbereich »Staatlichkeit im Wandel«.

hobinger@zes.uni-bremen.de



sozialpolitisch abstinenter ist, noch kann auf der Ebene der Mitgliedsstaaten ein einheitliches europäisches Sozialmodell ausgemacht werden. Beide Einschätzungen treffen am ehesten für die Gründungsphase der EG zu. Zum einen beschränkten sich im EWG-Vertrag die sozialpolitischen Kompetenzen auf die Geschlechtergleichheit in der Entlohnung, sowie Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zur Sicherstellung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Zum anderen bestand ur-

Die Europäische Sozialpolitik ist Gegenstand vieler Mythen. Weder ist es heute zutreffend, dass die Europäische Union

sprünglich auf der Ebene der Mitgliedsstaaten insofern eine relativ große sozialpolitische Homogenität, als die Wohlfahrtsstaaten der sechs Gründungsmitglieder in der Tradition des Bismarckschen Sozialstaatsmodells standen. Mit jeder Erweiterungswelle ist jedoch die sozialpolitische Zersplitterung in Europa größer geworden. Die beiden jüngsten Beitrittsrunden haben diese Fragmentierung weiter verstärkt und zudem ein massives Wohlstandsgefälle in der Union verankert. Europa umfasst heute mehrere Sozialstaatswelten, die sich hinsichtlich der strukturellen Gestaltung des Wohlfahrtstaates und der Sozialstandards erheblich voneinander unterscheiden.

Fortschritte nicht überbewerten

Nicht minder bedeutsame Veränderungen fanden seither auf europäischer Ebene statt. Beginnend mit der *Einheitlichen Europäischen Akte* wurden die sozialpolitischen Befugnisse der Gemeinschaft mit jeder Vertragsrevision ausgeweitet und in vielen Bereichen die Entscheidungsregeln im Rat zugunsten qualitativer Mehrheitsentscheidungen gelockert. Abgesehen von wenigen Ausnahmen (z.B. Streik- und Koalitionsrecht) kann der Rat heute Mindestvorschriften in allen sozialpolitischen Bereichen erlassen. Gerade im Kernbereich der sozialen Sicherheit, den wohlfahrtsstaatlichen Transferleistungen, setzt dies aber nach wie vor eine einstimmige Ratsentscheidung voraus.

Dessen ungeachtet ist die Zahl an sozialpolitischen Rechtsakten in den letzten zwei Dekaden beträchtlich angestiegen. Allen voran gilt dies für soziale Mindeststandards im Bereich des Arbeitsschutzes und Arbeitsrechts. Die im Bereich regulativer Sozialpolitik zweifellos erreichten Fortschritte dürfen jedoch nicht überbewertet werden. Drei andere Prozesse setzten näm-

lich die nationalen Wohlfahrtsstaaten erheblich unter Druck bzw. verringerten den sozialpolitischen Handlungsspielraum des Nationalstaates.

Erstens schritt die von Kommission und EuGH vorangetriebene negative Integration ungleich rasanter voran als die sozialpolitische Re-Regulierung auf europäischer Ebene. Hier geht es im Wesentlichen um die Beseitigung von nationalen Vorschriften, die der Marktschaffung entgegenstehen. So dürfen etwa nationale sozialpolitische Regelungen nicht im Widerspruch zu den vier Grundfreiheiten stehen. In der sozialpolitischen Praxis führte dies zu Souveränitäts- und Autonomieverlusten des Nationalstaates und zur Entgrenzung der nationalen Sozialschutzsysteme.

Zweitens beraubte die Wirtschafts- und Währungsunion den Nationalstaat seiner klassischen geldpolitischen Instrumente, während die Fiskalpolitik durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt in ein engeres Korsett gepresst wurde. Dadurch brachen nicht nur die klassischen wirtschaftspolitischen Stabilisierungsinstrumente teilweise weg, sondern es erhöhte sich indirekt auch der Druck auf den Wohlfahrtsstaat als wichtigsten sozialen Stabilisierungspuffer. Das enger geschnürte fiskalpolitische Korsett zwingt nämlich die Mitgliedsstaaten zur Ausgabendisziplin und bleibt deshalb nicht folgenlos für den Sozialstaat, weil er als mit Abstand größter Einzelposten des Budgets im Fall eines fiskalischen Ungleichgewichts sehr wahrscheinlich zum Gegenstand von Ausgabenkürzungen wird.

Drittens hat der europäische Binnenmarkt den Regimewettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten intensiviert. Während die Mobilität von Arbeitskräften (noch) relativ gering ist, machen insbesondere Kapitaleigner und Unternehmen von der Freizügigkeit intensiv Gebrauch. Unternehmen können ihre Produktion zur Ausschöpfung von Faktorpreisdifferenzen ins EU-Ausland auslagern, ohne dabei hö-

here Marktzutrittskosten in Kauf nehmen zu müssen. Gerade durch den Beitritt von Billiglohnländern im Zuge der letzten beiden Erweiterungsrounden sind diese Anreize größer geworden. Zwar erzeugte die Marktausdehnung zweifellos wirtschaftliche Chancen, gleichzeitig erhöhte der dadurch entfesselte Standortwettbewerb aber auch die Gefahr eines sozialpolitischen Unterbietungswettlaufs.

Ein sehr langfristiges Unterfangen

Insgesamt betrachtet hat sich die bereits bei Gründung der EG angelegte Konstruktion einer sozialstaatlich nicht eingehegten Marktintegration verhärtet. Die liberale europäische Wirtschaftsverfassung wirkt dabei nicht auf alle Mitgliedsstaaten gleichmäßig ein, sondern sie setzt insbesondere koordinierte Marktwirtschaften unter Druck. Dies ist insofern problematisch, als es einigen dieser Länder – so etwa den nordischen Wohlfahrtsstaaten – gelungen ist, soziale Sicherheit mit einem hohen Niveau an Beschäftigung, Wohlstand und Einkommensgleichheit in Einklang zu bringen. Diese Erfolgsmodelle geraten nun ohne Not unter erheblichen Anpassungsdruck. Die jüngsten Erfolge regulativer EU-Sozialpolitik reichen dabei nicht aus, um hier gegenzusteuern. Es gibt heute nirgendwo ein Mehrebenensystem, das zwar die volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Waren und Dienstleistungen garantiert, wo aber die oberste Entscheidungsebene nicht umfangreich sozialpolitisch aktiv ist. Aus dieser Schiefelage resultieren politisch höchst brisante Spannungen. Das Unterspülen der sozialpolitischen Souveränität und Autonomie des Nationalstaates, die Zurückdrängung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der verschärfte Standort- und Steuerwettbewerb, der Steuerlasten verstärkt auf immobile Produktionsfaktoren verlagert und natio-

nale Sozialstandards bedroht, kann nicht nur die soziale Kohäsion auf nationalstaatlicher Ebene beeinträchtigen, sondern in Folge davon auch veritable Legitimitätsprobleme auf allen Ebenen der Union erzeugen. Wenn die freigesetzten Marktdynamiken die Mitgliedsstaaten zu einer restriktiven Sozialpolitik zwingen und die Leidtragenden dieser Reformen das Wahlrecht als ihre einzige Machtressource dazu benutzen, um europaskeptische Positionen von Rechts- wie Linkspopulisten zu stärken, kann dies das gesamte Integrationsprojekt gefährden. Europa braucht daher eine starke soziale Dimension als Ferment für eine weiter reichende Integration. Angesichts des oft beklagten Demokratiedefizits ist es umso notwendiger, die Unterstützung der EU-Bürger für das Integrationsprojekt über den politischen *Output* der Union zu sichern. Kaum ein Politikfeld eignet sich für die Generierung von *Output*-Legitimation besser als die Sozialpolitik.

Die Chancen für eine umfassende sozialpolitische Re-Regulierung auf europäischer Ebene stehen allerdings alles andere als gut. Hier schließt sich der Kreis zu den obigen Ausführungen: Angesichts des gegenwärtigen Sozial- und Wohlstandsgefälles ist eine Einigung auf Mindeststandards auf dem Gebiet der redistributiven Sozialpolitik kurz- und mittelfristig ziemlich aussichtslos. Zu groß sind die Unterschiede zwischen den nationalen Sozialstaatsarchitekturen und Sozialstandards, zu ausgeprägt sind die Interessendivergenzen zwischen den reichen und armen Mitgliedsstaaten, und zu hoch sind mit dem Einstimmigkeitserfordernis die Konsensschwellen auf europäischer Ebene, um hier effektive Impulse setzen zu können. Eine finanzielle Einmischung der Union in die Sozialpolitik muss alleine an ihrer fiskalischen Impotenz scheitern. Europa hat zwar in den letzten Jahren mit der Offenen Methode der Koordinierung versucht, die Harmonisierung der nationalen

Sozialschutzsysteme voranzutreiben. Ein im Wesentlichen unverbindlicher Informations- und Erfahrungsaustausch ist aber kein wirksames Instrument, um Marktkräfte zu disziplinieren. Die gegenwärtige Finanzkrise zeigt, welche massiven Folgeeffekte unregulierte Märkte erzeugen können. Die Europäer wären gut beraten, wenn sie den Binnenmarkt auf europäi-

scher Ebene sozialpolitisch stärker einhegen und so einem Vertrauensverlust in Markt, Demokratie und das europäische Projekt selbst präventiv vorbeugen. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings nicht günstig. Die Schaffung einheitlicher europäischer Sozialstandards auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit ist vielmehr ein sehr langfristiges Unterfangen.

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Die neue, die europäische Mitte

Die Partner einer Großen Koalition haben es nicht leicht, den Bürgern in der Vorbereitung des Wahlkampfes klare Trennungslinien und glaubwürdige Unterschiede ihrer Wert- und Zielsetzungen zu präsentieren – zumal inmitten der chaotischen Wirren einer weltweiten Finanzkrise und unter den Bedrückungen einer drohenden Depression. Der Ausnahmezustand kann ein massiv parteipolitisches Erfolgskalkül fürs erste nicht dulden, sondern fordert den vereinten Willen zur Abwehr der schlimmsten Gefahren und die Bündelung aller Energien zur Überwindung der Krise.

Wiederentdeckung sozialdemokratischer Kernelemente

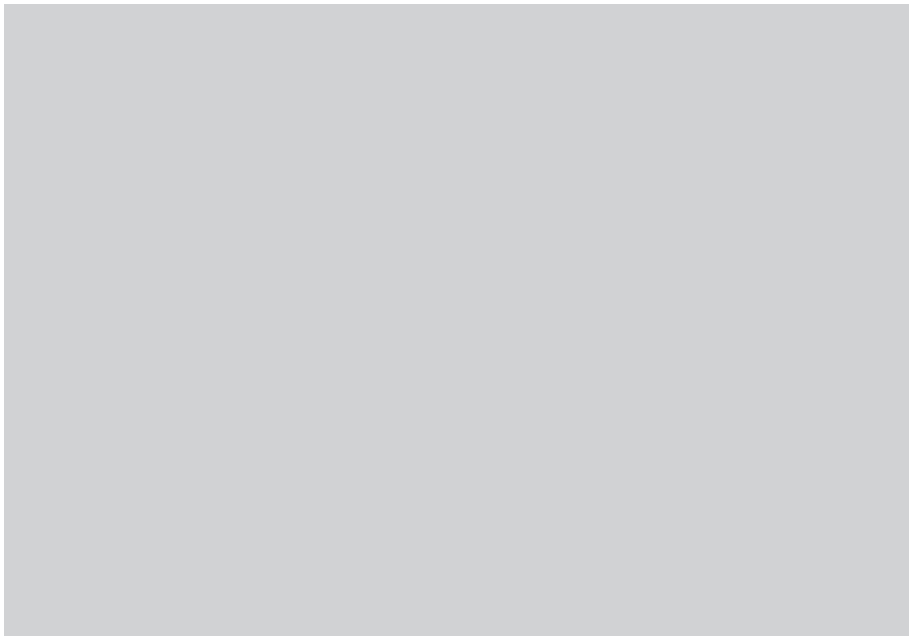
Das gilt für die Sozialdemokraten nicht anders als für die Christdemokraten: die Haupt- und noch immer die Volksparteien, die vom Anbeginn der Bundesrepublik (ja zuvor schon in den westdeutschen Ländern) miteinander das tragende Fundament des Staates bildeten – gleichviel ob in der Konfrontation von Regierungspartei und Opposition, die eine Kooperation im Bundestag, im Bundesrat, in den Länderparlamenten und in den Kommunen niemals ausschloss, oder erst recht in den Jahren gemeinsamer Regentschaft.



Klaus Harpprecht

(*1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Neu erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

Die Kanzlerkandidaten und die Parteichefs der zweiten Großen Koalition stehen, was dies angeht, vor härteren Proben als ihre Vorgänger in der Allianz Kiesinger-Brandt im Jahre 1969. Die explosive Finanzkrise – nach dem Krieg die schwärzeste Heimsuchung seit dem Zusammenbruch der Weltfinanzen im Jahre 1929 – zwang die Christdemokraten zur Wiederentdeckung mancher sozialdemokratischer Kernelemente, die ihre Programme und ihr Handeln nach 1945 mitgeformt hatten: unter anderem dank des unvergessenen Karl Arnold, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, diesem treuen Praktikanten der Katholischen Soziallehre, dank auch Eugen Gersztenmaiers, Chef des *Evangelischen Hilfswerkes*, der mitten im deutschen Elend bewiesen hat, was die protestantische Sozialethik zu leisten vermochte. Ihre Prägung der sozialen Marktwirtschaft wurde später in den Wonnen der Hochkonjunktur von den selbstsicher-arroganten Erben so gut



wie vergessen. Sie machten sich's einfach, trompeteten »Freiheit oder Sozialismus« und begaben sich zum Golfplatz. Unsere Genossen intonierten ihre Reform-Hymnen, proklamierten die Ostpolitik als das Erbe von Adenauers Westpolitik und erfanden hernach die »Neue Mitte«.

Angela Merkel sah auf dem Leipziger Parteitag noch keine Veranlassung, die verschütteten sozialdemokratischen Traditionen der Gründungs-CDU wieder auszugraben. Indes, unter der Pression der radikal gewandelten Verhältnisse beugte sie sich der Einsicht, dass ihre »Mitte«, die sie bei jedem Auftritt so weithin sichtbar beansprucht, ziemlich weit in die Reihen der Nichtprivilegierten, der Arbeiterschaft und der kleinen Angestellten, der Rentner und der Arbeitslosen – kurzum nach »links« – ausgreifen muss, wenn sie denn »Mitte« sein will. Mancher ihrer Getreuen blickte seither verwirrt und beunruhigt auf: Sie redet nun fast wie eine Sozialdemokratin, bemerkten die Herren vom rechten Flügel, freilich mit gesenkter Stimme. Die Herren hätten vor-

dem empört zurückgewiesen, dass der Grundgeist der Bundesrepublik (der kleineren wie der größeren) sozialdemokratisch bestimmt ist – und in der Tat: dem Kanzler Kohl, der mächtigsten Verkörperung des konservativen Kleinbürgertums, mochten die »Sozen« so fremd sein wie die Feuerländer. Es rächt sich nun bitter, dass die mediokre Klasse der *McKinsey*-Funktionäre und das Heer der Manager von der Stange, die unsere Finanz- und Konzernhierarchien in den letzten Jahrzehnten beherrschten (leider auch die Sprachregelung in der CDU), die »Sozialverpflichtung des Eigentums«, die das Grundgesetz fordert, ums Verrecken nicht begreifen wollten. Und nun, da sich Präsident Bush junior, das Idol aller Steinzeit- und Neo-Cons, zum radikalsten Sozialisierer seit Lenin gewandelt hat?

Die Wahlkampf-Strategen der SPD können es nicht riskieren, die Koalition in der angespannten Lage aufzukündigen oder (was schlimmer wäre) auf die Sandbank einer faktischen Regierungsunfähigkeit zu

setzen. Dem Kanzler-Kandidaten Steinmeier und dem Parteichef Müntefering bleibt nichts anderes, als für die elementaren Probleme der Finanzen und der Industrie-Subventionen gemeinsam mit der CDU nach Lösungen und Entlastungen zu suchen. Und sonst? Das Verlangen nach einem staatsweit wirksamen Mindestlohn wird nicht genügen. Doch wenn wir uns nicht täuschen, dann öffnet sich ein Aktionsfeld, dem der gleiche Rang wie einst Willy Brandts Ostpolitik zuerkannt werden darf.

Europa: Aktionsfeld von Rang

Europa formt unseren Alltag, tiefer als es uns oft gewärtig ist. Wir leben von der Europäischen Union, die mehr als zwei Drittel unserer Exporte aufnimmt. Nur im europäischen Verbund ist unsere Wirtschaft zur Konkurrenz mit den amerikanischen Giganten (siehe *Airbus* versus *Boeing*) und zu einer produktiven Verbindung mit den »Schwellenländern« fähig. Nur Europa hat – schwach und zersplittert wie sein Machtapparat noch immer sein mag – das politische Potenzial, vermittelnd zwischen den Vereinigten Staaten und dem neu-russischen Imperium zu wirken, um einen neuen Kalten Krieg zu verhindern, den die neukonservativen Konspirateure um den Vizepräsidenten Cheney der Welt nur zu gern aufgezwungen hätten. Nur ein hartes europäisches Veto kann das aggressive und zugleich eher schwachsinnige Projekt einer Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens in der NATO vom Tisch fegen – was freilich voraussetzt, dass sich die Europäische Union entschließt, klare Grenzen zu nennen. Sie muss mit der gebotenen Entschlossenheit feststellen, dass die Türkei – immerhin ein mittlerer Koloss – die schwierige innere Balance der Union täglich gefährdet und sie überdies in eine Mithaftung für ihre Volkstumskriege mit den Kurden und damit die unlösbaren Wirren des Nahen

Ostens und der kaukasischen Regionen zwänge. Dem ist die EU nicht gewachsen, noch nicht. Die Kanzlerin weiß es, und sie tat gut daran, den Türken ein denkbar großzügiges Assoziationsabkommen anzubieten. Außenminister Steinmeier könnte Israel und einem künftigen lebensfähigen Palästinenser-Staat einen ähnlichen Status versprechen, vorausgesetzt, dass sich beide Seiten endlich zu einer friedlichen Koexistenz verpflichteten (was ohne amerikanische Nachhilfe nicht möglich sein wird).

Diese Strategien verlangen freilich, dass wir bald genug eine schlüssige Antwort finden, wie wir es mit der Struktur und Entwicklung der Union halten wollen. Welche Möglichkeiten bieten sich, Irland – das von der Aufnahme in die Gemeinschaft so üppig profitierte wie kein anderes Land – zu einer Ratifizierung des Abkommens von Lissabon zu überreden: die Ersatzverfassung, ohne die unsere Union der 27 nicht regierungsfähig und damit nicht existenzfähig ist? Könnten nicht alle anderen Mitgliedsstaaten durch zweiseitige Abkommen beschließen, sie betrachteten den Vertrag von Lissabon als gültig und würden nach seinen Regeln verfahren – ohne sich um die Iren und andere Ratifizierungsverweigerer weiter zu kümmern? Sollte sich der deutsche Außenminister nicht Präsident Sarkozys Vorschlag zu eigen machen und eine Verteidigungskonferenz mit der Regierung des Präsidenten Obama, den Chefs im Kreml und der Europäischen Union arrangieren, bei der vor allem die leidige Frage der Raketen-Stationierung in Polen, in Tschechien und in der russischen Enklave von Kaliningrad debattiert werden müsste? Könnten nicht Frankreich, die Bundesrepublik, vielleicht auch England gemeinsam versuchen, die beiden europaskeptischen Staatshäupter von Polen und Tschechien endlich davon zu überzeugen, dass die Probleme der militärischen Sicherheit nicht mehr mit der NATO allein, sondern nur noch in Übereinstimmung mit den außenpolitischen Institutionen der

Europäischen Union ausgehandelt werden sollten? Grund genug: ihre militärpolitischen Entschlüsse betreffen nicht nur sie und die Vereinigten Staaten, sondern gleichermaßen die benachbarten Mitglieder der Allianz. Wäre dies nicht das Signal, die so lange verzögerte Planung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und die Formierung europäischer Streitkräfte (über den Ansatz des Eurocorps hinaus) auf die Tagungsordnung zu setzen?

Die Franzosen haben begriffen

Wenn nicht vieles täuscht, dann neigt die Kanzlerin mehr und mehr zu einer Aufwertung und Erweiterung der (eher dürftigen Reste) nationaler Souveränitäten? Das mag sich aus ihrer ostdeutschen Herkunft erklären. Vielleicht entrichtet sie auch nur den offenen und verborgenen nationalstaatlichen Nostalgien in den konservativen Flügeln der CDU und CSU ihren Tribut. Inzwischen aber könnte sie im Stillen bedauert haben – nicht anders als Finanzminister Steinbrück –, dass sie im ersten Ansturm der Krise Nicolas Sarkozys Vorschlag einer gemeinsamen Abwehr-Strategie mit einem europäischen Notfonds für die bedrohten Banken so vorschnell verwarf und darauf bestand, dass die Deutschen das Monster einer Pleitewelle besser in eigener Hoheit und aus eigenen Mitteln zu bändigen wüssten. Inzwischen wurde offenbar, dass die deutsche Bankenwelt – dank der biederemännlich getarnten Leichtfertigkeit (und der unkontrollierten Spekulationsgier) ihrer Chefs – böser heimge sucht ist als es die französischen Institute sind.

Dennoch, die Kanzlerin wischte den Vorschlag Sarkozys beiseite, für die Euro-Zone eine Art gemeinsame Wirtschaftsregierung zu bilden, zunächst (versteht sich) unter seiner Führung. Bei jeder dieser Anregungen wittern die Deutschen sofort einen Anschlag auf die Unabhängigkeit der

Europäischen Zentralbank. Die Franzosen haben dies begriffen, zumal einer ihrer Landsleute das anti-inflationäre Tabu der gemeinsamen Währung mit eisernem Willen verteidigt. Außenminister Steinmeier meinte klug, man könne auf den Begriff »Wirtschaftsregierung«, der bei den Deutschen noch immer starke Allergien auslöst, getrost verzichten und sich dennoch zu einer engeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit entschließen.

Immerhin verfügen Frankreich und die Bundesrepublik zusammen über jene »kritische Wirtschaftsmasse«, die das Geschick der Union bestimmt: Sie weisen an die 49 Prozent des Inlandsbrutto-Produktes der Euro-Zone auf, finanzieren 36 Prozent des europäischen Budgets und stellen 33 Prozent der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Es gibt ohne sie und ihr gemeinsames Handeln keine Europäische Union und erst recht keine Euro-Zone, die sich in dieser Weltkrise als ein wahrer Segen erweist (nur daran zu denken, zu welch absurden Spekulationen die Zersplitterung der alten Währungen herausfordern würde).

Europa braucht sozialdemokratische Führung

Michel Rocard, der klügste (und erfolgreichste) Ministerpräsident der Fünften Republik – von Mitterrand als ein potenzieller Konkurrent in die Wüste geschickt – rief im November den Delegierten des (alles in allem kläglichen) Parteitag der Sozialisten in Reims zu, die Genossen sollten sich endlich auf die alte sozialdemokratische Forderung nach einer Regulierung der internationalen Geldmärkte und vor allem der anarchischen Hedgefonds besinnen. Europa brauche die sozialdemokratische Führung. Nur Europa verfüge über die »Kader«, die notwendig seien, um den Kapitalismus neuen und effizienten Regeln zu unterwerfen – und damit die Marktwirtschaft zu sichern. Einer seiner Landsleute

formulierte drastischer, was ein vitales Argument im Wahlkampfprogramm der SPD sein müsste: Europa wird sozialdemokratisch sein – oder es wird nicht sein.

Dies wissen die sozialdemokratisch inspirierten Geister in der CDU (wie Ministerpräsident Rüttgers) so genau wie die aufgeklärten unserer Genossen. Ein europäisches Programm garantierte überdies eine solide ideelle Basis, wenn die Fortset-

zung der Großen Koalition unumgänglich sein sollte. Vor allem: Ein sozialdemokratisches Europa sorgte für die notwendige Abgrenzung gegen die Neo-Nationalismen von links und von rechts. Die »Neue Mitte« der SPD ist in Europa verankert, Merkels »Alte Mitte« schwebt zuweilen noch in nationalstaatlichen Souveränitäts-Illusionen, von denen sich die Geschichte in Wahrheit verabschiedet hat. Gottlob.

Monika Griefahn

Eine europäische Aufgabe mit mehreren Dimensionen

Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik

Von der Verabschiedung der Europäischen Kulturkonvention 1954 bis zur »Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« hat die Union auf diesem Feld einen weiten Weg zurückgelegt. Klar ist heute, dass zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben die Kultur als tragende Säule existenziell wichtig ist. Das Projekt »Kulturhauptstadt« spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der Beitrag entstand in Zusammenarbeit mit Edda Rydzy und Olaf Schwencke.

Man muss im doppelten Sinne auf Abstand gehen, wenn man über europäische Kultur und Kulturpolitik nachdenkt.

Abstand im räumlichen Sinne ist nötig, um zu erkennen, dass es das gibt, was immer noch zum Teil heftig bestritten wird: eine von anderen Kulturen der Erde deutlich unterschiedene und unterscheidbare europäische kulturelle Identität. Vielfalt und Buntheit sind nur eines ihrer Merkmale.

Abstand im zeitlichen Sinne erlaubt, die Entwicklungen zu erkennen und zu beurteilen, die europäische Kultur und Kulturpolitik in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben. Ganz zweifellos ist seit den ersten Integrationsbemühungen, die wesentlich auch auf kulturellen Überzeugungen fußen, ein weiter Weg zurückgelegt worden. Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges stand die Besinnung auf das gemeinsam geteilte humanistische Erbe im Mittelpunkt. Dass es gemeinsam



Monika Griefahn

(* 1954) MdB, ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien sowie für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für die SPD-Fraktion.

monika.griefahn@bundestag.de

getragener und verantworteter politischer Strukturen bedarf, um den lebendigen Umgang mit diesem Erbe sowie die partnerschaftliche Entwicklung einer modernen europäischen Kultur zu verhandeln und zu regeln, war damals noch außerhalb der Sichtweite. Nach der Verabschiedung der Europäischen Kulturkonvention als erster bedeutender Kulturinitiative des Europarats vergingen fast vier Jahrzehnte, bis 1992 mit dem Vertrag von Maastricht Kultur Eingang in die Gesetzestexte der Europäischen Union gefunden hat.

Eine Vielzahl von Entwicklungen – Internet und digitale Kommunikation, Erhöhung der Mobilität durch Massentourismus und Billigflieger, Einführung des Euro, Erweiterung der Europäischen Union um die mittel-ost-europäischen Länder, verstärkte Auseinandersetzung mit gesellschaftlich existenziellen Fragen im Kontext von Globalisierung und Umweltbedrohung, verstärkte Migrationsbewegungen, Wirkungen europäischer Förderprogramme für Kultur und Bildung, Dynamik der Kulturwirtschaft und *creative industries* – haben zu einem sich rasch beschleunigenden komplexen Prozess geführt, in dem sowohl die Anzahl grenzüberschreitender kultureller und kulturpolitischer Projekte und Aktionen als auch die wechselseitigen Interdependenzen zunehmen.

Kulturelle Anstrengungen sind unerlässlich

So widersprüchlich die Vorschläge zum Umgang mit den vielfältigen Aspekten dieses Prozesses bisweilen sein mögen, der aus ihm resultierende Handlungsdruck und Handlungsbedarf wird allgemein gesehen und gespürt. Gleichzeitig wächst unter den Exponenten der Europäischen Union seit Jahren das Bewusstsein dafür, dass zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben der EU kulturelle Anstrengungen unerlässlich sind. Die Europäische Kommission ist 2007 mit ihrem Vorschlag für eine »Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« in bis dahin nie da gewesener Weise kulturpolitisch aktiv geworden; sie zielt im Kern auf die Förderung der kulturellen Vielfalt und den interkulturellen Dialog, auf Kultur als Katalysator von Kreativität (im Rahmen des Lissabon-Prozesses) und auf die Intensivierung der kulturellen Anstrengungen im Kontext der EU-Außenpolitik. Hinzu kommt die Vielzahl von Herausforderungen, denen die europäische Kultur/Kulturpolitik als enges, mit Kunst

befasstes Ressort gegenüber steht – man denke nur an GATS, an die Regelung von gebietsübergreifenden Lizenzierungen, an Künstlermobilität, interkulturellen Austausch, die aus der UNESCO-Vielfaltskonvention rührenden Aufgaben ... die Kette ließe sich lange fortsetzen.

Ein Einzelner kann die drängende Fülle von dringlich zu erledigender Arbeit kaum noch überblicken. Die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages für Kultur in Deutschland hat in ihrem Schlussbericht allein direkt das Europakapitel betreffend 33 Empfehlungen formuliert. Hinzu kommen weitere, die z.B. unter anderem dem Kulturwirtschaftskapitel zugeordnet sind. Obwohl die Gruppe um Steffen Reiche sich erfolgreich dafür engagiert hat, dass entsprechende parlamentarische Schritte sehr zeitnah unternommen wurden, bleibt die Frage: Wer behält jetzt die Realisierung der Empfehlungen und die praktischen Konsequenzen im Blick?

Europa ist schwer vermittelbar

Gerhard Sabathil, bis 2008 Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, stellt in einem Konferenzbeitrag fest, Europa sei schwer vermittelbar. Damit hat er recht. Wer außer Experten und unmittelbaren Teilnehmern EU-geförderter Projekte nimmt Programme wie *Erasmus* oder *Kultur 2007* oder die vielen anderen überhaupt wahr? Mindestens so schwer wie die Kommunikationsprobleme in Richtung der Masse der europäischen Bürgerinnen und Bürger wiegt aber, dass Europa unter und zwischen Politikern, Institutionen, engagierten Aktivistinnen sowohl auf der europäischen Ebene selbst als auch zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten schwer verhandelbar ist. Zeugnis davon legt z.B. der Beschluss des Europäischen Parlaments zur von der Kommission vorgeschlagenen Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung ab. Dort wird

in 32 Punkten festgestellt, warum Kultur wichtig ist. Es folgen weitere 82 Punkte mit konkreten Aufforderungen an die Europäische Kommission. Abgesehen davon, dass die himmelschreiend grundlegende und nunmehr seit Jahrzehnten verdrängte Frage der Finanzierung gemeinsam verantworteter europäischer Kultur fast schamhaft an 49. und 70. Stelle erwähnt wird, erweckt der vom Parlament verabschiedete Text eher den Eindruck einer Addition von Einzelwünschen als den, das Ergebnis einer mit Schwerpunkten und Prioritäten geführten Diskussion zu sein. Der Text ist ungegliedert und in gewisser Weise Spiegelbild der Unübersichtlichkeit, Unstrukturiertheit und Verwirrtheit, des oft unvermittelten Nebeneinander der europäischen Kulturverhältnisse.

**Aktivierende Kulturpolitik:
Das Beispiel Ruhr 2010**

So wichtig und richtig der Vorstoß war, den die Kommission mit der Agenda unternommen hat: bislang ändert er wenig an

den ungelösten strukturellen Fragen der Europäischen Union, die sich unter anderem als schwere Kommunikationsprobleme äußern, und er unterschätzt immer noch die Kraft, die aus Kultur erwachsen kann, wenn Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik betrieben wird.

Man darf nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass mit der europäischen Kulturhauptstadt *Ruhr 2010* in diesen Jahren etwas stattfindet, das längst mehr ist als nur ein Laborversuch. »Feldversuch« wäre wohl richtiger. Es wurden und werden dort Aufgaben gelöst, die auch von Europa im ganzen gelöst werden müssen:

Erstens: Quer durch die Bevölkerung, durch politische, kulturelle und Bildungsinstitutionen, durch kommunale Vertretungskörperschaften und Wirtschaftsunternehmen wurde und wird die Frage verhandelt: Wo stehen, wer sind wir heute? Wo und wie wollen wir in zwanzig Jahren sein?

Zweitens: Es wurden Kommunikations-, Entscheidungs- und operative Strukturen geschaffen, die es möglich machen, mit vier politischen Ebenen, 53 Kommunen, mit mehreren hundert Kulturinsti-

tutionen, mit weit über hundert Partnerstädten gemeinsam nicht nur Ziele zu formulieren, sondern diese auch in die Praxis umzusetzen.

Drittens: Es ist gelungen, von soziokulturellen Zentren bis hin zu *global players* gesellschaftliche Kräfte für die Lösung von Zukunftsaufgaben wie Renaturierung, Transformation, interkultureller Dialog, kulturelle Bildung, interreligiöser Dialog, Gewährleistung von Mobilität, Schaffung von Arbeitsplätzen usw. zu mobilisieren.

Im Kontext von *Ruhr 2010* werden etwa 400 Millionen Euro bewegt. Das heißt, dass es auch gelungen ist, im besten Sinne *Win-Win*-Situationen zwischen gesamtgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Interessen herzustellen.

Für diesen Schub an Motivation, Elan, Intelligenz und Leistungskraft in einer ganzen Region gab es eine zentrale Voraussetzung: Die Bereitschaft der Kulturaktivisten und -politiker, sich die Fragen der sogenannten »harten« Politikfelder – Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Arbeit – zu eigen zu machen und zu deren Lösung gezielt und konzentriert Instrumente der Kultur einzusetzen. Oliver Scheytt, Geschäftsführer der *Ruhr 2010 GmbH*, nennt den Anspruch, nicht nur mittelbares, sondern unmittelbar praktisches *Movens* gesellschaftlicher Gestaltung sein zu wollen: aktivierende Kulturpolitik.

Diese Bereitschaft, sich offensiv und mit aller verfügbaren Fähigkeit zur Initiierung und Strukturierung gesellschaftlicher Debatten in die Formulierung praktischer europäischer Ziele zur Lösung der wichtigsten Zukunftsaufgaben einzumischen, lassen Kulturpolitiker in Europa – wie in Deutschland oft auch – leider meist vermissen. Allerdings muss sofort dazu gesagt werden: Diese Lösungen lassen sich ja – bei der Vielzahl unterschiedlichster Akteure und Bereiche, die in der Regel betroffen sind und zusammen wirken müssen – kaum allgemein beschließen und zu Papier bringen. Sie müssen konkret und in der Praxis ge-

funden werden. *Ruhr 2010* ist ein Beispiel dafür, dass es geht und wie es gehen kann.

Gerade vor diesem Hintergrund täte die Europäische Union gut daran – wie es unter anderem auch das Europäische Parlament und der Ausschuss der Regionen nahe gelegt haben – sich mit ihrem attraktivsten und symbolträchtigsten Projekt noch einmal gründlich zu beschäftigen. Gelegenheit bietet sich im Vorfeld von 2020, dem Jahr, in dem die jetzige Regelung mit den getroffenen Landeszuweisungen ausläuft. Sie fußt noch auf der ganz ursprünglichen Absicht, eine Art weithin sichtbarer Bühne für die kulturellen Eigenheiten der Länder und Regionen zu schaffen.

Kopplung von Kultur und Entwicklung in den Kulturhauptstädten

Mit der zunehmenden Zahl nationaler Wettbewerbe um den Titel und mit der intensiveren Begleitung der Kulturhauptstädte durch das Monitoring europäischer Experten sind die qualitativen Anforderungen an die Titelträger bereits gewachsen. Es wäre zu überlegen, ob man sich nach 2020 nicht gänzlich von Prinzipien des Länderproporz verabschieden und die möglichen europäischen/regionalen Entwicklungsbeiträge in den Mittelpunkt stellen sollte. Die Betonung müsste auf »haupt« liegen. Eine Stadt oder Region dürfte nur dann den Titel *Kulturhauptstadt* tragen, wenn Europa in diesem Jahr von ihr das meiste darüber lernen kann, wie allgemeine Aufgaben mit den Instrumenten von Kultur gelöst werden können. Es wäre dann auch zu überlegen, ob die Europäische Union nicht eigene Aktivitäten kulturpolitischer Bildung mit den Kulturhauptstädten verbindet.

Es kann jedenfalls für die Europäische Union kaum ein erfolgversprechenderes und attraktiveres Medium der Kommunikation geben, als es die Kopplung von Kultur und Entwicklung in den Kulturhauptstädten ermöglicht.

Thomas Meyer

Europa – Wo nur sind Deine Anwälte?

Das Elend des *blame game*

Das Projekt der europäischen Einigung ist, wer könnte das leugnen, im Ganzen gesehen eine große Erfolgsgeschichte. Fast unwahrscheinlich in seinem Gelingen. Ein großer, zerrissener Kontinent wächst von unter her politisch zusammen. Der europäische Fußgänger aber erblickt ringsum nichts als Schlaglöcher, unwegsames Gelände, Streit, Kompromisse, Unzulänglichkeiten, alltägliches Versagen, kurz: alle möglichen kleinen und großen Rückschläge, Tag für Tag. Er möchte meinen, zu besichtigen sei nicht viel mehr als eine endlose Misere. Beides, die große Linie und die Mühen der Ebene fügen sich kaum noch zusammen. Weder im Handeln der europäischen Akteure, noch in seiner medialen Spiegelung und daher auch nicht mehr im Bewusstsein der Bürger Europas. Was Wunder?

In der nationalen Politik sind es die Rivalitäten im politischen Machtkampf, die, wie unzulänglich auch immer, schon im Interesse des eigenen Wahlerfolgs dazu nötigen, die Verbindungslinien zwischen dem Großen und dem Kleinen zu ziehen. Wer leistet dies heute für Europa? Wo sind die Anwälte des großen Projektes in den politischen Arenen der Mitgliedsländer? Wer trägt seine Leistungen und Vorzüge, engagierte Erklärungen seiner schwierigen Erfolgsbedingungen, hartnäckiges Werben für die nützliche Sache noch hinein in die nationalen politischen Debatten? Die traurige Bilanz ist nicht zu leugnen: Europa hat, wenn es am meisten darauf ankommt, keine Anwälte mehr. Den unverbindlichen Lobliedern der Feierstunden folgt meist unversehens die lieblose Distanzierung, sobald der politische Alltag beginnt.

Was sich für den kleinen und schnellen Beifall in der heimischen Arena am besten auszahlt, ist vielmehr das europäische *blame*



Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Soeben im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?*

thomas.meyer@fes.de

game. Erst in Europa fröhlich mitbeschließen und sich dann zu Hause empört davon distanzieren. Erst die Vorteile des jeweiligen *package*, des von Fall zu Fall gefundenen Kompromisses, in Brüssel kassieren und dann dessen Nachteile in Berlin, London, Lissabon, Warschau oder Prag verständnislos geißeln. Ohne *packages* aber geht naturgemäß, wo 27 Interessen verbunden werden müssen, fast gar nichts. Das wissen alle, die es auf der kurzen Reise von Brüssel nach Hause dann scheinbar so gründlich vergessen. Das ist die Grundlage des *blame game*, das in Europa allmählich zum einzigen Spiel im Ort zu werden droht. Und das kommt nicht von ungefähr. Es ist für jeden Politiker eine mächtige, natürliche Versuchung. Gewählt werden sie ja alle zu Hause, und bis auf die wenigen, kaum bekannten Europapolitiker, anscheinend ausschließlich für das, was sie für die eigenen Wähler in Europa rausholen. Umständliche Erklärungen größerer Zusammenhänge helfen da, wie sie meinen, nicht weiter. Die Medien aber finden in und um Europa auch keine spannenden Geschichten und Heldenkämpfe, es sei denn, Korruption und Skandale kochen mal wieder hoch. Und die Intellektuellen, haben sie schon resigniert?

Wenn wundert es da, dass Europa keine großen Fortschritte mehr macht, wenn die Zufuhr der Energien versagt, ohne die sie nicht möglich sind? Dabei ist das unwahrscheinliche Projekt, 27 Regierungen, die am Ende stets zu Haus abrechnen müssen, in so

vielen Lebensfragen Tag für Tag zusammen führen zu müssen, mehr als jedes andere auf großzügige und starke Anwälte angewiesen. Wir haben es zuletzt bei der Initiative der französischen Ratspräsidentschaft für eine europäische Lösung der Finanzmarktkrise gesehen. Die wurde auch hierzulande allenfalls mit Fingerspitzen angefasst.

Europa braucht wieder Anwälte

Offenbar dominierte die Überzeugung, dass hausgemachte Erfolge sich beim heimischen Publikum besser auszahlen. Ohne verlässliche Anwälte aber hat Europa keine Chance, die Zuneigung seiner Bürger zu gewinnen. Und das wird immer schwerer. Sind die ganz großen Erfolge der EU-Gründung und ihrer Geschichte doch längst konsumiert und dem Gedächtnis seiner Bürger fast restlos entwichen. Der Friede zwischen den europäischen Nachbarn scheint selbstverständlich, die Demokratie ist längst Alltag in Ost und West und scheint manchem schon wieder als Bürde. Spürbar ist nur noch, was im Augenblick drückt. Auch die Wohlstandsleistungen, die die Union erst möglich macht, sind abgehakt. Was zählt, sind allein noch die Defizite. Gewiss, diese sind, wie die wachsende Unsicherheit und Ungleichheit, gravierend genug, aber keineswegs alle in Europa gemacht, wie die skandinavischen Erfolgsländer zeigen. Und jedenfalls gegen die EU nirgends zu überwinden.

Europa braucht, das ist schon wahr, besonders viel Geduld. Die Logik seines Fortschritts besteht nun einmal darin, dass sich 27 selbstbewusste Akteure immer neu auf schwierige Kompromisse verständigen, die zu Hause oft schwer zu vermitteln sind, zumal die populistischen Schnäppchenjäger von rechts und links mittlerweile in allen Ländern auf der Lauer liegen. Eine Herkulesaufgabe, Tag für Tag. Eine Logik, das liegt in der Natur der Sache, die eher der Echternacher Springprozession gleicht als

einem kühnen Pfeilschuss. Anwalt Europas sein hieße, bei dieser Sachlage, das Unbequeme erklären und mit den großen Zielen zu verbinden. Zu Hause zu dem zu stehen, wozu man in Brüssel seine Zustimmung gegeben hat, auch wenn es weh tut. Es hieße auch, Verständnis dafür zu wecken, dass in Europa mehr noch als anderswo der Kompromiss die hohe Schule der Demokratie ist, die Verwirklichungsform des Ideals auf Erden. Kein Honigschlecken angesichts der vielen Kleingeisterei in den Mitgliedsländern und gelegentlicher bürokratischer Verirrungen in Brüssel. Aber eine notwendige Pflicht, zu der es keine Alternative gibt. Sie allein aber zahlt sich am Ende aus.

Wie wäre es, wenn auch die Intellektuellen des Landes und die so wirkungstollen »Alphajournalisten« der Großmedien zur Abwechslung hin und wieder diesen Part übernehmen, statt das leichte Spiel der Geringschätzung immer wieder neu aufzulegen? Wie wäre es, wenn sie Politiker, die die Verantwortung dafür tragen, in die Pflicht nähmen und nachfragten, wie denn die europäischen Beschlüsse zustande kamen, von denen sie so rasch nichts mehr wissen? Auch eine europäische Bürgerbewegung, die Europa nicht als bloßes Eliteprojekt, sondern als seine eigene Angelegenheit versteht, wäre eine große Hilfe. Wir haben es einmal erlebt, als Amerika auf der Suche nach Willigen für seinen Irak-Krieg war. Das Europa der Bürger hat Weichen gestellt. Wir brauchen es, wenn die Stagnation überwunden und unser Regionalstaat neuen Auftrieb gewinnen soll. Schließlich müssen wir darauf vorbereitet sein, in der soeben entstehenden neuen Weltordnung eine der Hauptrollen zu übernehmen – und zwar in unserem eigenen Interesse. Das »Menü-Europa«, für das Vivien Schmidt plädiert, kann für den ausbleibenden Erfolg des Ganzen ja nur eine Notlösung sein und vor allem eine, die nur wirkt, solange sie nicht zur Gewohnheit wird.

Joachim Fritz-Vannahme

Es muss einem nicht bang sein

Europa vor der Wahl

Alle fünf Jahre wird dasselbe Klagelied angestimmt, die Bürgerinnen und Bürger würden bei der Europa-Wahl lediglich ihre eigene nationale Regierung bewerten. Unser Autor meint: Gut so! Denn Europa hat den Nutzen davon.

Was hätte das für ein Europa-Jahr 2009 werden können. Man stelle sich vor, der Vertrag von Lissabon in Kraft, Jean-Claude Juncker der erste EU-Ratspräsident für die kommenden Jahre, Tony Blair *back on stage* als Außenminister der Union, pardon, so darf er sich auf britischen Wunsch ja nicht nennen, also: als Hoher Repräsentant und Vizechef der Kommission, ein smarterer Krisenmanager auf allen Kontinenten. Das europäische Parlament gestärkt, die nationalen Kammern in die Verantwortung genommen. Und dann als demokratische Apotheose der Urnengang aller Europäer in der ersten Juni-Woche, gefolgt von der Kür einer neuen Kommission, deren Präsident aus der stärksten Fraktion hervorgehen muss. Schön wär's.

Vom großen Jahr und der endlich gelungenen Reform der EU bleibt nur der Wahltermin Anfang Juni. Und an dem wird sich wiederholen, was so manche Europa-Wahl über sich ergehen lassen musste: Sie wird zum nationalen Test gestutzt. Es geht nicht um die künftige Führung der ganzen EU, sondern um die bisherige Leistung der eigenen Regierung. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird dieser 7. Juni zum Prolog der herbstlichen Bundestagswahlen. Präsident Nicolas Sarkozy wird erstmals seit seinem Triumph 2007 im nationalen Maßstab bewertet, und nicht anders ergeht es den belgischen, spanischen, italienischen oder polnischen Regierungschefs.

Doch hier soll nicht das alte Klagelied angestimmt werden, es gehe doch um Europa, nur gehe dafür keiner hin zur Wahl.



Joachim Fritz-Vannahme

(* 1955) leitet das Europa-Programm der Bertelsmann Stiftung. Zuvor war er Europa-Korrespondent der Wochenzeitung *Die Zeit*.

joachim.vannahme@bertelsmann.de

Denn die nationalen Staats- oder Regierungschefs werden gerade dieses Mal auch nach ihrer europäischen Leistung benotet werden. Das bringt die wohl größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg mit sich, ja, sie erzwingt es geradezu. Zwar muss jede Regierung ihren Rettungsplan aus eigenen, also nationalen Mitteln finanzieren. Aber keine der 27 EU-Regierungen wagte bislang den Alleingang, und alle stimmten sie sich ab, wie die künftige Weltfinanzstruktur geordnet werden soll.

Eine gesunde Portion Pädagogik fehlt

So besehen möchte man dem Wähler zurechnen: Nur zu, bewerte mit der Europa-Wahl ruhig die eigene Regierung. Denn Europa hat den Nutzen davon. Dem üblichen Bedauern über eine nationalisierte Europa-Wahl muss endlich die Einsicht weichen, dass diese EU auf gutes Regieren nicht allein in Brüssel, sondern in 27 gleichberechtigten Hauptstädten angewiesen ist. Ohne nationale Erfolge schwächelt das Projekt Europa. Es fehlt an einer gesunden Portion Pädagogik der Politiker in den Hauptstäd-

ten. Sie müssten die untrennbare Verflechtung ihrer nationalen Entscheidungen mit europäischen Wirkungen, wie auch umgekehrt von europäischen Entscheidungen (in Brüssel von ihnen persönlich gefällt), mit nationaler Wirkung nimmermüde erläutern. Genau daran jedoch fehlt es oft – und somit auch am nötigen Bewusstsein, wie dieses einzigartige politische Gebilde, kein Staat, kein Staatenbund, keine internationale Organisation, sondern eben: EU, mit seinen fast 500 Millionen Menschen, in einer globalisierten Welt geführt wird.

Dieses Europa ist stärker als es die Wahlbeteiligung erahnen lässt. Sie lag vor vier Jahren bei schmalen 45,6 Prozent – mehr als bei mancher deutschen Kommunalwahl, nur etwas weniger als in etlichen US-Präsidentenwahlen. Der Vergleich mag wenig tröstlich sein, darf aber nicht zum Trugschluss verführen, nur jeder zweite EU-Bürger sei an diesem einzigartigen Gebilde interessiert. Denn über Europas Stärke entscheiden in diesem System die Wähler mindestens noch ein zweites Mal, bei den nationalen Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen. Und wer dabei an die Macht gewählt wird, bestimmt auch über die EU mit, egal, wie begeistert der Gewählte dazu steht. Das ist den meisten Bürgern so nicht bewusst – und vielen Politikern auch nicht.

Die EU setzt Maßstäbe

Wahlen in Europa, und beileibe nicht nur die Europa-Wahl, kennzeichnet so ein Doppelcharakter: Entschieden wird national, aber stets für die EU gleich mit. So ist diese Europäische Union in ihrem 51. Lebensjahr nun mal gebaut. Macht sie das stark oder schwächt sie das? Die Antwort findet, wer aus dem Fenster sieht und auf die Welt blickt.

Denn bei aller Kritik: Die Europäische Union setzt in der globalisierten Welt Maßstäbe. Zum Washingtoner Weltfinanzgipfel

brachte sie die Ideen mit und konnte darauf verweisen, dass ihre Banken im Debakel zwar nicht frei von Schuld sind, aber immerhin seit 2007 mit den Eigenkapitalvorschriften von *Basel II* vernünftigen Regeln zu gehorchen haben. Eine europäische Erfindung auch die Klimaziele mit der Formel 20-20-20: Bis zum Jahr 2020 sollen die Europäer 20 % weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen als im Jahr 1990, und bis zu diesem Datum soll auch der Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 % steigen.

Die Norm ist die Macht

Mit ihren Gesetzen und Verordnungen zwingt die EU den Rest der Welt auf dem Binnenmarkt zur Disziplin: Riesenkonzerne wie *General Electric* oder *Microsoft* etwa bekamen die Wettbewerbsregeln der Union schon zu spüren. Wie eine Stabilisierung und Zivilisierung grenzenloser Märkte aussehen kann, hat die EU innerhalb ihres Binnenmarktes gezeigt. Auch das machte sie zum Magneten für ihre Nachbarn, von Erweiterung zu Erweiterung.

Europäische Truppen, aber auch Polizisten und Juristen agieren weltweit. Die Idee, kriegerischen Konflikten mit einer kombinierten, militärisch-zivilen Strategie zu Leibe zu rücken, stamme aus Europa, lobte unlängst die *Süddeutsche Zeitung*. Diplomatisch sind EU-Politiker und Spitzenbeamte bestens trainiert: Was Interdependenz bedeutet, wie Multilateralismus funktioniert, wie unermüdlich ein politischer Dialog geführt werden muss, das üben sie tagtäglich im mühsamen europäischen Geschäft der Brüsseler Entscheidungsfindung. Für den Umgang mit einer multipolaren Welt jedoch ist dieses schweißtreibende Training genau das Richtige.

Genug der Komplimente, aber sie mussten einmal gemacht werden. Doch fehlt da nicht etwas, das dieser Bilanz etwas von ihrem Glanz nimmt? Liegt da nicht der Vertrag von Lissabon auf Eis nach dem

irischen *No*, und damit die seit anderthalb Jahrzehnten debattierte und herbeigesehnte neue Architektur einer erweiterten Union?

Wie gesagt, schade, dass Juncker, Blair & Co. – die Namen tun im Übrigen nichts zur Sache – in diesem Jahr 2009 dem Projekt Europa nicht mehr persönliches Profil und Ausdruck verleihen können. Schade auch, dass die Europa-Wahl den Institutionen, vom Ratspräsidenten bis zu den nationalen Parlamenten und Bürgern, nicht eine prominentere Rolle zuweisen kann, weil das Lissaboner Reformwerk nicht zur Verfügung steht.

Das macht die Europäische Union gerade auf internationalem Parkett ungelenk,

und dagegen hilft kein noch so gutes Training. Den Beobachtern wird das um so mehr ins Auge stechen, wenn mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama ein Mann auftritt, der zuhören kann, der den Dialog sucht, und dem als geschulter Jurist die Macht der Norm wohl vertraut ist. Kurz, der auf seine Weise einige der europäischen Vorzüge mit einer Eleganz anwenden kann, die Europas Politikern fremd ist, schon weil die alten Verträge schwer an ihren Schuhen kleben.

Eleganz steht im Juni also nicht zur Wahl. Aber sonst muss einem am Wahltag nicht bang sein um die EU. Europa ist nicht immer auf dem richtigen Weg: Aber es ist der richtige Weg.

Angelica Schwall-Düren

Die soziale Dimension entscheidet

An der Europawahl 2004 beteiligten sich hierzulande nur 43 % der Wahlberechtigten. Einerseits ist zwar eine Mehrheit der Deutschen überzeugt, dass die dringlichsten Probleme auf europäischer Ebene gelöst werden müssen. Andererseits glaubt aber nur ein Drittel, dass ihre Stimme bei der Europawahl zählt. Wie kann die Sozialdemokratie diesem Trend entgegenwirken?

Auch in Europa »ist die Luft voller sozialdemokratischer Themen« (*Franz Münteferring*). Die jüngste Finanzkrise hat zweierlei verdeutlicht: Zum einen, dass die Forderung nach einer wirksamen Regulierung des Marktes richtig ist. Jeder Markt benötigt Regeln. Das betrifft nicht nur die Regulierung der globalen Finanzmärkte, sondern die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in Europa. Die EU kann und muss sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene dazu beitragen, solche Regeln zu entwickeln und umzusetzen.

Die Sozialdemokratie setzt sich seit langem für eine aktive und koordinierte europäische Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik ein, wie sie in einer globalisierten Welt auch dringend erforderlich ist. Es wird immer deutlicher, dass nicht nur die

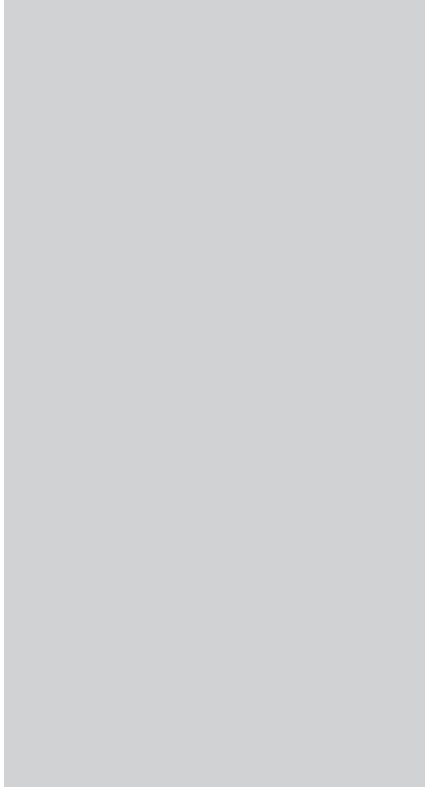


Angelica Schwall-Düren

(* 1948) ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und leitet die Europapolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand.

angelica.schwall-dueren@bundestag.de

Preisstabilität der Zusammenarbeit in der EU bedarf, sondern dass auch Wachstum und Beschäftigung im europäischen Raum gefördert werden müssen. Wenn dies zutrifft, dann muss auch in Zukunft die europäische Integration vorangebracht werden. Klare Mehrheiten können festlegen, wie das Zusammenleben in der Union organisiert werden soll. Außerdem ist der Einfluss der EU in der Welt am größten,



wenn sie mit einer Stimme spricht und gemeinsame Interessen vertritt.

In der Außenhandelspolitik ist dies seit langem der Fall. Für die Außen- und Sicherheitspolitik galt dies bislang nicht immer, obwohl 82 % der Deutschen eine *gemeinsame* europäische Außen- und Sicherheitspolitik wollen. Deshalb wird die SPD deutlich machen müssen, dass sie für eine einige und starke EU eintritt, die dazu beiträgt, den Frieden zu sichern und die Armut zu bekämpfen.

Balance zwischen Binnenmarkt und sozialem Europa

Je einheitlicher die europäischen Regeln für den innereuropäischen Handel sind, desto besser sind die Voraussetzungen für die Un-

ternehmen. Außerdem stärkt ein einheitlicher europäischer Binnenmarkt die EU im weltweiten Wettbewerb mit den USA, Japan, China und Indien. Die Bürgerinnen und Bürger wollen aber vor allen Dingen, dass der gemeinsame Markt um eine soziale Dimension ergänzt wird. Desinteresse an der EU und ihre Ablehnung resultieren vor allem daraus, dass die Menschen die Gemeinschaft als marktradikal erleben und die EU in Verdacht haben, die neoliberale Vorhut der Globalisierung zu sein.

Dieser Verdacht wird nicht nur durch die Politik einer deutlich konservativ, bzw. liberal ausgerichteten Kommission genährt, sondern lässt sich auch festmachen an der in sozialer Hinsicht negativen Integration, die erst bei immer stärkerer Vollendung des Binnenmarktes und gleichzeitig national gestalteter Sozialpolitik sichtbar geworden ist. Ausfluss dieser Entwicklung sind einige jüngere Urteile des Europäischen Gerichtshofes (*Viking, Laval, Rüffert, Luxemburg*), die den Vorrang der europäischen Grundfreiheiten vor der sozialen Dimension festschreiben. Bei der Wahl 2009 geht es daher vor allem um die Entscheidung, ob das soziale Europa gestärkt werden kann. Das bedeutet in erster Linie, dafür zu sorgen, dass das Primärrecht die soziale Dimension deutlicher und verbindlicher betont.

Sozialdemokraten stehen nach wie vor dafür ein, dass die Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes durch soziale Grundrechte ergänzt werden. Der Reformvertrag von Lissabon enthält dafür die notwendigen Voraussetzungen. Die Europäische Grundrechtecharta ist Teil des Vertrags und enthält wichtige soziale Rechte, zum Beispiel in Artikel 14 das Recht auf Bildung und in Artikel 28 das Streikrecht. Außerdem tritt die SPD dafür ein, eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen zu verankern. Jede EU-Maßnahme soll in Zukunft daraufhin überprüft werden, ob sie sozialen Fortschritt oder Rückschritt bringt. Damit wird eine Forderung der deutschen Gewerkschaften übernommen,

die so als Bündnispartner für ein soziales Europa gewonnen werden können.

Zur sozialen Dimension der EU gehört »Gute Arbeit«. Wir brauchen in der EU nicht irgendwelche Arbeitsplätze, sondern qualitativ gute Jobs. Gute Arbeit in Europa heißt: Geltung sozialer Mindeststandards, die allen Arbeitnehmern ein Mindestmaß an sozialem Schutz europaweit garantieren. Nur so kann ein ruinöser Wettbewerb um Arbeits- und Sozialstandards verhindert und das europäische Sozialmodell erhalten und fortentwickelt werden. Dies könnte mit Hilfe eines sozialen Stabilitätspakts in der EU erreicht werden.

Es geht in der nächsten Amtsperiode des EP aber auch um ganz konkrete Maßnahmen:

- Die Entsenderichtlinie muss so verändert werden, dass Mindestlöhne nicht zu Maximallöhnen gemacht werden.

- Für die Vergaberichtlinie brauchen wir Klarstellungen, damit ökologische und soziale Standards anfechtungsfrei in Ausschreibungen verankert werden können.

- Die Daseinsvorsorge muss weiter für alle zugänglich in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Viele dieser Dienstleistungen können nur oder am besten vor Ort organisiert werden. Das wissen die Kommunalpolitiker am besten. Die Erfahrungen mit privatisierten Stadtwerken und anderen ehemals öffentlichen Anbietern haben gezeigt, dass es oftmals sinnvoller ist, wenn die Kommunen für die öffentliche Daseinsvorsorge verantwortlich bleiben. Diese Möglichkeit muss auch in den Beihilfe- und Vergaberegungen der EU erhalten bleiben.

Sozialer Schutz beinhaltet übrigens auch den Schutz vor Diskriminierung. Homosexuelle, Behinderte, alte Menschen und andere schutzbedürftige Gruppen in ganz Europa wissen zu schätzen, dass die Sozialdemokratie sich für einen einheitlichen europäischen Diskriminierungsschutz einsetzt. Über die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten wachen die Be-

triebsräte. Deshalb stehen Sozialdemokraten für die Verbesserung der europäischen Betriebsräterichtlinie und die Ausdehnung ihres Geltungsbereiches ein. Bei der Europäisierung von Unternehmen dürfen die Beteiligungsrechte nicht untergehen.

Nachhaltiges Wachstum

Gute Arbeit muss ergänzt werden durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze und Fortschritt schafft und gleichzeitig die Gesundheit der Menschen und die Umwelt schützt. Erneuerbare Energien bieten die Chance einer sauberen und unabhängigen Zukunft. Sie haben zudem ein enormes Wachstumspotenzial. Schließlich bieten sie die einzige Möglichkeit, um langfristig eine unabhängige Energieversorgung sicherzustellen. Die EU hat bereits eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die in den kommenden Jahren umgesetzt und ergänzt werden müssen. 85 Prozent der Deutschen wollen, dass über den Umweltschutz auf europäischer Ebene entschieden wird. Die SPD wird diese Menschen im Europäischen Parlament vertreten.

Zum Zeitpunkt der Europawahl 2009 steht die EU an einer Weggabelung: Zur Wahl stehen das soziale Europa der Sozialdemokraten oder das Markt-Europa der Konservativen und Liberalen. Es gilt, die Menschen dazu zu bewegen, ihre Interessen bei der Europawahl zu vertreten: Für eine neue Balance von EU-Binnenmarkt und sozialer Dimension; für eine ausgewogene EU-Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik; für sozialen Schutz und soziale Rechte in Europa; für die EU als Vorreiterin beim Klimaschutz; für eine verantwortungsvolle Rolle der EU in der Welt; für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn es gelingt, diese Alternative zur europäischen Marktgesellschaft der Konservativen und Liberalen klar herauszuarbeiten, haben die Sozialdemokraten in der Europawahl 2009 echte Chancen.

Gespräch mit Sigmar Gabriel

»Eigentlich wären es gute Zeiten für sozialdemokratische Wahlerfolge«

Sigmar Gabriel (geb. 1959) ist seit 2005 Bundesumweltminister. Im Oktober ist bei Piper sein Buch Links neu denken erschienen. Auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse stellte er sich den Fragen von Thomas Meyer.

NG/FH: Lange Zeit war wenig von sozialdemokratischen Ideen und Debatten zu hören, sondern fast nur von Personalquellen. Nun sind gleich fünf neue Bücher von führenden sozialdemokratischen Politikern erschienen, die versuchen, mit weitreichenden Politikentwürfen in die Debatte zu intervenieren: Franz Müntefering, Erhard Eppler und Ottmar Schreiner sind dabei. Ihr Buch *Links neu denken* gehört auch dazu. Ist diese Parallelität ein Zufall, oder ist die Zeit jetzt einfach reif dafür?

Gabriel: Ein bisschen zugespitzt kann man sagen, es ist eine nachholende Diskussion. Denn auf Seiten der politischen Linken, in Deutschland und anderen Teilen Europas, hat es nach dem Zusammenbruch des Kommunismus keine richtige Debatte darüber gegeben, was linke Politik unter diesen veränderten Bedingungen eigentlich bedeutet. Die Aufhebung der Blockkonfrontation, ein sich schneller globalisierendes Wirtschaftssystem, die Bevölkerungsexplosion und knapper werdende Ressourcen, die Wanderungsbewegungen, die viele Menschen anderer Nationalitäten in die Industriestaaten bringt und neue Konflikte und Kriege, wie wir sie vorher nicht kannten, geben u.a. diesen neuen Rahmen vor. Es gab den Versuch von Tony Blair und Gerhard Schröder, eine Diskussion über einen »Dritten Weg« und eine neue Sozialdemokratie zu beginnen. Sie ist aber

in Deutschland sehr schnell beendet gewesen, weil nicht ausreichend thematisiert wurde, was unter einer linken Politikvorstellung zu verstehen sei. Die Sozialdemokratie braucht eine intellektuelle Auseinandersetzung über die Frage, wie das Fortschrittsversprechen für Freiheit sowie für Aufstieg und Teilhabe unter völlig anderen ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weitergeführt werden kann. Für diese Diskussion ist jetzt der richtige Zeitpunkt.

NG/FH: Sie sprechen wichtige Themen wie die gefährdete Demokratie, eine neue Klassenspaltung und eine gestörte Balance zwischen Wachstum, Gerechtigkeit und Umweltsicherung an. Ist dieser weite Horizont an Themen das persönliche Programm von Sigmar Gabriel und welche Lösungsvorschläge machen Sie?

Gabriel: Wenn man in einer solchen Zeit der Umbrüche Politik macht, überlegt man, wie man sein eigenes Verständnis vom politischen Handeln, seine eigene Sichtweise in diese doch zum Teil sehr unübersichtliche Landschaft einordnet. Ich habe mich zum Beispiel mit der Frage auseinandergesetzt: Ist der Begriff der »Mitte« richtig? Wenn man sagt, Arbeitnehmer und ihre Familien, Selbstständige, Facharbeiter und Intellektuelle seien die Mitte, dann bleibt nicht mehr viel übrig und der Begriff hat politisch keine Wirksamkeit

mehr. Stellen sie sich zwei Cola-Verkäufer vor, die am Strand stehen und sich überlegen, welche Position für sie die beste sei. Um viel zu verkaufen, stellen beide ihren Stand in die Mitte des Strandes. Wenn man das als Partei macht, versucht man nicht seine Position durchzusetzen, sondern die Mehrheitsfähigkeit eines Produkts. Wenn Willy Brandt sich überlegt hätte, ob seine Entspannungspolitik mehrheitsfähig ist, wäre sie wahrscheinlich nicht durchgesetzt worden. Er hat nicht überlegt, wo strategisch der beste Standort ist, sondern ist mit großem Wagemut und großer Risikobereitschaft in die Auseinandersetzung gegangen. Es ist keine Alternative, nicht zu sagen, was ist. Die Politik hat ein Problem mit dem Zugang zur Wahlbevölkerung, zu

dass auf jedem Lebensweg Hürden sind. Aber wie überspringt man die Hürden? Dieser Freiheitsanspruch ist die sozialdemokratische Kernfrage. Nicht nur Freiheit von Unterdrückung, Not und Armut, sondern auch Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben. Durch gute Bildung und Ausbildung kann man die individuellen Muskeln stärken, damit man die Hürden überspringen kann. Wo die Hürden so groß sind, dass man das auch mit guter Bildung nicht kann, muss man fragen, wie man das solidarisch organisiert.

Das ist die eigentliche sozialdemokratische Idee oder »Erzählung«, wenn man so will, des letzten, genauso wie dieses Jahrhunderts. Dahrendorf hat mit dem Hinweis auf die Entwicklung im 20. Jahr-

» Aus seinem Leben etwas zu machen, sich abzukoppeln von der Bindung an Geschlecht, Einkommen, Herkunft und Religion, ist die Freiheitsvorstellung der Sozialdemokratie. «

den Menschen im Land. Das liegt daran, dass wir bestimmte Dinge nicht thematisieren. Ferdinand Lasalle sagte einmal: »Die revolutionärste Tat ist und bleibt zu sagen, was ist«. Man hat als Politiker zunächst einmal die Aufgabe eine Analyse und eine Beschreibung von Handlungssträngen vorzunehmen. Auch auf das Risiko hin, dass man nicht für jedes der beschriebenen Probleme sofort eine Bilderbuchantwort hat. Das erhöht die Glaubwürdigkeit von Politikern.

NG/FH: Gibt es in ihrem Buch eine sozialdemokratische Botschaft, die zünden könnte?

Gabriel: Ja, das sozialdemokratische Thema von Aufstieg und Teilhabe. Es gehört nicht dem letzten Jahrhundert an, sondern auch diesem. Aus seinem Leben etwas zu machen, sich abzukoppeln von der Bindung an Geschlecht, Einkommen, Herkunft und Religion, ist die Freiheitsvorstellung der Sozialdemokratie. Wir wissen,

hundert gesagt, die Sozialdemokraten hätten sich durch Erfolg überflüssig gemacht. Aber unsere Reformpolitik hat nicht alle Fragen beantwortet und sogar neue Probleme aufgeworfen. Leih- und Zeitarbeit zu ermöglichen, ist richtig gewesen. Dass manche Unternehmen daraus eine Dauer-einrichtung machen, wobei Menschen mit 40-50 % weniger Lohn in Zeitarbeitsverhältnissen stehen, muss eben offen diskutiert werden. Und dann braucht es den politischen Willen, dies wieder zu korrigieren. Zweites Beispiel: Wenn weniger Leute arbeiten, oder später anfangen zu arbeiten, dann passt die alte Rentenformel nicht mehr. Eine der Möglichkeiten darauf zu reagieren, ist die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67. Dann bleibt die Frage, was ich mit den Menschen mache, die nicht bis 67 arbeiten können? Diese Frage hat die *Agenda 2010* nicht beantwortet. Es ist aber eine Frage, die uns täglich gestellt wird und auf die man eine Antwort geben muss. Die SPD ist die einzige Partei, der es gelingen kann, solche Antworten zu ge-

ben. Denn sie versucht drei Dinge zusammenzubringen: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung. Die anderen Mitbewerber im politischen Spektrum konzentrieren sich in der Regel auf eines dieser drei Ziele. Diese drei Dinge gemeinsam zu denken, ist das programmatische Alleinstellungsmerkmal der SPD auch in der nächsten Bundestagswahl.

NG/FH: Auf welche Weise wollen Sie »Links neu denken«? Was ist denn das »Links«, das bleibt und was wird neu definiert?

Gabriel: Ich unterscheide zwei Begriffe. Den der Protestlinken und den klassisch sozialdemokratischen Reformansatz der Gestaltunglinken. Die Protestlinken wol-

len gesellschaftliche Zustände thematisieren, ohne auf Veränderung zu drängen. Die Gestaltunglinken sagen, dass Protest allein nicht reicht, sondern dass man etwas verändern muss. Franz Müntefering zitiert in seinem Buch einen alten Sozialdemokraten, den er gefragt hat: »Was ist nun eigentlich nach 90 Jahren deine Lebensweisheit?«. Und er sagt: »Du musst das Leben so nehmen, wie es ist, aber du darfst es nicht so lassen.« Die Sozialdemokratie muss für sich in Anspruch nehmen, dass sie trotz der Schwierigkeiten im aktuellen Handeln Schritt für Schritt reformerisch tätig sein muss. Sie darf sich nicht nur auf den Protest mit dem Hinweis beschränken, dass zuerst das ganze System kollabieren müsse, bevor man mit sozialistischen Utopien versuchen könne, Politik zu machen.

NG/FH: Was heißt das für das Verhältnis zwischen SPD und *Linkspartei*? Eine Protestlinke, die in der Hauptsache nur Forderungen erhebt ohne Handlungsstrategien zu entwerfen, gegen eine Gestaltungslinke zu stellen, die versucht eine linke Position im Regierungshandeln umzusetzen. Ist das ein Verhältnis der kritischen Diskussion oder ein Verhältnis der Ausgrenzung? Was folgt daraus für die Praxis?

Gabriel: Das Ziel muss natürlich sein, diese Partei überflüssig zu machen. Trotzdem ist es so, dass man sich mit der *Linkspartei* inhaltlich auseinandersetzen muss. Wir

würde sich für sie aber die Existenzfrage stellen.

NG/FH: Zwischen der SPD und den *Grünen* schienen am Anfang Welten zu liegen. Nach einer relativ kurzen Zeit waren die Gräben zugeschüttet und es begann eine gemeinsame Regierungsarbeit in Hessen, dann im Bund. Wird es letzten Endes mit der *Linkspartei* so ähnlich sein, ist das eine Frage der Zeit?

Gabriel: Man muss aufpassen, ob man den Vergleich so ziehen kann. Was sind *Die Grünen* heute? Sie sind heute die zweite li-

» Die Sozialdemokratie muss sich die Frage stellen, warum es ihr trotz eines wachsenden Ungerechtigkeitsgefühls der Menschen nicht gelingt, Wahlerfolge zu erlangen. «

haben immer nur arithmetische Diskussionen geführt, doch politische Koalitionen sind kein Ergebnis der Mathematik, sondern der inhaltlichen Übereinstimmung. Das gibt es zum Teil schon in den Ländern. Wir haben eine sehr stabile Regierungskoalition mit der *Linkspartei* in Berlin. Wenn es eine inhaltliche Übereinstimmung gibt, kann man das machen. Doch ich habe Schwierigkeiten mir vorzustellen, mit einer Partei im Bund gemeinsam Gesetze zu machen, die gegen die europäische Einigung ist, die für Gewerkschaftsrechte in Deutschland eintritt, sie aber für Kuba verweigert, die 150 Milliarden Euro für soziale Leistungen ausgeben will, ohne die Frage zu beantworten, wo die eigentlich herkommen sollen, die einen Vorsitzenden hat, der öffentlich erklärt, im Falle einer Entführung könne er sich auch den Einsatz von Folter vorstellen. Deswegen würde ich die Auseinandersetzung mit der *Linkspartei* immer inhaltlich führen und nicht über die Frage, wer welche politische Vergangenheit hat. Im Bund wird es aus meiner Sicht keine Möglichkeit der Zusammenarbeit geben, bis diese Partei sich inhaltlich ändert. Dann

berale Partei in Deutschland. *Die Grünen* bilden den genuinen, bürgerrechtsliberalen Teil des deutschen Liberalismus ab. Die Frage ist, ob es für die *Linkspartei* einen Raum in der Parteienlandschaft gäbe, wenn sie sich zu einer realistischen Finanz- und Außenpolitik bekennen würde. Die Protestwähler, die gar nicht erwarten, dass die *Linkspartei* etwas verändert, würden in einer solchen Situation keinen richtigen Grund mehr haben sie zu wählen. Da stellt sich die Frage, was die dann machen?

NG/FH: Manche Linkswähler würden sagen, ein Unterschied liegt immer noch in der Frage der Glaubwürdigkeit. Die SPD habe sich zu linken Positionen bekannt, hat aber eine Politik gemacht, die mit linken Positionen nicht mehr viel zu tun hatte. Die *Linkspartei* steht zu diesen linken Positionen. Auch wenn es eine programmatische Annäherung gibt, bleibt der Zweifel, ob die SPD das Vertrauen genießt, um die Unterstützung der Wähler zu bekommen.

Gabriel: Zwei Drittel der Deutschen sagen, es gehe ungerecht im Land zu. Das wären gute Zeiten für sozialdemokratische Wahl-

erfolge. Dennoch muss sich die Sozialdemokratie die Frage stellen, warum es ihr trotz eines wachsenden Ungerechtigkeitsgefühls der Menschen nicht gelingt, Wahlerfolge zu erlangen. Das hat etwas mit der Widersprüchlichkeit von sozialdemokratischer Politik in den letzten Jahren zu tun. Das hat aber auch etwas mit der Komplexität von Lösungsangeboten zu tun. Diese Glaubwürdigkeitslücke kann man nicht dadurch schließen, dass man die *Linkspartei* bekämpft oder beschimpft. Dafür muss die Sozialdemokratie ein geschlosseneres Bild abgeben. Wenn es ihr nicht gelingt, ihre eigenen Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen und dabei neue Aufgaben oder auch Fehler in der Vergangenheit zu thematisieren und zu korrigieren, wird sie diese Glaubwürdigkeit nicht zurückgewinnen. Der Wechsel zu einem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und einem Parteivorsitzenden Franz Müntefering kann einen nicht unerheblichen Teil dieser Glaubwürdigkeit zurück bringen. Jedenfalls dann, wenn man gestalterisch linke Politik machen will. Mit reinem Protest lässt sich diese Glaubwürdigkeitslücke nicht überbrücken. Sich mit Protest zufrieden zu geben, darf die Sozialdemokratie niemals.

NG/FH: Nun gibt es viele Beobachter, die sagen: Die SPD hat sich im letzten Jahr im Grunde nicht als eine Partei präsentiert, die eine Programmidee, die ein Projekt nach außen vertritt, sondern als zwei Parteien. Wie lässt sich diese Vielstimmigkeit auflösen?

Gabriel: Die einzige Möglichkeit das Problem zu lösen, ist über Inhalte zu reden. Solange ich Dinge an Machtkonstellationen und Personalfragen festmache, werden Inhalte verdeckt und nicht ausgetragen. Deswegen tut es der SPD gut, eine Debatte darüber zu führen, was wir erreicht haben und erreichen wollen. Diese Auseinandersetzung hat der Sozialdemokratie

von Beginn an immer wieder dazu verholfen, Krisen zu überstehen. Bei aller Skepsis, diese Partei existiert jetzt fast 150 Jahre, sie hat Schlimmeres überstanden. Das liegt nicht daran, dass die SPD immer eine glasklare und richtige Haltung gehabt hätte oder die besten Führungspersönlichkeiten. Sie hat es der inhaltlichen Auseinandersetzung und der Idee von Freiheit und von Aufstieg und Teilhabe zu verdanken. Das ist der Weg, der von uns allen beschritten wird und der auch ein ganz großes Maß an Erfolgsaussichten hat.

NG/FH: Der Finanzkapitalismus hat vor einigen Wochen an der *Wall Street* sein Waterloo erlebt. Die alte These, dass der Markt es besser richtet als der Staat, hat sich widerlegt. Plötzlich sind alle bereit, den Staat ins Spiel zu bringen. Was sind in dieser Situation linke Antworten und was ist eine tragfähige, linke Strategie im Umgang mit diesem Problem?

Gabriel: Es ist interessant zu sehen, dass die CDU jetzt kurz davor ist das Ahlener Programm wieder zu beschließen, in dem sie den christlichen Sozialismus fordert. Die linke Alternative ist endlich, Ernst zu machen mit den Regulierungen, die der Markt braucht. Die jetzige Krisenintervention versucht nicht nur den Banken zu helfen, sondern den Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung zu verhindern. Denn das trifft jeden Einzelnen von uns. Als nächsten Schritt müssen wir national, aber vor allem international, Spielregeln einführen. Marktversagen ist die Folge staatlichen Regelungsversagens. Das ist eine Erkenntnis, zu der man vor etwa vier Wochen gelangt ist. Die Frage ist, ob wir es schaffen, das auch konsequent in der Praxis umzusetzen. Das wird sich im kommenden Jahr zeigen.

NG/FH: Die SPD war ein dreiviertel Jahr im Tief, kommunikativ in der Defensive und im Profil nicht sichtbar. Es gab in der

Hauptsache zwei Probleme. Das eine war das Fehlen einer offensiven Führung und einer Präsenz in der öffentlichen Debatte. Zum anderen schien die SPD eingeklemmt zwischen einer sich zunehmend sozial profilierenden CDU und der radikalen sozialen Rhetorik der *Linkspartei*. Sind diese Probleme jetzt mit dem Führungswechsel gelöst oder was braucht es noch, um die Zukunftsideen, die Sie in ihrem Buch entwickelt haben, als Profil der SPD öffentlich sichtbar zu machen?

Gabriel: Eine geschlossene Parteiführung und Leute, die wissen, dass Politik aus Führen und Sammeln besteht. Das ist die erste notwendige Bedingung, um Erfolg zu haben. Die hinreichende Bedingung aber ist, dass die Sozialdemokratie den Dreiklang von wirtschaftlicher Leistungs-

fähigkeit, sozialer Sicherheit und ökologischer Verantwortung in ihrer praktischen Politik und in ihrer politischen Programmatik deutlich macht. Zum Beispiel im Regierungsprogramm für die Bundestagswahlen 2009. Was heißt das? Wir werden im nächsten Jahr natürlich Folgen der Finanzmarktkrise in der Realwirtschaft erleben. Mein Vorschlag ist, da konjunkturrell gegenzusteuern, sich vor allem den Energiemarkt vorzunehmen. Dort existieren in den nächsten zwanzig, dreißig Jahren enorme Herausforderungen. Dort Voraussetzungen für zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wäre ein wichtiger Baustein, um Wachstum, Beschäftigung und ökologische Verantwortung zusammen zu bekommen. Das Gleiche gilt für die Bildungspolitik. Sie muss eines der großen Themen der Bundestagswahl werden.

Christian Krell

Grundsatzprogramme und Wahlkämpfe – Gibt es einen Zusammenhang?

Klarer Fall: Wahlkämpfe haben mit Grundsatzprogrammen nichts zu tun. Eine genauere Analyse weist in eine andere Richtung.

Die Einführung einer dynamischen Rente, eine Neue Ostpolitik, die Zuschreibung, Kanzler der Einheit zu sein, oder ein geschicktes Krisenmanagement während der Elbflut 2002. All dies mögen Motive sein, die dazu beigetragen haben, dass Wahlen gewonnen oder verloren wurden. Indes ist nicht bekannt, dass Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder in ihren Wahlkämpfen erschöpfend aus den Grundsatzprogrammen ihrer Parteien zitiert und damit die Massen für sich entflammt hätten.

Die These, dass Wahlkämpfe nichts mit Grundsatzprogrammen zu tun haben, scheint also vordergründig bestätigt. Aber stimmt sie wirklich? Eine genauere Ana-



Christian Krell

(* 1977) ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

Christian.Krell@fes.de

lyse zeigt schnell, dass grundsätzliche programmatische Erklärungen und Wahlkämpfe sehr wohl in einer Wechselbeziehung stehen und dass Programme den Ausgang von Wahlen entscheidend beeinflussen können.

So sind die Wahlerfolge der SPD in den 60er Jahren ohne die gesellschaftspolitische

Öffnung der Partei durch das Godesberger Programm nicht vorstellbar. Helmut Kohl profilierte sich in den 70er und frühen 80er Jahren bewusst als ausgewiesener Programmierer und konnte sich damit erfolgreich im Unions-Lager von Franz-Josef Strauß abgrenzen, der für diesen »Schmarrn« nur wenig übrig hatte. Und selbst politische Spitzenakteure, die sich bewusst als »Pragmatiker« inszenierten, waren gerade in Wahlkampf-Phasen um grundsätzlich-konzeptionelle Standortbestimmungen bemüht. Gerhard Schröders Anleihen bei der britischen Sozialdemokratie, die Semantik einer »Neuen Mitte« oder sein Beitrag zur Zivilgesellschaft in dieser Zeitschrift sind nur einige Belege dafür.

Auch ein international vergleichender Rückblick belegt die These. Der historische Sieg der französischen Sozialisten im Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampf 1981 ist vor allem auch das Ergebnis einer – zuweilen mühsamen, aber schließlich erfolgreichen – Programmentwicklung. Nicht zuletzt die Integration des linken Lagers war dabei wichtiges Ziel der *Parti Socialiste*. Und auch der Erdrutsch-Sieg der *Labour Party* 1997 ist schwer denkbar ohne die grundlegende programmatische Erneuerung der Partei in den Jahren 1988 bis 1997. Durch ein neues programmatisches Angebot gelang es *Labour*, sich auch in der politischen Mitte als eine attraktive Alternative zu den *Conservatives* zu entwickeln.

Es gibt also einen engen Zusammenhang zwischen grundsätzlicher programmatischer Orientierung und erfolgreichen Wahlkämpfen.

Programmatischen Erklärungen kommt aus mindestens drei Gründen eine wichtige Bedeutung für die politische Auseinandersetzung und Politikvermittlung in Wahlkämpfen zu.

Wahlkämpfe werden in Mediendemokratien durch medial vermittelte Kommunikation gewonnen – so zumindest eine populäre These der Wahlkampfforschung der 90er Jahre.

① Selbstvergewisserung und Mobilisierung nach Innen

Tatsächlich scheint es nicht möglich, Wahlen ohne eine professionelle und medial vermittelte Kampagne zu gewinnen. Zugleich zeigt sich aber – gerade in Zeiten eines Überangebots medialer Kommunikation – eine wachsende Bedeutung direkter Kommunikation. Wenn täglich neue, professionell gestaltete Botschaften über Medien an die Wähler herangetragen werden, gewinnt der unmittelbare und direkte Austausch mit politischen Akteuren und Repräsentanten eine neue Bedeutung. Und dieser Austausch kann aufgrund einer natürlich begrenzten Reichweite nicht allein von politischen Spitzenakteuren geleistet werden, sondern hängt entscheidend davon ab, ob und wie sich Mitglieder und Sympathisanten der Parteien für sie engagieren. Nur wenn lokal und dezentral die Botschaften politischer Parteien durch unmittelbare Kommunikation unterstützt wird, können Authentizität und Glaubwürdigkeit vermittelt werden.

Das Fraktionsmitglied, das sich zugleich im Betriebsrat unmittelbar für »Gute Arbeit« engagiert, die Ortsverbandsvorsitzende, die zugleich in der KAB aktiv ist und hier für ihre Partei wirbt oder der Student, der im *StudiVZ* die Gruppe »Bonner SPD« gründet, sind keine Relikte vergangener Tage, sondern in Zeiten ununterbrochener massenmedialer Kommunikation zentral für den Erfolg oder Misserfolg einer politischen Kampagne. Wir erlebten gerade am Beispiel des Wahlkampfes von Barack Obama die Überlegenheit einer *Grassroot*-Mobilisierung, die – trotz aller Unterschiede zwischen bundesdeutschem und US-amerikanischem Wahlrecht – auch für Deutschland gilt.

Aber wer sich für eine Partei engagiert, wer für sie wirbt, für sie spendet und für sie eintritt, der will wissen, wofür er sich engagiert. Hier haben Grundsatzprogramme eine große Bedeutung. Sie können Orien-

tierung bieten und sie sind wichtige Identifikations- und Anknüpfungspunkte für politisch Aktive.

② Mobilisierung nach Außen

Für Grundsatzprogramme gilt nicht, was für Beschreibungen von Pilgerreisen durch Entertainer gilt: Sie sind keine Bestseller. Sie werden nicht von breiten Teilen der Bevölkerung gelesen. Sehr genau werden Programme aber von Interessenverbänden, sozialen Bewegungen oder anderen Organisationen wahrgenommen. Gewerkschaften, Kirchen, Umweltorganisationen, Globalisierungskritiker oder Wohlfahrtsverbände – sie alle haben sich gründlich mit den Programmen von SPD und CDU auseinandergesetzt. Sie können eine wichtige Funktion als Verstärker oder als Kritiker der Botschaften der Grundsatzprogramme einnehmen. Sie können die Ideen der Programme bejahen, oder sie völlig verwerfen und damit Zustimmung oder Ablehnung für die jeweilige Partei in einem Teilbereich der Gesellschaft mobilisieren. Damit nehmen sie eine wichtige Funktion als Verstärker oder als Kritiker der Botschaften der Grundsatzprogramme ein.

③ Grundlage für gemeinsames Auftreten

Ein entscheidender Faktor für den Wahlerfolg einer Partei ist ihr kohärentes Auftreten. Das scheint selbstevident, fällt aber gerade der SPD in der öffentlichen Wahrnehmung oft schwer. Nur wenn die Spitzenakteure einer Partei über einen längeren Zeitraum ähnliche Ziele, Leitvorstellungen

und Politiken vorschlagen und vertreten, ist eine Partei in nennenswertem Umfang in der Lage, Wählerstimmen zu mobilisieren. Zahlreiche Studien belegen das.

Grundsatzprogramme können ein wichtiger Referenzrahmen sein, um die Vermittlung einheitlicher Positionen zu gewährleisten. Dabei ist klar, dass nicht jede tagespolitische Anforderung mit einem Satz aus dem Grundsatzprogramm beantwortet werden kann. Grundsatzprogramme bewegen sich – das legt der Name nahe – auf einem anderen Abstraktionsniveau als tagesaktuelle Statements zu Sozialversicherungsbeiträgen oder Steuersätzen. Wenn aber die wesentlichen Forderungen des Wahlkampfes mit dem Grundsatzprogramm korrespondieren und aktuelle Herausforderungen vor dem Hintergrund der im Programm entwickelten Orientierung interpretiert werden, sind die Chancen für ein kohärentes Agieren der Partei im Wahlkampf zumindest erhöht. Ein Grundsatzprogramm kann mithin das langfristige Grundmotiv einer Kampagne sein, auf dem einzelne tagespolitische Themen variiert werden. Im Idealfall wird der Wahlkampf dadurch authentisch und überzeugend.

Ein gutes und zeitgemäßes Grundsatzprogramm kann also eine wichtige Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf sein. Deshalb ist es konsequent und folgerichtig, wenn der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sich, wie geschehen, bei seiner Nominierungsrede bewusst auf das Hamburger Programm der SPD bezieht. Aber über einzelne Parteien hinaus gilt: Die Wahlkampf-Manager aller Parteien sind gut beraten, wenn sie programmatische Prinzipienklärungen nicht als Esoterik für die Parteiseele begreifen, sondern bewusst bei ihrer Kampagneplanung mitdenken.

Niels Annen / Inken Wiese

Deutschlands Interessen am Hindukusch – Ein Plädoyer für eine regionale Strategie

Die verbalen Attacken gegen die Afghanistan-Politik der Bundesregierung und Forderungen wie »Kämpfen statt Brunnen bohren« sind nicht zielführend, denn gerade der Aufbau einer gesicherten Staatlichkeit in dem von Krieg und Taliban-Herrschaft zerrütteten Land ist eminent wichtig, will man Terrorgruppen den Boden entziehen. Wir setzen mit diesem Beitrag die Debatte aus der November-Ausgabe fort.

Niels Annen

(* 1973) ist Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses hat er Afghanistan bereits mehrmals intensiv bereist.

niels.annen@bundestag.de



Inken Wiese

(* 1975) promoviert an der Universität Konstanz über die Wiederaufbauhilfe der Golfstaaten für Afghanistan und war als Trainerin für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul tätig.

inken.wiese@post.harvard.edu



Im Oktober und November verlängerte der Bundestag die beiden Mandate, die seit Ende 2001 mit dem militärischen Teil des deutschen Engagements in Afghanistan assoziiert werden. Während im Rahmen des Mandats zur Sicherung des zivilen Aufbaus Afghanistans (ISAF) sogar die Obergrenze der einsetzbaren Soldaten auf 4.500 erhöht wurde, umfasst die Verlängerung der *Operation Enduring Freedom* (OEF) den Einsatz deutscher Soldaten unter diesem Mandat in Afghanistan ab sofort nicht mehr. Die deutsche Beteiligung an OEF beschränkt sich nun mehr auf die Sicherung

des Seegebiets am Horn von Afrika. Aus Sicht der SPD wurde mit diesem Ausstieg aus dem US-geführten Anti-Terror-Kampf in Afghanistan unter OEF eine zentrale Forderung des Hamburger Parteitages im vergangenen Jahr erfüllt. An den Schwerpunkten der Strategie, die Deutschland in Afghanistan verfolgt, ändert sich dadurch grundsätzlich nichts. Sie besteht auch weiterhin aus drei sich gegenseitig ergänzenden Elementen: dem zivilen Wiederaufbau, der militärischen Präsenz zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bekämpfung des Terrorismus. Konsequenter noch als bisher muss sich die Bundesregierung nun dafür einsetzen, die drei genannten Aspekte dieser Strategie im Einklang miteinander zu verfolgen und in der Umsetzung die Prioritäten an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

Die Entscheidung zum Ausstieg aus OEF in Afghanistan ist auch Ausdruck der Sorge über die hohe Zahl ziviler Opfer, die seit langem das militärische Vorgehen unter OEF begleiten. Damit hat sich Deutschland nicht aus der Terrorismusbekämpfung als solcher verabschiedet, doch wurden Konsequenzen aus den Erfahrungen der vergangenen sieben Jahre am Hindukusch gezogen, in denen sich wiederholt gezeigt hat, dass Terrorismus nicht allein mit militärischen Mitteln verhindert werden kann.

Es muss damit dem Journalisten Josef-Thomas Göller in doppelter Weise widersprochen werden, der in dieser Zeitschrift im vergangenen Monat vertreten hat, die Bundesregierung würde verschleiern, dass das Hauptziel des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr im Kampf gegen »den Feind (militanter Islamismus)« bestünde. Ohne Zweifel hat Deutschland als Teil der internationalen Staatengemeinschaft ein vitales Interesse daran, Afghanistan nie wieder zu einem »sicheren Hafen« für kriminelle und militante Organisationen werden zu lassen. Die Zerschlagung der Strukturen von *Al Quaida* in Afghanistan nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Die Übernahme von *failed states* durch solche Organisationen ist aber nur dort möglich, wo Staatlichkeit bereits hinreichend ausgehöhlt ist. Diese Staatlichkeit herzustellen muss daher das eigentliche Ziel sein. Die Staatengemeinschaft kam daher der Bitte der afghanischen Interims-Regierung um Unterstützung bei dieser anspruchsvollen Aufgabe durch die Schaffung des ISAF-Mandats nach und agiert in diesem Rahmen seit Ende 2001 in enger Kooperation mit der UN-Mission für Afghanistan (UN-AMA) und der Arbeit zahlreicher NGOs.

Die transnationale Afghanistan-Debatte

Deutschland hat als drittgrößter Truppensteller im Rahmen von ISAF von Beginn an eine große Verantwortung übernommen und als erste Nation das Aktionsfeld auch über die Grenzen von Kabul hinaus ausgeweitet. Dieses Engagement wird, anders als von Göller behauptet, von den NATO-Mitgliedsstaaten respektiert und geschätzt. Es wird allzu oft übersehen, dass verbale Attacken gegen die Bundesregierung aus dem Ausland auch im Licht der öffentlichen Debatte verstanden werden müssen, die bei den NATO-Partnern ebenso wie in

Deutschland über den Afghanistan-Einsatz geführt wird. Während eines Besuchs bei den niederländischen Truppen in Uruzgan und bei den kanadischen Streitkräften in Kandahar im Sommer 2008 konnten wir uns daher nicht nur mit den Einsatzrealitäten in anderen Regionen Afghanistans vertraut machen, sondern auch über den deutschen Beitrag zur Gesamtmission aufklären. Dieser Austausch mit Bündnispartnern ist ein wichtiger Bestandteil von Außenpolitik, der von Mitgliedern des Bundestags und der Bundesregierung auf verschiedenen Ebenen verfolgt wird.

All das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle Bündnispartner die Herausforderungen in Afghanistan lange unterschätzt haben. In vielen Teilen des Landes, das durch Stammesstrukturen geprägt ist, ist der Staat in der Vergangenheit nie in Erscheinung getreten. Von *Wiederherstellung* von Staatlichkeit zu sprechen, ignoriert das Ausmaß des zu Leistenden. Es kann aber auch Ausgangspunkt für eine Justierung des selbstgesetzten Ziels sein, denn staatliche Strukturen müssen auch den soziokulturellen und historischen Hintergründen eines Landes entsprechen, um gesellschaftlich verankerbar zu sein. Es handelt sich bei Afghanistan zudem um ein Land, das 25 Jahre Bürgerkrieg erlebt hat, dessen Bevölkerung zu 68 % aber jünger als 25 Jahre ist. Einer ganzen Generation erstmals Zugang zu Bildung zu ermöglichen, Zukunftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt aufzubauen und staatliche Strukturen zu entwickeln, die fernab von Kabul nie existiert haben, ist keine Aufgabe, die sich binnen weniger Jahren bewerkstelligen lässt. Allein auf die Zeit des Taliban-Regimes als Referenzpunkt zu verweisen, wie es beispielsweise das Bundesministerium für Verteidigung in seinem aktualisierten Informationsmaterial tut, ist nicht dazu angeht, die eigentlichen Schwierigkeiten des Vorhabens verständlich zu machen. Politik und Zivilgesellschaft sollten sich daher bemühen, trotz bzw. aufgrund der öffentli-

chen Auseinandersetzungen über das militärische Vorgehen und deren Dauer nicht das Ausmaß der Herausforderungen herunterzuspielen. Nur wenn dies deutlicher wird, kann auch die Unterstützung der Bevölkerung langfristig gewonnen werden, die den Erfolg des Wiederaufbaus und der Stabilisierung von Afghanistan sichert.

Interessenlose Außenpolitik ist verantwortungslos

Göller ist Recht zu geben in seiner Forderung, die deutschen Interessen in Afghanistan klarer zu formulieren. Nur indem sich die Politik der öffentlichen Debatte darüber stellt, kann die notwendige öffentliche Unterstützung für militärische Auslandseinsätze generiert werden, die der Verteidigung legitimer deutscher Interessen dienen sollen. Dabei ist Interessenspolitik nicht per se ehrenrührig. Es gibt keine interessenlose Außenpolitik, und auch sozialdemokratische Außenpolitik sollte sich klar und offen zu den Interessen bekennen, die sie leiten. Dabei sind für die Sozialdemokratie nicht abstrakter Einfluss und rein nationale Interessen handlungsleitend. Vielmehr bemisst sich die Glaubwürdigkeit Deutschlands in Fragen internationaler Politik nach der Verwirklichung von Werten wie der Eindämmung von Krieg, Vertreibung und Flüchtlingsströmen, der Bekämpfung von Hunger und Armut, der Verhinderung von Völkermord, Kriegsverbrechen, humanitären Katastrophen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im deutschen Interesse liegt es auch, Bedrohungen für die Sicherheit in Europa abzuwenden. Diese Bedrohungen bestehen in der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionalen Konflikten, dem Scheitern von Staaten, organisierter Kriminalität und auch im Terrorismus. So wie der Zusammenbruch von staatlichen Strukturen dazu führt, dass terroristische und kriminelle Vereinigungen unkontrolliert agieren

können, wird auch Nicht-Proliferation von Waffen ohne staatliche Kontrolle schwieriger, wie der Fall Somalia bezeugt. Rohstoffreichtum droht dann zur unkontrollierten Finanzquelle für kriminelle und terroristische Netzwerke zu werden.

All dies sind keine rein deutschen Interessen, sondern europäische oder gar universelle Anliegen. Im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik muss Deutschland daher in der Lage sein, vor allem im Verbund mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten multilaterale Verantwortung zu übernehmen. Dies kann auch außerhalb Europas der Fall sein. Doch betont der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt mit Recht, dass zuvor zum einen die betroffenen Interessen stets sorgsam abgewogen werden müssen. Zum anderen müsse man im ausreichenden Maße über die für einen Einsatz notwendigen Mittel verfügen. Damit ist neben der Bundeswehr auch der Einsatz von zivilen Mitteln gemeint, denn auch Schmidt weist darauf hin, dass »nur in Ausnahmefällen und höchstens punktuell Terroristen erfolgreich mit militärischen Mitteln« bekämpft werden können (*Die Zeit*, 45/2008, 30.10.2008). Er plädiert daher folgerichtig dafür, auch die Nachbarn Afghanistans und zunehmend auch Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit in die Verantwortung für die Befriedung des Hindukusch zu nehmen. Wer die deutsche Außenpolitik unter Außenminister Frank-Walter Steinmeier in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, weiß, dass gerade die Einbeziehung Pakistans ein zentrales Anliegen der Bundesrepublik Deutschland war und bleibt. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise die afghanisch-pakistanischen Gipfeltreffen während der deutschen G8-Präsidentschaft oder die jüngsten Bemühungen Steinmeiers, mit Hilfe eines zahlungskräftigen Staatenbündnisses den finanziellen Zusammenbruch Pakistans zu verhindern, zu nennen. Darüber hinaus nutzt Deutschland seinen Einfluss, um den Iran als wichtigen regio-



nalen Akteur und direkten Nachbarn Afghanistans wieder einzubinden, dessen durchaus existierendes positives Potenzial unter dem ausgehenden US-Präsidenten George W. Bush eher ins Gegenteil verkehrt wurde. Wünschenswert wäre allerdings, wenn Deutschland verstärkt seine Beziehungen und sein Gewicht nutzen würde, um auch den Kaschmir-Konflikt zu thematisieren, der ein gemeinsames Vorgehen von Indien und Pakistan in Fall Afghanistans unterminiert.

Die afghanische Regierung ist gleichberechtigter Partner

Vor allem aber muss die in Afghanistan engagierte Staatengemeinschaft zukünftig größere Anstrengungen unternehmen, ihre zivilen und militärischen Mittel besser zu koordinieren. Dies muss unter den Gebern untereinander als auch zwischen den militärischen und zivilen Akteuren geschehen. Die afghanische Regierung muss dabei trotz aller Unzulänglichkeiten und Probleme als gleichberechtigter Partner betrachtet und behandelt werden. Denn die Stärkung afghanischer Staatlichkeit wird so

lange keine Fortschritte machen, wie man der jungen Exekutive und ihrer Verwaltung nicht Mitspracherecht einräumt und sie ggf. auch von ihren eigenen Fehlern lernen lässt. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung darauf achten, den zivilen Aspekt der Aufbauhilfe zu stärken. Dazu gehört auch, auf ein einheitliches Auftreten der EU-Mitglieder im *Joint Coordination and Monitoring Board* (JCMB) zu drängen, in dem die Akteure zusammenkommen. So könnte die Rolle von UNAMA konsequent gestärkt werden. Dies mag im Einzelfall bedeuten, nationale Agenden, die eine Konzentration von Hilfsgeldern in solchen Regionen verfolgen, in denen die eigenen Soldaten aktiv sind, zugunsten von landesweiten Ansätzen zurückzustellen. Damit ist mitnichten der nächste Konflikt mit den USA vorprogrammiert, wo *President Elect* Barack Obama jüngst angekündigt hat, die Strategie entsprechend der Provinzrealitäten zu diversifizieren. Obama folgt damit vielmehr einer Erkenntnis, die das deutsche Engagement im Norden Afghanistans prägt und begründet, warum ein Einsatz deutscher Truppen in anderen Landesteilen, mit denen man weniger vertraut ist, auch zukünftig nicht zielführend sein kann.

Hanjo Kesting

Die Kinder von Lot

Die Bibel in unserer Kultur

Kein anderes Buch hat unsere Kultur so tief geprägt wie die Bibel. Unüberschaubar ist ihre Wirkungsgeschichte in Literatur, Musik und Bildender Kunst. Doch nimmt, wie Umfragen zeigen, die Kenntnis der Bibel rapide ab, und für immer weniger Menschen ist sie ein lebendiger Teil ihres Lebens. Die Entwicklung betrifft nicht nur die Kirchen, sondern rührt an die Grundlagen unserer Kultur. Denn die Geschichten der Bibel enthalten Lebenswissen und Menschheitserfahrung in verdichteter Form.

Hanjo Kesting

(* 1943) Seit 2006 ist er Kulturredakteur dieser Zeitschrift. Im Mai ist von ihm bei Wallstein erschienen: *Ein Blatt vom Machandelbaum. Deutsche Schriftsteller vor und nach 1945.*



Ende Juli 1943 legten britische Bombenangriffe große Teile der Hamburger Innenstadt in Schutt in Asche. Fast fünfzigtausend Menschen verloren ihr Leben. Die *Royal Air Force* hatte der Aktion den Namen »Operation Gomorra« gegeben. Eine Anspielung auf die Bibel, wo es im Ersten Buch Mosis heißt: »Da ließ der Herr Schwefel und Feuer regnen vom Himmel herab auf Sodom und Gomorra/ und kehrte die Städte um und die ganze Gegend und alle Einwohner der Städte und was auf dem Lande gewachsen war./ Und Lots Weib sah hinter sich und ward zur Salzsäule./ ... und siehe, da ging ein Rauch auf vom Lande wie der Rauch aus einem Schmelzofen.«

Schon Zeitzeugen des Hamburger Infernos haben die Parallele zur Bibel hergestellt. Brecht schrieb in sein Tagebuch: »Hamburg geht unter. Über ihm steht eine Rauchsäule...« In einer Tagebuchnotiz von Ernst Jünger heißt es: »Sodom ist erreicht.« Hans Erich Nossack, der Ham-

burgs Untergang bereits 1943 literarisch dokumentiert hat, schrieb in einem Brief: »Ich werde mich hüten, es jemand zu lesen zu geben. Man darf niemand zwingen, sich umzusehen; noch nicht, die Gefahr ist noch zu groß.« Meinte Nossack, die Menschen würden zu Salzsäulen erstarren wie Lots Weib?

Das Beispiel macht deutlich, welche weiterwirkende Kraft noch immer von der Bibel ausgeht: von Texten, die vor mehr als zweitausend Jahren geschrieben wurden. Brecht, als er gefragt wurde, welches Buch ihn am stärksten beeinflusst habe, sagte: »Sie werden lachen, die Bibel«. Tatsächlich durchzieht die Bibel sein gesamtes Werk, und kein biblisches Motiv erscheint darin häufiger als das von Sodom und Gomorra. In dem Stück *Der gute Mensch von Sezuan* sagt Shen Te, die Hauptfigur: »Was ist das für eine Stadt, was seid ihr für Menschen!/ Wenn in einer Stadt ein Unrecht geschieht, muss ein Aufruhr sein/ Und wo kein Aufruhr ist, da ist es besser, dass die Stadt untergeht/ Durch ein Feuer, bevor es Nacht wird!« Was ist das anderes als die Beschwörung von Sodom und Gomorra? – Oder man nehme Mahagonny, die sagenhafte Goldstadt irgendwo in Amerika, ein Eldorado des Konsums und Vergnügens: auch sie ist ein neues Sodom, »verknüpft ins wüste Netz«. Natürlich meinte Brecht

seine Gegenwart: den Rockefeller-Kapitalismus und die Las Vegas-Kultur.

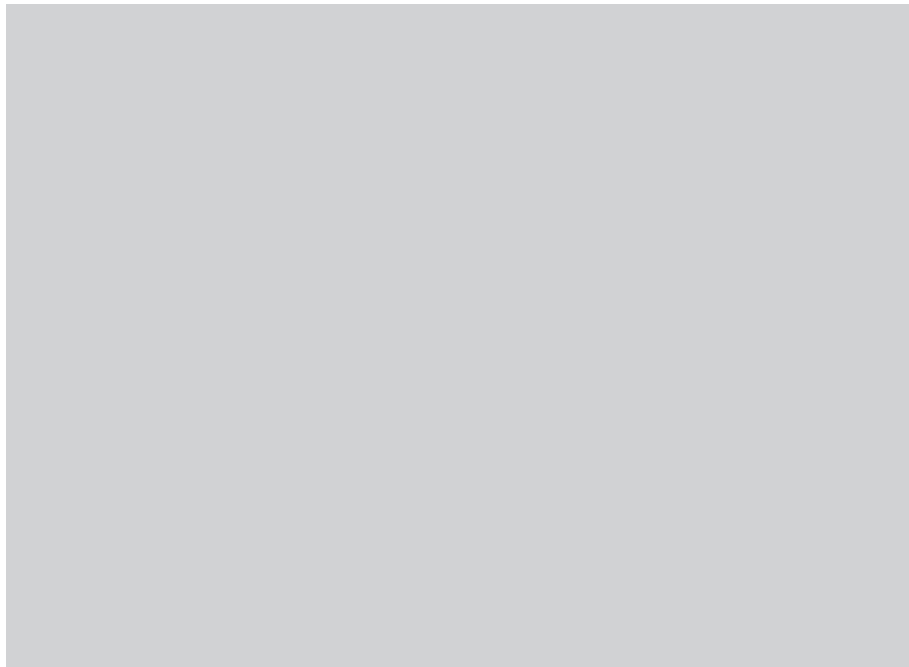
So geht es mit der Bibel: Man greift ein einzelnes Motiv, vielleicht nur ein Randmotiv, heraus, geht seinen Spuren nach, und schon verzweigt und verästelt es sich so fein und dicht in Raum und Zeit, dass man es kaum erfassen, geschweige erschöpfen kann. Nun denke man erst an die Hauptmotive: von der Schöpfungsgeschichte bis zu den zehn Geboten, von der Verkündigung bis zur Passionsgeschichte Jesu. Die Bibel durchdringt unsere Kultur so stark und intensiv wie nicht einmal das einzige Gegenstück, das in Betracht kommt, die Mythologie der griechisch-lateinischen Antike. Beide zusammen bilden ja die Grundlage unserer Kultur: die jüdisch-christliche und die griechisch-lateinische Antike, die sich zunächst zögernd berühren, mit der Zeitenwende zusammenfließen, um sich danach immer stärker zu durchdringen.

In dieser kulturellen Symbiose hatte die Bibel für anderthalb Jahrtausende die Vorrangstellung. Fast alle Kunst dieser Zeit war kirchliche Kunst, vor allem Bibelkunst. Ob Architektur, Skulptur, Malerei, Kirchenschmuck oder Buchkunst: sie alle standen im Dienst an der Heiligen Schrift, an Gottes Wort und der Heilsbotschaft, als Verkündigung, Lehre, Deutung oder schlichte Illustration. Jeder Blick in die Kunstgeschichte des frühen und hohen Mittelalters zeigt, dass diese Kunst gewissen Mustern und Stereotypen folgte, wie sie durch kirchliche Lehre und historische Überlieferung festgelegt waren. Das Neue Testament mit den Evangelien stand im Vordergrund, das Alte Testament war Vorstufe, Vorgeschichte, Vorbereitung, Vorausdeutung. Ein dichtes Netzwerk allegorischer Darstellung und figuraler Symbolik verknüpfte die Teile und ließ sie als ein planvolles Ganzes erscheinen.

Aber zum Wesen des kulturellen Gedächtnisses gehört, dass es nicht statisch ist, sondern sich ständig verändert. Die Bibel ist das beste Beispiel dafür. Fast könnte man

sagen: auch die Bibel verändert sich. Seit es eine historisch-kritische Methode gibt, wissen wir: sie ist nichts von vornherein Gegebenes, sondern selber in einem historischen Prozess entstanden, der über tausend Jahre dauerte. Systematik und Einteilung der Heiligen Schrift schwanken, nicht nur zwischen Judentum und Christentum, sondern auch zwischen katholischer, orthodoxer und evangelischer Bibel. An welchen Bibeltext halten wir uns? An den Wortlaut der Urschriften? Das hebräische Alte Testament? Die griechische Septuaginta als seine wichtigste Übersetzung? An die auf Griechisch verfassten Evangelien? Oder die lateinische Vulgata? Und wie steht es mit all den Übersetzungen, die seit der frühen Neuzeit in den christlichen Ländern entstanden und von denen die Übersetzung Luthers historisch die wichtigste war? Mit anderen Worten, die *Bibel an sich* gibt es nicht, es gibt nur Schriften, Fassungen, Versionen, Systematisierungen und Übersetzungen, Deutungen und Exegesen, innerhalb und außerhalb der Kirchen, schließlich die Wechselwirkungen von Bibel und Kultur, unendlich vielfältig und enorm folgenreich.

Da ist auf der einen Seite die Bibel als das offenbarte Wort Gottes, so wie noch Herder es verstand. Auf der anderen Seite kann man die Bibel lesen als eine Sammlung von Geschichten, die, so reich und tief-sinnig sie sein mögen, doch eher ein mythologisches Sammelwerk darstellen, vergleichbar den *Metamorphosen* des Ovid. Beide Lesarten der Bibel, hier als das Wort Gottes, dort als literarische Mythologie, aber auch viele andere Lesarten, die zwischen den extremen Polen liegen, haben unsere Kultur geprägt. Immer wichtiger werden auch die individuellen Annäherungen an die Heilige Schrift: die Bibel Herders ist eine andere als die Voltaires, die Bibel Bachs unterscheidet sich von der Felix Mendelssohns. Es gibt die Bibel Kierkegaards und die Bibel Nietzsches, die Bibel Dostojewskis und die Bibel Emersons. Ganze Welten liegen zwischen den biblischen Bildern eines Max Beck-



mann und den surrealistischen Bibelfantasien eines Salvador Dalí.

Man nehme ein mächtiges Bibelmotiv wie den Turmbau von Babel. Er repräsentiert im Alten Testament, wie Elias Canetti gesagt hat, den »zweiten Sündenfall«; in der Kunstgeschichte steht der Turm für den immer wiederkehrenden Sündenfall. Jede Epoche errichtet aufs Neue ihre vermessenen Architekturen. Auch Döblins *Berlin Alexanderplatz* ist ein Babylon-Roman, es heißt: »Wir haben gebauet ein herrliches Haus, nun geht hier kein Mensch weder rein noch raus. So ist kaputt Rom, Babylon, Ninive... alles kaputt, oh, denkt daran.« Brechts Mahagonny ist das kapitalistische Babylon. Gibt es auch das sozialistische Babylon? Johannes R. Becher, Kulturminister der DDR und Dichter der Hymne »Auferstanden aus Ruinen«, hat dieses Babylon in einem Gedicht bereits beschworen, kaum dass die DDR gegründet war: »Das Wort wird zur Vokabel,/ Um sinnlos zu verhalten./ Es wird der Turm

von Babel/ Im Sturz zu nichts zerfallen.«

So bedeutungsmächtig und trotz vielfältigem Gebrauch unzerstörbar wie der Turm von Babel ragen die biblischen Geschichten und Bilder bis in unsere Gegenwart. Manchmal nehmen sie auch nur eine andere Gestalt an: dann wird aus dem Turm von Babel ein Luxusdampfer mit dem Namen *Titanic*: Symbol für Fortschrittswahn und hybride Technik. Warum strömen Millionen von Menschen ins Kino und schauen diesem Untergang zu? Weil es sie fasziniert. Weil sie das Thema in sich tragen. Fast könnte man sagen, dass sie die Bibel kennen, ohne sie gelesen zu haben. Dass ihr kulturelles Gedächtnis in der *Titanic* das verschollene Babel wiederfindet.

Man hat die Bibel einmal die »Tiefen-Grammatik unserer Kultur« genannt. Selbst wer wenig sprach- und traditionsbewusst ist, wächst in einem kulturellen Umfeld auf, das von der Bibel mitbestimmt ist, von ihren sprachlichen Prägungen und Bildern. Figuren und Geschichten der Bibel durch-

setzen, ohne dass es immer auf den ersten Blick erkennbar ist, unsere Alltagskultur, nicht nur die Künste, sondern auch das Fernsehen, den Film, die Popmusik, die Werbung. Gerade dieser anonyme, gleichsam unterirdische Traditionstransfer, verbunden mit Um- und Neudeutungen, begleitet von Vermischungen mit anderen Kulturen, vor allem im Bereich der Musik, ist eine treibende Kraft unserer populären Kultur. Es ist unvermeidlich, dass dabei auch biblische Motive den Bedürfnissen und Wahrnehmungsmustern eines breiten Publikums angepasst werden. Alle fünf- und zwanzig Jahre werden die zentralen Geschichten der Bibel in neuen Bild- und Klangwelten wieder aufbereitet, am wirksamsten durch das Kino: vom Stummfilm *Ben Hur* bis zu Mel Gibsons umstrittener *Passion of Christ*.

Doch soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, die Bibel sei im Bewusstsein der Menschen und in ihrer Lebenspraxis so tief verankert wie in früheren Epochen. Das Gegenteil ist richtig. Noch keine Zeit war so kenntnislos und bibelfern wie die unsere. Jeder weiß zwar, dass Pfingsten mit dem Genuss von zwei freien Tagen verbunden ist, aber den geistlichen Sinn und biblischen Hintergrund des lieblichen Festes weiß nur noch eine Minderheit anzugeben. Wer hat wann zuletzt in der Bibel gelesen? Was daraus ist gegenwärtig geblieben? Die Antworten auf solche Fragen wären gewiss nicht ermutigend. Aber damit partizipiert die Bibel nur an einem allgemeinen Traditionsverlust. Der oft beschworene Bildungskanon existiert nicht mehr, mit ihm ging auch seine Grundlage, die Kenntnis der antiken, speziell der biblischen Welt, verloren. Kaum noch kann vorausgesetzt werden, dass ein Schulabsolvent weiß, wer Odysseus, Antigone oder Ödipus gewesen sind. Wie sollte er dann wissen, was es mit Abraham und Jakob oder mit Lazarus und Pilatus auf sich hat? Das ist nicht allein ein Problem der Kirchen und des Christentums, sondern eines unserer Kultur.

Dabei geht von den biblischen Texten eine einmalige Kraft aus. Deswegen sollte man sie nicht nur als religiöse Dokumente lesen, sondern auch eine literarische, sogar genießende Annäherung zulassen. Herder schrieb in einem Brief: »Haben Sie ... eine so kindliche, ich möchte sagen angeborne Freude an der Bibel, als ich sie habe: wie klein wird Ihre Bibliothek da werden! Ich erinnere mich meiner Kindheitsjahre, in denen ich Hiob, den Prediger, Jesajas und die Evangelien las, wie ich kein Buch sonst auf der Welt gelesen habe.« War der zündende Funke, der von der Bibel auf den jungen Herder übersprang, tatsächlich religiöser oder nicht eher literarischer Natur? Warum sollte man sich der Leseerfahrung verschließen, dass das Alte Testament seine Größe und Schönheit in vielen Teilen der unvergleichlichen sprachlichen Formung verdankt? André Gide notierte: »Es gibt Seiten von einer solchen Schönheit, einer so feierlichen Größe, dass ich nichts kenne, in keiner Literatur, das ihnen überlegen oder auch nur vergleichbar wäre. Wären diese Bücher der Bibel Baudenkmäler, man nähme Tagesreisen auf sich, um sie zu betrachten, wie bei den Ruinen von Baalbek oder dem Tempel von Selinunt.«

Gide und Herder werden hier als Kronzeugen für das Literatur- und Leseerlebnis Bibel zitiert. Es stellt sich am ehesten ein, wenn im Hintergrund keine religiösen Botschaften warten und keine didaktischen Absichten drohen. Man verzichte auch auf den Vorrang von Deutung und Interpretation. Zunächst kommt es darauf an, die biblischen Geschichten in ihrer reinen Stofflichkeit weiterzugeben, im Vertrauen darauf, dass ihre Kraft und Schönheit und damit vielleicht auch ihre verborgenen Bedeutungen sich ins Innere des Lesers, zumal eines jungen Lesers, einsenken werden. In sein »kulturelles Gedächtnis«. Vor einiger Zeit war im Fernsehen zu erleben, wie namhafte Schauspieler stundenlang aus der Bibel vorlasen: Texte in reiner Form, unverkürzt, unkommentiert, ungebildet. Das

war ungeheuer eindrucksvoll gerade im Medium der Bilder.

Doch zuweilen stößt man auf Misstrauen gegenüber der Bibel. In einem quasi-offiziellen Kirchenpapier war zu lesen: »Wörtlich genommen und ohne kritische Distanz gelesen, ist die Bibel streckenweise ein schwer verdauliches Buch, weil sie Völkermord, rassistische Vorschriften und autoritäre Gottesbilder enthält, die man mit gutem Gewissen niemandem zum Lesen geben möchte.« Wenn das zutrifft – was tun? Soll man die Bibel in Watte packen? Der Versuchung nachgeben, sie aus lauter Friedensliebe und Christlichkeit nur in gereinigter Form zu verbreiten? Oder soll man viel Energie darauf verwenden, vor der Lektüre der Bibel zunächst einmal die »kritische Distanz« zu ihr einzuüben? Dann wäre es allerdings vorbei mit dem Lesegenuss. Die gefährlichste Klippe für ihn ist die »richtige«, die »korrekte« Interpretation. Solche Korrektheit kann es nämlich nicht geben. Die Bibel ist Menschenwerk, das heißt sie ist durchwachsen und umrankt von jenem Dornengestrüpp aus

Ideologie, Propaganda, Gewalttätigkeit und Vorurteil, das zu ihrer Entstehungszeit gehört. Nur durch dieses Gestrüpp hindurch findet man ihre tieferen Wahrheiten, die Wahrheiten über uns selbst.

Dass in den biblischen Geschichten eine »tiefere Bedeutung« zu finden ist, ist zumindest den Künstlern immer bewusst gewesen. Diese Geschichten enthalten ein Grundwissen über den Menschen, über seine Einbindung in kosmische, religiöse und soziale Zusammenhänge, aber auch über seine innere Welt, bis in die Sphäre des Unbewussten. Die Bibel, zeitlos und aktuell zugleich, ist ein Geschichtsbuch und ein Lebensbuch zugleich. Ihre Wahrheiten werden uns nicht theoretisch vermittelt, sondern durch Geschichten, also verschlüsselt. Jede Zeit, jede Generation kann sich in diesen Geschichten wiedererkennen, muss sie aber neu für sich deuten, immer vorausgesetzt, dass sie im kollektiven Gedächtnis noch lebendig sind. In diesem Sinn ist die schwindende Bibelkenntnis, jenseits aller positiven Gläubigkeit, ein Zeichen kultureller Selbstvergessenheit.

Rudolf Maresch

Kein Gott kann uns mehr helfen

Der Weltmarkt als Weltenrichter

Rudolf Maresch

(* 1954) ist Publizist, Kritiker
und freier Autor.
Lebt in Lappersdorf/Bayern.

mail@rudolf-maresch.de



Viel ist vor vierzig Jahren darüber gerätselt worden, wie jener »Schachautomat« zu deuten ist, den Walter Benjamin an den Anfang seiner »geschichtsphilosophischen

Thesen« stellt. Wer ist darin Puppe und Zwerg, der Historische Materialismus oder die Theologie? Und: Wer nimmt wen wofür in Anspruch?

Heinz Dieter Kittsteiner, jüngst verstorbener Historiker der Viadrina Universität in Frankfurt/Oder, hat sich bereits als Student von Jacob Taubes um eine Klärung dieser enigmatischen Figur bemüht. Die Lösung, die er seinerzeit vorschlug, war situationsgebunden. Theologisches Wissen, auch säkularisiertes, wird, wenn es die Situation verlangt, dem marxistischen »als dessen

manifest rationalem Kern« zugeschlagen. Nur so war das historische Kontinuum von Herrschaft und Unterdrückung aufzusprengen. Es war wohl dieser Nexus von Marxismus und geschichtlicher Diskontinuität, der den bewegten Studenten an Benjamin faszinierte und ihn Jahrzehnte lang intellektuell in den Bann zog. Von der Theologie zu lernen, hieß damals, siegen lernen.

Von diesem revolutionären Begehren nach Neuanfang ist wenig geblieben. Anders als Marx sich das ausgemalt hatte, erweist sich der Kapitalismus als »fester Kristall«, gegen den Widerstand und Aufbegehren unwirksam bleibt. Im Posthistoire ist Rebellion bestenfalls noch eine Frage der Mode, des Stils und ästhetischen Ausdrucks. Geschichte und Politik erhalten die Signatur des »als ob«. Die neue Ethik beruht im Wesentlichen auf den Anpassungsleistungen der Individuen an die »großen Produktions- und Verteilungsgefüge« (*A. Gehlen*)

An dieser pessimistischen Weltsicht hat sich für den »undogmatischen Edelmarxisten«, wie man den Ideenhistoriker despektierlich genannt hat, weitere zwanzig Jahre

später nichts Grundlegendes geändert. Sie prägt auch sein neues und letztes Buch *Weltgeist, Weltmarkt, Weltgericht*. Freilich haben Haltung und Einstellung zu den Dingen sich verändert. Die Zeitdiagnose, die der Geschichtsphilosoph aus Comics, Zeitungslektüren und philosophischen Ideen montiert, tritt uns zwar ungemein gelehrt, aber auch erfreulich unakademisch entgegen. Selten ist es einem Autor gelungen, die Sinn- und Ziellosigkeit der Geschichte dem Leser ebenso witzig-unterkühlt wie unterhaltsam und gelassen im Ton nahe zu bringen.

Entwickelt wird sie, dem Buchtitel entsprechend, in einer Triade. In Phase eins, der Epoche des »Weltgeistes«, dominieren Erwartungen, Hoffnungen und Glücksversprechen. Als Zeugen treten an: Mandeville und Adam Smith, gegen die wiederum Rousseau und Hegel polemisieren. Private Laster, so die Kernthese der berühmten »Bienenfabel«, fördern das Gemeinwohl, was den schottischen Ökonomen später dazu verleitet, von der »unsichtbaren Hand« zu sprechen, und den preußischen Philosophen von der »List der Vernunft«, die das

Menschengeschlecht aller Unannehmlichkeiten zum Trotz voranbringt.

Der »Weltmarkt«, Phase zwei, setzt diesen Fortschrittsglauben in harte Währung um. Die dynamische Konkurrenz bringt wachsenden Wohlstand und Reichtum. Gleichwohl führt sie zu sozialen Verwerfungen, auf die Karl Marx später mit der Vergesellschaftung privaten Eigentums und John Maynard Keynes mit staatlichen Konjunkturprogrammen antworten. Dass sich jener bei der Umrechnung von Werten in Preise verrechnet, und dieser einem »totalen Staat« das Wort redet, den die Nationalsozialisten dann kreieren, sind nur eine der vielen Sottisen, die Kittsteiner immer wieder einstreut.

Doch Markt und Wettbewerb lassen sich, einmal entfesselt, nicht zügeln, weder durch hehre Worte noch durch staatliche Planung. Das hat das sozialistische Experiment hinlänglich gezeigt. Längst hat der globale Kapitalismus seinen Widerpart wieder eingesammelt. Darum ist für Kittsteiner auch der Weltmarkt das »Weltgericht«, und nicht die Geschichte, wie Schiller und Hegel dachten. Beispielhaft vorgeführt wird das an der Übernahmeschlacht von *Mannesmann* durch *Vodafone*. Mit dem Prozess gegen die Herren Ackermann, Esser und Zwickel wird zugleich die *Deutschland AG* beerdigt, jener rheinische Kapitalismus, der sich über gegenseitig sich absichernde Seilschaften sozialpartnerschaftlich definierte.

Die sogenannten »Heuschrecken«, mit denen Franz Müntefering die Aktivitäten der Private Equity-Fonds belegte, oder das »Victory-Zeichen«, mit dem Josef Ackermann vor dem OLG Düsseldorf die Öffentlichkeit verprellte, sind Ausdruck der Wucht, mit denen diese Sonderform des Kapitalismus abgewickelt wird. Sie machen das Land endgültig mit jenem »Willen nach Beute« (*O. Spengler*) vertraut, der dem angelsächsischen Kapitalismus eigen ist. Seither dieser über den »Willen zur Macht« (*Nietzsche*) triumphiert, geht es nicht mehr um ein »bisschen soziale Markt-

wirtschaft«, sondern nur noch »um den bestmöglichen Kapitalismus«.

Allen Kapitalismuskritikern legt Kittsteiner nahe, sich mit »dem Begriff des Profits anzufreunden«. Mit dem rasanten Aufstieg, den die neuen Mächte Indien und China hingelegt haben, sind die Zeiten vorbei, in denen sich Europa den Reichtum der Welt aneignen und entsprechend umverteilen konnte. Das schmerzt besonders die Sozialdemokratie, deren Erfolgsrezept Jahrzehnte lang die Umverteilung war. Es verwundert nicht, dass der globale Kapitalismus jene Länder am schlimmsten trifft, die eine erfolgreiche Arbeiterbewegung aufzuweisen haben. Gerade wegen dieser Tradition stecken beide besonders in der Krise.

Als gut geschulter Hegelianer unterlässt Kittsteiner es, Schuldzuweisungen auszustellen. Die »objektive Gier«, die in Kapital- und Finanzmärkten waltet und die »Vernunft in der Geschichte« ersetzt, ist systemimmanent. Sie prägt das Verhalten ausnahmslos aller, das von Parteisoldaten und Investmentbankern genauso wie das von Gewerkschaftsfunktionären und Schnäppchenjägern.

Von den politischen Kräften erwartet sich der Zeitdiagnostiker nichts mehr. »Die Epoche der Staatlichkeit« ist auch für ihn zu Ende. »It's the economy, stupid«, die unser Schicksal geworden ist. Doch genau da könnte sich der Autor irren. Es ist keinesfalls sicher, ob die Globalisierung jenen Weg nehmen wird, den Kittsteiner ihr vorgibt. Jedes Mal, wenn sie, unterstützt von neuartiger Medientechnik, einen neuen Anlauf nahm, wurde sie von Revolutionen, großen Kriegen und Depressionen abrupt und blutig gestoppt. Und die aktuelle Finanzkrise hat sogar und gerade in Amerika wieder den Staat auf den Plan gerufen. Es könnte mithin durchaus sein, dass nicht die Wirtschaft, wie Walther Rathenau meinte, »unser Schicksal« ist, sondern doch die Politik.

Heinz Dieter Kittsteiner: Weltgeist, Weltmarkt, Weltgericht. Fink Verlag, München 2007, 273 S., € 29,90.

Manfred Osten

Die Zivilisierung des jähzornigen Großvaters

Peter Sloterdijks Evaluierung der Religionen

Wer einen erhellenden Kommentar sucht zur guten Nachricht, dass die römische Kirche inzwischen die umstrittenen Rache-psalmen aus dem Stundengebet eliminiert hat, der schlage nach bei Peter Sloterdijk. In der gelehrt brillanten Studie des renommierten Philosophen und Rektors der Karlsruher Hochschule für Gestaltung mit dem Titel *Gottes Eifer* findet sich hierzu der Satz: »Die Zivilisierung der Monotheismen ist abgeschlossen, sobald die Menschen sich für gewisse Äußerungen ihres Gottes, die unglücklicherweise schriftlich festgehalten wurden, schämen wie für die Auftritte eines im allgemeinen sehr netten, doch jähzornigen Großvaters, den man seit längerem nicht mehr ohne Begleitung in die Öffentlichkeit lässt.«

Hinter dieser scheinbar heiteren Diktion verbirgt sich Ernstes. Nämlich eine Neuinterpretation der Lessingschen Ringparabel mit dem Fazit, dass bei Licht betrachtet, Lessing auf die Figur des zweiten, des endgültigen Richters am Ende aller Zeiten durchaus hätte verzichten können. Denn das Gericht über die Religionen vollziehe sich – so Sloterdijk – seit der Aufklärung als »tägliches Plebiszit«, und zwar in Gestalt von »Sympathieflektuationen, deren Auf und Ab man vom frühen 20. Jahrhundert an durch Umfragen ermittelt«: »Hierbei schneiden die monotheistischen Religionen allesamt nicht besonders gut ab.« Für Sloterdijk gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu realisieren, dass zwischen Monotheismen und Unfrieden in der Welt eine signifikante Korrelation bestehe.

Eine Einsicht, die möglicherweise erklärt, warum stattdessen die deutlich sanfteren meditativen Religionen des Ostens – vor allem der Buddhismus – sich zunehmender Beliebtheit erfreuen. Bereits vor



Manfred Osten

(* 1938) ist Essayist und Generalsekretär a.D. der Alexander-von-Humboldt-Stiftung in Bonn.

diesem Hintergrund wird deutlich, warum Sloterdijk bei seiner Evaluierung der Monotheismen nachdrücklich dafür plädiert, dass sie Parteien einer Zivilgesellschaft werden müssten, indem sie ihre »Eiferkollektive« des »Für uns« oder »Gegen uns« aufgeben. Sloterdijk weiß freilich genau, dass das Ideal friedlicher Koexistenz für die jüdischen, christlichen und islamischen Monotheismen nur schwer vereinbar ist mit dem diesen Religionen auf unterschiedliche Weise innewohnenden messianischen und aktivistischen Tendenzen – bis hin zum militärisch-politischen Modell eines »heiligen Krieges«. Sloterdijks schwierig zu befolgender Lösungsvorschlag lautet daher, dass die eigentliche Zivilisierungsaufgabe der Monotheismen darin bestehe, den Affekt des Eifers zu entkoppeln vom »religiösen Code«, dem eigentlichen Reichtum der Kulturen.

Zu den wichtigsten Kapiteln von Sloterdijks Studie zählen daher die erhellenden Untersuchungen zur besonders hochgradig vom Eifer-Affekt geprägten Kultur der islamischen Länder. Er kann dabei zurückgreifen auf den bereits von ihm in seinem Buch *Zorn und Zeit* entfaltenen Begriff der »thymotischen Energien«. Die damit beschriebenen Affekte Zorn, Wut, Stolz und Scham erweisen sich als besonders signifikant in Sloterdijks Deutung der Erfolgs- und der seit dem 15. Jahrhundert einsetzenden Kränkungs-geschichte des Islams. Wobei

insbesondere die Spätfolge der Kränkungs-
geschichte erst jetzt in den Fokus des west-
lichen Bewusstseins gerückt ist – im Licht
des 11. Septembers, der Ölreserven und der
beispiellosen demografischen Dynamik in
der islamisch geprägten Welt. Es ist eine
Welt, über die für Sloterdijk der »Schleier
des Zorns« liegt. Und wo das Wort »Mo-
schee« bedeutet: der Ort des Sich-Nieder-
werfens. Es ist das aus diesem Wort resultie-
rende allgemeine aktive Unterwerfungs-
Gebot, das für Sloterdijk nicht nur glau-
benseifrigen Dienst fordert; es impliziert
auch die naheliegende Gefahr einer »Ste-
igerung dieses Dienstes zum Extremdienst«.

Gleichwohl sieht Sloterdijk Anzeichen,
die hoffen lassen, dass sich die Religionen
auf den zivilisatorischen Weg begeben
könnten. So erblickt er zum Beispiel in der

erwähnten Eliminierung der Rachepsal-
men aus dem Stundengebet der römischen
Kirche die mittelbare Einladung an die
Muslime, auch ihrerseits Irritierendes im
Koran zu überdenken und die Geschichte
der Kränkungen nicht religiös zu instru-
mentalisieren als Feldzug des Zorns gegen
den Westen. Denn – so Sloterdijks Fazit –
die »Instrumentarien der Stunde sind die
demographische Aufklärung ... und eine ak-
tualisierte Entwicklungspolitik ... Von bei-
den verstehen die Monotheismen nichts –
sie sind im Gegenteil an der einen wie der
anderen Front der Kontraproduktivität ver-
dächtig.«

*Peter Sloterdijk: Gottes Eifer. Vom
Kampf der drei Monotheismen. Verlag der
Weltreligionen, Frankfurt/M. 2007, 218 S.,
€ 17,80.*

Frauke Hamann

»... eine Nachtviole war mein Ziel ...«

Zum Beginn der Werkausgabe von Wolfgang Hilbig

Frauke Hamann

(* 1955) ist Literaturwissenschaftlerin
und freie Journalistin in Hamburg.

frauke.hamann@gmx.de



Seine Schriftstellerkollegen bewundern,
»wie groß er war« (*Uwe Kolbe*), sie sehen
in ihm einen »Autor, der zur Gänze aus
Sprache und Herkunft besteht« (*Patrick
Findeis*), eine Begabung, »wie sie die Zeit
nur von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hervor-
bringt« (*Franz Fühmann*). Wer Wolfgang
Hilbigs Romane *Die alte Abdeckerei*, *Ich*
und *Das Provisorium* oder die Erzählun-
gen *Der Schlaf der Gerechten* liest, setzt
sich der Klarheit seines Stils aus, der Inten-

sität seiner Sprache, die vorstößt in die
Tiefenschichten des Eigenen und der Ver-
hältnisse. Hilbig schlägt düstere Töne an,
weil er weiß, »dass ein Gemisch vieler Far-
ben schließlich Dunkelheit hervorbringt«.
Hier erzählt einer »aus der Produktion«,
dem Braunkohle-Tagebau in der Gegend
um Meuselwitz bei Leipzig, wo er 1941 ge-
boren wird. Der Arbeiter *und* Dichter
schlägt den staatlich verordneten Bitter-
felder Weg, den die DDR-Kulturpolitik
weisen wollte, aus – weil er einen ganz ei-
genen findet. Nicht zufällig steht die Lyrik
dabei am Anfang: »Gedichte sind für mich
die Essenzen literarischer Arbeit«. Dass
der Lyriker Hilbig ebenso bedeutend ist
wie der Erzähler Hilbig, zeigt, ein Jahr
nach seinem Tod 2007, der nun vorliegen-
de erste Band der Werkausgabe mit den
Gedichten.

»im düstern kesselhaus im licht/rußiger lampen plötzlich auf dem brikkettberg/saß ein grüner fasan«. Keiner will ins Kesselhaus. Gleich nach dem Mauerbau 1962 beordert man die Werktätigen dorthin, wo die Bedingungen ebenso armselig sind wie die Bezahlung. Doch wie Hilbig in seiner Büchner-Preisrede 2002 erzählt, habe er bald Geschmack gefunden an der harten, einsamen Tätigkeit: »Ja, ich wusste auf einmal, ich wollte schreiben, und zwar nie und nimmer etwas anderes als schreiben«. Dieser Gedanke ist ihm fortan »eine Art ideeller Hinterhalt«. Während der Nachtschichten im Heizungskeller macht der Bohrwerksdreher Wolfgang Hilbig mit dem Schreiben Ernst. Damals verfasst er 53 Gedichte, handschriftlich in einem DIN-A 5 Heft, gibt ihnen den Titel »Scherben für damals und jetzt« – als hätte er seine ersten literarischen Arbeiten vorausschauend als versinkende und wieder ausgegrabene Fundstücke gesehen.

Die Herausgeber der siebenbändigen Werkausgabe Jörg Bong, Jürgen Hosemann und Oliver Vogel wollen keine Kritische Edition vorlegen, sondern eine Leseausgabe, gehen also sparsam um mit Anmerkungen und Erläuterungen, liefern Hilbig pur. Band 1 versammelt in chronologischer Folge das zu Lebzeiten erschienene lyrische Werk Wolfgang Hilbigs und außerdem knapp die Hälfte der 500 nachgelassenen Gedichte – darunter auch die 53 Gedichte aus den Anfangsjahren: Das Heft war in die Fänge der DDR-Staatsicherheit geraten. Hilbig, der es längst verloren geglaubt hatte, erhielt es nach der Wende zurück. Diese Gedichte sind von schwarzer Schönheit. Anrufungen sind darunter (»Nacht, Nacht falle mich an, /.../ Laß mich haben, wollen, fressen, trinken/ das Nichts«), gereimte Selbsterkundungen (»Ich, /geboren, unterm Feuer der Zeit, / verkohlt, verräuchert, entmoralisiert /in der Hitze der Verlassenheit«), Schreie der Einsamkeit (»Alle Zeit /die ich lebe /habe ich gesucht, /nach einem Menschen ge-

sucht, /zu dem ich so ganz /ehrlich sein könnte, /dem ich mein Inneres /so nach außen kehren könnte, /so wie einen Handschuh, /so ehrlich – ehrlich, /welch schöne Wahrheit /wäre das geworden«) und Verzweiflungsrufe (»Sonnenfeuer, wann endlich /Verbrennst du das Leid«). Allein dieser nun ans Licht gekommenen dichterischen Erprobungen der Frühzeit wegen ist der Band wertvoll.

Weitere 188 Gedichte, veröffentlicht in den Bänden *abwesenheit* (1979), *stimme stimme* (1983) – die einzige Buchveröffentlichung in der DDR –, *die versprechung* (1986) und *Bilder vom Erzählen* (2001) sowie in Zeitschriften und Auswahlbänden, zeigen Hilbigs Schürfspuren und Lebenswunden – und seinen dichterischen Rang. Er ruft Chlebnikow herbei, hat William Carlos Williams aufgesogen und Robert Creeley, der geschrieben hatte »I cannot be more /than the man who watches«. Hilbig richtet die Beobachtung radikal auf sich: »in mir /schreit es«, und »die verwirrung /in worte zu kleiden /hab ich / das schreiende amt übernommen«. Bei allem Eigenleben der Poesie geht es darum die eigene Stimme zu artikulieren: »eine partikel poesie /ist ein selbständiges subjekt /gefertigt immer /aus menschlichem material«. Hilbig kann der Wucht der Empfindungen leiseste Sprache geben, Vergeblichkeit eingeschlossen: »trotzdem ich werde weiterreden rasend stumm / durchs jahrhundert das alles beredet und nicht /beantwortet«. Aus diesen Versen bricht Hilbigs Überzeugung hervor, dass Literatur Monolog sei.

Wie er in dem Gedicht »das meer in sachsen« die Wunden der Landschaft diagnostiziert, in »rechenschaft« die eigene beobachtende Randlage fein benennt (»ich bin der unerkannt letzte der plötzlich / seit ab wegtritt der verschwinden kann / ohne spürbare spur und der / euch doch gesehen hat und gefühlt«) – Hilbig ist radikal im Blick auf sich und die Welt. Dabei sind seine Entblößungen zart und hart zugleich.

Beides, Empfindsamkeit und (Selbst-)Zerstörung, klingen in seiner Dichtung.

In dem jüngsten, Wolfgang Hilbig gewidmeten Heft der *Neuen Rundschau* berichtet Jürgen Hosemann, Hilbigs Lektor und Mitherausgeber der Werkausgabe, von seinem Besuch in Meuselwitz 2007. Man sollte diese Spurensuche als Einstimmung auf einen Schriftsteller lesen, der ohne diese zugerichtete Gegend nicht denkbar ist: »Aller Gesang gesungen und zu grauer Asche ward mein Vers/der Mond daran mein Schatten lehnte/weist mir nicht mehr den Weg...« Dort, wo der Braunkohle-Tagebau die Landschaft ausgeweidet

hat und die Kleinstadt seit der Wiedervereinigung weiter verödet, sind Hilbigs Lebensstätten kaum noch auffindbar. Sein Werk bleibt. Eines seiner Gedichte heißt »Nach der Prosa«: »Nun ging ich aufrecht: eine Nachviole war mein Ziel/und wankte doch – ein einzig falscher Schritt wars bloß –/dir wollt ich eine Blume pflücken und ich fiel/der Erde in den Schoß.«

Wolfgang Hilbig: *Werke, Band 1: Gedichte* (Hrsg. von Jörg Bong, Jürgen Hosemann und Oliver Vogel). S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2008, 544 S., € 22,90;

Ders.: *Neue Rundschau, 119. Jahrgang 2008, Heft 2.*

Michael Rutschky

Religion und Wellness

Michael Rutschky

(* 1943) lebt als freier Autor in Berlin.

mrutschky@web.de



Wir schrieben Winter, und wenn man im Zentralpark spazieren ging, fehlten noch alle Anzeichen, dass er vergangen sei und des Maien Schein komme. Wolkendecke, dunkelgrau, kalter Wind.

Die alte Dame, die man hier regelmäßig trifft – früher begleitete sie ein feiner Hund, der Rasse nach ein Border Collie – diese alte Dame wechselte eben noch eine Begrüßung mit uns, man lebt ja als regelmäßiger Spaziergänger auf gleichsam nachbarschaftlichem Fuß. Dann verließ sie den Pfad, stellte sich an den Stamm einer prächtigen Hainbuche und erklärte: »Ich begeben mich unter die Heilkraft dieses Baumes.«

Das befremdete. Erfand die alte Dame die Heilkraft der Buche eben selber? Oder

gab es kürzlich eine Sendung im Fernsehen, eine Geschichte in der Zeitung, die den Buchen therapeutische Wirkungen zusprach? Wusste die alte Dame, dass sie bei einer Buche unterkam? Oder fiel sie ihr wegen der Wohlgestalt auf in der Winteröde, also weniger Therapie als Ästhetik?

Die Religionsgeschichte kennt ihn gut, den Baum als Sitz überirdischer Mächte. Nicht erst in den Regenwäldern des Amazonas – wer (wie ich) in den Fünfzigern zur Schule ging, hörte im Religionsunterricht pflichtgemäß von Bonifazius, wie er die heidnischen Chatten von der Macht des Christengottes überzeugte, indem er die ihnen heilige Donnereiche fällte: Kein Gott fuhr herab, um ihn zu zerschmettern.

Gut, man erkennt deutlich, wie jene alte Dame, pensionierte Studienrätin, eine archaische Religionsidee, Heilkraft in Bäumen, für ihr eigenes Wohlbefinden an einem schlechten Tag einsetzt. Aber die kollektive Anbetung der Bäume liegt weit zurück. Wie soll man den Gedanken, Religion diene heutzutage der Wellness, auf heutzutage brennende Religionsfragen applizieren?

ren? Dass in der Karfreitagmesse nach tridentinischem Ritus wieder für die Bekehrung der Juden gebetet wird. Dass das menschliche Leben als solches schon in seinen unerkennbaren Vorformen unbedingt zu schützen ist, weshalb die Kirche der Biotechnologie strengste Verbote aufzuerlegen wünscht (Verbote, die auf die Abtreibung, ja den Geschlechtsverkehr ohne Fortpflanzungsabsicht ausgedehnt zu werden verdienten). Wie kommt es, dass die *Community*, die jene Studienrätin unter der Maibuche beherbergt, die kulturell engagierten Mittelklassen – wie kommt unserer Wellness zugute, dass unsere Kreise so für Tibet und den Buddhismus schwärmen? So dass der Dalai Lama mit seinem automatischen Schmunzeln in unseren Kreisen zu einem geistlichen Führer aufstieg – ungeachtet dessen, dass man seiner Verkündigung nichts entnehmen kann, ich glaube an die Wahrheit des Glaubens und so weiter.

Das Stift St. Paul im Lavanttal bietet sog. Einkehrtage an. »Sie können an unseren Gebeten teilnehmen«, erklärt Pater Gerfried den interessierten Besuchern, »oder Sie können sich einfach nur erholen und vom Alltag Abstand nehmen«. Dem Stift St. Georgen gliedert sich ein Hotel an für quasifromme Touristen, das »ein vielseitiges Programm in den Bereichen Schöpfungsverantwortung und ökosoziales Wirtschaften anbietet«, so Hoteldirektor Mario Bergmoser. Gewisse Formen der landwirtschaftlichen Produktion bleiben Gott und seiner Schöpfung näher als andere. In St. Georgen notiert der Reporter als Attraktion außerdem das Lavendel-Labyrinth, den kleinen Pilgerweg, die Kräuterspirale, den Arzneigarten, die Obstplantagen und den Naturspielplatz – was immer das sei. Und was die geistlichen Entspannungsübungen in katholischen Klöstern angeht, so wussten Kollegen aus der Intelligentsia, wie ich sie während eines Aufenthaltes in München kennenlernte, schon in den 80ern lobend davon zu erzählen; die überirdische Ruhe, die geheimnisvoll von Pater

Anselm ausgeht... Die Transformation religiöser Exerzitien in Wellnessveranstaltungen, Entspannung, Entschleunigung, Besinnung findet seit langem statt.

Als Quellort dafür erkennt man Kalifornien, das schon seit den 30ern aus ostasiatischen, indianischen und europäischen Ingredienzien seine eigene Spiritualität zusammenkochte. Die Rauschgiftexperimente, von denen der Romancier Aldous Huxley 1954 in seiner Schrift *Die Pforten der Wahrnehmung* sensationell berichtete, galten einer mystischen Erfahrung des Seienden im Ganzen; Rauschgift zwecks Bewusstseinsweiterung konsumierten die Hippies von San Francisco in den 60ern programmatisch. Der Hollywoodstar Richard Gere präsentiert sich entschlossen als Anhänger des Dalai Lama und des tibetischen Buddhismus. Das Unheil dagegen verkörpert gerade ebenso prägnant Tom Cruise, dessen Abhängigkeit von der kuriosen Scientology-Religion bei den kulturell engagierten Mittelklassen Verachtung erweckt; was man darüber hört, erinnert einerseits an die Erfindungen der TV-Serie *Raumschiff Enterprise* – andererseits an die »Gehirnwäsche«, wie man sie in den 50ern stalinistischen Erziehungslagern zutraute. Persönliches Wohlbefinden erwartet von solchen Exerzitien in unseren Kreisen niemand; dabei steht außer Frage, dass die Religionsgeschichte solche Techniken abstrafender Reinigung, Purifizierung oft und oft ausgebildet hat.

Aber wir reden von Wellness. Ihr zu dienen entwickelte Kalifornien neben dieser Spiritualität, die sich aller erreichbaren Religionen bedient, zugleich die polymorphe Therapieszene, deren Erfindungen unsere kulturell engagierten Mittelklassen ebenso dankbar importierten, auch wenn man bei ihnen oft Naserümpfen über die USA im allgemeinen und Kalifornien im besonderen beobachtet. Es ist das pragmatische Verhältnis zur Religion, das Interesse an ihren wohltuenden und

nützlichen Wirkungen, das die amerikanische Religiosität kennzeichnet, ein Pragmatismus, den die unaufhörliche Amerikanisierung der Welt auch hierher transportiert hat. In seinen grandiosen Vorlesungen über »Die Vielfalt religiöser Erfahrung« entwickelte der amerikanische Philosoph William James, der Erfinder des Pragmatismus, schon Anfang des 20. Jahrhunderts den Gedanken, Religion diene in der modernen Welt vorzüglich der »Mental Health«. Was sie bruchlos in die polymorphen Therapieformen übergehen lässt.

Interessant zu verfolgen wäre die Frage, wie die einheimische, speziell deutsche Kultur- und Bildungsreligion daran anschließt. Tatsächlich führen die Pilgerreisen, auf denen unsere Kreise touristisch unterwegs sind, immer wieder zu Kulturdenkmälern, die zu feierlicher Erhebung und enthusiastischer Bewunderung einladen (was von kritischen Kennern der Kulturdenkmäler als ignoranten Frömmeln verachtet wird). Nach der Matthäus-Passion im wunderbar restaurierten Konzerthaus am Alten Markt die Thunfisch-Gemüse-Schnitte. Thunfisch mit Crème fraîche und Senf verrühren und mit Salz und Pfeffer abschmecken. Zwiebel abziehen und in Ringe schneiden usw. der Ernährungsphysiologie, den das Magazin als Kolumnisten beschäftigt, erklärt obendrein, wie ich mit diesem Sandwich unmittelbar meiner Gesundheit diene, Vitamine, Kohlehydrate, Ballaststoffe, Sie wissen schon.

Das klingt nach Satire. Im Licht strengerer Vorstellungen von Religion erscheint die quasifromme Wellness als unerträgliche Verflachung. Der Monotheismus mit seiner Zentralidee des einen, persönlichen Gottes wurde zugunsten eines wimmelnden Polytheismus aufgegeben, der noch tiefer in Animismus und Magie zu regredieren neigt. Doch könnte man erwidern, dass die Transformation des Religiösen in *Mental Health* einen großen Zivilisationsfortschritt bedeutet. Er moduliert die Glaubensmächte,

die, wie die Religionsgeschichte lehrt, zu unbeschreiblicher Grausamkeit, zu Sünde und Schuld in Überlebensgröße inspirieren können, zu Kulturkonsum, Reisen, ansprechender und wohlschmeckender Nahrung herunter. Die alte Pädagogin, die im Zentralpark die Heilkraft einer Hainbuche herabfleht – vor 100 Jahren hätte sie vielleicht als Aufseherin ein Mädchenpensionat mit religiöser Zucht grässlich geschurigelt.

Was Sünde und Schuld und Verdammnis und Erlösung anbelangt, so bleibt genug davon praktisch wirksam. Die Biotechnologie, die Sterbehilfe, der Hunger, die Kriege, die ungerechte Verteilung des Reichtums – jeden Tag verbreitet die große Medienerzählung quälendes Wissen davon. Und stiftet für die kulturell und politisch engagierten Mittelklassen einen universalen Schuldzusammenhang. Keine Handlungsketten erkennbar, in die man bloß einzutreten bräuchte, um Gutes zu tun und Schlechtes zu mindern. Der universale Schuldzusammenhang enthält den Genmais in Mecklenburg ebenso wie den Terror in Darfur. Die große Medienerzählung webt ihn Tag für Tag enger. Wie der apokalyptische Klimawandel, den wir mit unserer Lebensweise herbeiführen und der die Beduinen in fernen Wüsten um ihre angestammte Lebensweise bringt, von den Eisbären der Arktis zu schweigen. Überall sind wir zuständig und können durch gute Taten unsere Schuld nicht ausgleichen. Die Ärztin in Soest, der Rechtsanwalt in Bamberg, sie können praktisch nichts beitragen zum Frieden im Nahen Osten oder zum Schutz des Lebensraums der Eskimos, wie heftig die Medienerzählung auch quält.

Da tröstet es, dass in der Gestalt des Papstes oder des Dalai Lama Autoritäten reine Lehren verkünden, wie das Gute zu fördern und das Böse zu mindern sei. Es mindert das Unbehagen in der Zivilisation. Der Papst, der Dalai Lama, sie sind wie die Bäume, deren Heilkraft jene alte Dame magisch zu gewinnen hofft.

Helga Grebing

Walter Benjamin auf Ibiza

Dass Walter Benjamin von April bis Juli 1932 und von März bis September 1933 auf der Baleareninsel Ibiza lebte, war bekannt. Dass Ibiza als eine Art vormodernes, beinahe noch vorzivilisatorisches Utopia von bedeutender Anziehungskraft für Intellektuelle gewesen ist, kann man sogar heute noch hinter den Fassaden der postmodernen Erlebnis»kultur« ahnen. Was diese Aufenthalte und ihre präzise Nach-Wahrnehmung für Biografie und Werk von Walter Benjamin bedeutete, wissen wir nun aber erst durch das inhaltsreiche Buch des 1963 auf Ibiza geborenen katalanischen Lyrikers Vicente Valero, das in der spanischen Originalausgabe 2001 erschien und nun in deutscher Übersetzung vorliegt. Das Buch enthält eine beeindruckende Dichte von Informationen und Interpretationen, so dass es der Literaturwissenschaftler Justus Fetscher zu Recht in seiner Rezension der spanischen Ausgabe als »vermutlich interessantesten Beitrag zur seitherigen Benjamin-Biografik« bezeichnen konnte.

Erschütternd wirkt die Armut des jüdischen deutschen Intellektuellen, die zwar im Großen und Ganzen bekannt war, aber nun durch die konkret fassbare Realität ein neues Gewicht gewinnt. Diese Armut verstieß gegen die Würde eines Menschen, der dann im Herbst des Jahres 1932 wohl zum ersten Mal daran dachte, sich vom Leben selbst zu verabschieden. Das Buch macht aber auch das Phänomen erfassbar, wie sehr diese ibizenkische Kargheit und Einsamkeit bei Benjamin noch nicht ausreichend gehobene schöpferische Quellen frei legte. In jenem Sommer 1932 arbeitete er an der *Berliner Chronik* und an der *Berliner Kindheit um Neunzehnhundert*, im folgenden Sommer verfasste er den *Agesilaus Santander* und zwei seiner bedeutenden Essays (*Erfah-*



Helga Grebing

(* 1930) ist Historikerin und emeritierte Professorin für Politikwissenschaften an der Universität Bochum. Lebt in Göttingen. Soeben im *Wilhelm Fink Verlag* erschienen: *Willy Brandt. Der andere Deutsche*.

grebing.helga@t-online.de

rung und Armut, Über das mimetische Vermögen) und einige Erzählungen, die den Titel des Buches *Der Erzähler* zu rechtfertigen vermögen.

Benjamin begegnete auf Ibiza eine kleine, überwiegend deutsch-französische Künstler- und Schriftstellerkolonie, die sich im Übergang vom gewohnten exzentrischen Status in den des noch ungewohnten des Exilanten befand. Es waren darunter merkwürdige Paradiesvögel, die heute fast niemand mehr so recht kennt, und solche, an die man sich aus anderen Kontexten erinnert. So z.B. an Paul René Gauguin, den Enkel des berühmten französischen Malers, der dann im Juni 1940 in Oslo dem Exilanten Willy Brandt, den er 1937 während des Spanischen Bürgerkriegs in Barcelona kennengelernt hatte, seine norwegische Militäruniform lieh, damit dieser sich derart verkleidet in deutsche Kriegsgefangenschaft begeben konnte. Unerkannt wurde Brandt wie kalkuliert bald entlassen und konnte nach Schweden fliehen. Oder: Felix Noeggerath, der 1918/19 in München zu den linken Revolutionären und Kurt-Eisner-Anhängern zählte und sich 1937 nach seinem Ibiza-Aufenthalt in der deutschen Wehrmacht (Abwehr) ausreichend getarnt als Übersetzer und Verfasser von Berichten über internationale Politik die Nazi-Zeit und den Zweiten Weltkrieg überleben konnte. Seit 1950 bis zu seinem Tod 1960 lebte er in München, wo er mit dem bedeutenden

Kunsthistoriker Wilhelm Worringer eine Freundschaft wieder aufnahm, die dort fast 50 Jahre früher im äußeren Umkreis von Karl Wolfskehl und Stefan George entstanden war. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass sich auch maskierte Nazis auf der Insel einfanden, und einer von ihnen zeitweise Benjamins »Sekretär« war.

Der Leser gewinnt sicher viele Aufschlüsse zur Deutung der von Benjamin auf Ibiza verfassten Werkstücke. Das allein lohnt die Lektüre des Buches. Aber darüber hinaus gelangt er zu einigen grundsätzlichen Erkenntnissen oder wird in ihnen bestärkt: Aus dem Versuch, Freiheit zu erfahren, sich von das Leben einengenden Zwängen wenigstens zeitweise zu befreien, wurde für Walter Benjamin und einige der eher zufälligen Gefährten auf Ibiza eine lebensbedrohende Zwangslage. Für Benja-

min hielt sie sieben weitere Jahre an – bis er am 26. September 1940 nach dem vergeblichen Versuch, ausgerüstet mit einem Visum für die USA, über die französisch-spanische Grenze zu gelangen, sich in einem Hotel in Portbou das Leben nahm. Die konturenreiche Rekonstruktion des Alltagslebens der werdenden Exilanten macht einmal mehr und besonders intensiv berührend deutlich, welche zerstörerische Wut der Nationalsozialismus gegen die deutsche Geistesgeschichte richtete und wie viel Kraft trotz aller Erniedrigung im deutschen geistigen Leben gesteckt hat.

Vicente Valero: Der Erzähler. Walter Benjamin auf Ibiza 1932 und 1933 (Aus dem Spanischen von Lisa Ackermann und Uwe Dehler). Parthas, Berlin 2008, 223 S., € 22,00.

Siegfried Heimann

Arbeiterwiderstand gegen den Nationalsozialismus

Siegfried Heimann

(* 1939) ist Historiker und Politikwissenschaftler, Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

sheimann@zedat.fu-berlin.de



»Berlin im Nationalsozialismus« stellt auch 60 Jahre nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur weiterhin ein Desiderat der Zeitgeschichtsforschung dar. Das galt und gilt auch für Forschungen über den Widerstand. In einem wichtigen Teil der Widerstandsforschung aber ist durch die gewichtige Publikation von Hans-Rainer Sandvoß über den »Arbeiterwiderstand« in Berlin eine besonders große Lücke beeindruckend geschlossen worden. Nun ist der Autor ja schon seit Jahren als profun-

der Kenner der Geschichte des Berliner Widerstands ausgewiesen. Aus seiner Feder stammen die meisten der seit 1982 in loser Folge erschienenen Geschichten des Widerstands in den einzelnen Berliner Stadtbezirken. Aber eine Gesamtschau auf ganz Berlin fehlte bislang, was für eine Geschichte des Widerstands aus der Arbeiterbewegung besonders misslich war, da darüber in Ost und West die meisten Legenden oder gar Verfälschungen existierten. Diesen Legenden rückt Hans-Rainer Sandvoß bereits in seiner Einleitung zu Leibe. Seine kritische Würdigung der Literatur über den Widerstand vor allem in Berlin und besonders über den Arbeiterwiderstand resümiert noch einmal, wie sehr diese Literatur in Ost und West nach 1945 in sträflicher Weise einseitig ausgerichtet (Ost) oder kaum vorhanden war (West). Mit guten Gründen spricht Sand-

voß diesen Darstellungen deshalb eine nur »eindimensionale Perspektive« zu.

Sandvoß hat nun alle vorhandenen Quellen der unterschiedlichsten Provenienz für seine Studie herangezogen. Dazu gehören in erster Linie die Akten der Gestapo, vor allem aber die zahlreichen Prozessakten des »Volksgerichtshofes«, die alle in bedrückender Weise das weite Feld des Berliner Arbeiterwiderstands abbilden. Zu den von Sandvoß ausgewerteten Quellen gehören aber auch eine Fülle von Erfahrungs- und Erinnerungsberichten und, besonders hervorzuheben, 480 über die Jahre hinweg seit Beginn der 80er Jahre geführte Zeitzeugengespräche. Sandvoß ist freilich weit davon entfernt, dem Zeitzeugenbericht nicht genau so kritisch zu begegnen wie jeder anderen schriftlichen Quelle. Dennoch geben gerade die zahlreichen, jedoch überlegt eingefügten Berichte von Zeitzeugen ein besonders plastisches Bild von den Problemen und Schwierigkeiten des Widerstands.

In einem ersten Abschnitt schildert Sandvoß die Gegnerschaft und den Widerstand aus den Reihen der Sozialdemokratie. Von der Zahl her nicht mit dem kommunistischen Widerstand vergleichbar, zeichnet sich die sozialdemokratische Gegnerschaft vor allem durch eine durchgängige Resistenz aus. Die auch in die Tausende gehende Zahl bleibt freilich dennoch weit unter der Zahl der SPD-Mitglieder vor 1933. In gewisser Weise bemerkenswert erfolgreichen Widerstand übten Mitglieder der zwischen SPD und KPD agierenden kleinen Gruppen und Organisationen. Gemessen an ihrer geringen Mitgliederzahl nahmen an deren Widerstandsaktionen viele teil, ihre illegale Tätigkeit blieb überlegt und realistisch und in ihren Reihen waren kaum Spitzel oder Überläufer zu finden. Der umfangreichste Teil der Untersuchung ist dem kommunistischen Widerstand gewidmet. Das kann nicht verwundern, da Mitglieder der KPD in vielen Gruppen aktiv Wi-

derstand leisteten, allerdings auch die meisten Opfer bringen mussten. Sandvoß würdigt durchgängig den oft unerschütterlichen Mut von Kommunisten. Dennoch fällt die Bilanz des kommunistischen Widerstands zwiespältig aus. Sandvoß muss konstatieren, dass bei den führenden Kadern der KPD »der Einzelne gegenüber dem vermeintlichen Gesamtinteresse nicht viel zählte und für den späteren Ruhm der Partei notfalls geopfert wurde«. Im letzten Teil, der den Widerstand »auf betrieblicher Ebene« beschreibt, gelingt es dem Autor noch einmal sehr überzeugend, seine Hauptthese zu belegen: Wenn vom Widerstand der Berliner Arbeiter die Rede ist, kann nicht euphorisch von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden, die Mehrheit der Arbeiter war am Widerstand nicht beteiligt. Aber ebenso falsch ist es, von einer durchgängigen »Korruption« der Berliner Arbeiter durch die Nazi-Diktatur zu sprechen. Eine bemerkenswert große Zahl Berliner Arbeiter blieb resistent gegen den Nationalsozialismus und eine kleine Minderheit übte auch aktiv Widerstand. Mit dieser Feststellung resümiert Sandvoß, dass bei Kriegsende zwar vom »roten Berlin« (eh mehr Legende als Wirklichkeit) nichts mehr übrig geblieben war, die versuchte nazistische »Gleichschaltung« aber dennoch nicht gelungen war.

Die vom *Lukas-Verlag* Berlin hervorragend betreute Publikation zeichnet sich nicht zuletzt durch die sehr gute Qualität der zahlreichen Fotos von Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern aus. Die knappen biografischen Skizzen von Widerständlern setzen den oft Unbekannten aus der »anderen Reichshauptstadt« ein längst verdientes Denkmal, die Fotos aber geben diesen Unbekannten auch ein Gesicht.

Hans-Rainer Sandvoß: Die »andere« Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin 2007, Lukas-Verlag, 668 S., € 29,80.